



# **Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung**

Werkstattgespräch zur  
Berliner Ausgabe

29. Januar 2003

# **Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung**

## **Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung**

Werkstattgespräch zur  
Berliner Ausgabe

Referate und Diskussionen einer Tagung der  
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung  
im Rathaus Schöneberg zu Berlin am  
29. Januar 2003

herausgegeben von Wolfgang Schmidt, Berlin 2003

## Inhalt

<i>Dr. Gerhard Groß</i>	
<b>Rückblick und Ausblick auf den Werdegang der Berliner Ausgabe</b>	5
<i>Prof. Dr. Einhart Lorenz</i>	
<b>Willy Brandt zwischen Skandinavien und Deutschland</b>	9
<i>Dr. Daniela Münkler</i>	
<b>„Auf der Zinne der Partei...“ – Willy Brandt als Parteivorsitzender</b>	16
<i>Dr. Wolther von Kieseritzky</i>	
<b>Thesen zur Rolle der Charismapolitik und des gesellschaftspolitischen Ansatzes von Willy Brandt in der Phase des inneren Wandels der Bundesrepublik 1966–1974</b>	27
<b>Anschl. Diskussion</b>	
<b>Moderation: Prof. Dr. Helga Grebing</b>	35
<i>Dr. habil. Siegfried Heimann</i>	
<b>„Berlin bleibt frei“ – Willy Brandt und Berlin 1947–1966</b>	45
<i>Dr. Frank Fischer</i>	
<b>Willy Brandt und die Deutschland- und Ostpolitik 1966–1982</b>	53
<i>Dr. Uwe Mai</i>	
<b>Von der Nachrüstung zur deutschen Einheit – Die Außen- und Sicherheitspolitik Willy Brandts 1982–1992</b>	63
<i>Dr. Heinrich Potthoff</i>	
<b>Kommentar zu den drei vorhergehenden Vorträgen</b>	68
<b>Anschl. Diskussion</b>	
<b>Moderation: Prof. Dr. Dieter Dowe</b>	76

<i>Prof. Dr. Helga Haftendorn</i>	
<b>Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik – Brücken bauen in der <i>einen</i> Welt</b>	98
<b>Anschl. Diskussion</b>	
<b>Moderation:</b> <i>Prof. Dr. Heinrich August Winkler</i>	112
<i>Dr. Gerhard Groß</i>	
<b>Schlusswort</b>	121
<b>Teilnehmer der Tagung</b>	122

*Gerhard Groß*

## **Rückblick und Ausblick auf den Werdegang der Berliner Ausgabe**

Liebe Frau Grebing, lieber Herr Winkler, sehr geehrte Frau Haftendorn, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Vorsitzender des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung begrüße ich Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung mit dem Titel „Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung – Werkstattgespräch zur Berliner Ausgabe“.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung knüpft damit an die erfolgreiche wissenschaftliche Tagung an, die in diesem Saal im November 1999 anlässlich des 10. Jahrestages des Mauerfalls zum Thema „Willy Brandt und die Deutschlandpolitik“ stattgefunden hat. Besonders freut es mich, dass unter unseren heutigen Gästen – neben den zahlreichen Mitarbeitern an der Willy-Brandt-Edition – eine ganze Reihe weiterer Persönlichkeiten sind, die bereits an der Konferenz vor drei Jahren teilgenommen haben. Und gerne stelle ich fest, dass die Anzahl der Teilnehmer gegenüber 1999 sogar noch beträchtlich gewachsen ist. Dies kann ein Beleg dafür sein, dass das Forschungsinteresse an Willy Brandt und seiner Politik nicht nur ungebrochen, sondern sogar noch angestiegen ist.

So sind wir in unserer Stiftung guten Mutes, dass wir auch in Zukunft mit Ihnen – den Zeitzeugen, den Willy-Brandt-Forscherinnen und -Forschern, den Studierenden sowie den Vertretern der Medien – in regelmäßigen Abständen hier in unserer Stiftung die neuesten Forschungsergebnisse über die Person und die Politik Brandts kennen lernen und diskutieren können. Für Ihre Teilnahme an unserer Tagung möchte ich Ihnen allen schon jetzt Dank sagen und Sie zugleich auch zur Beteiligung an den Diskussionen ausdrücklich ermuntern. Ihre Beiträge machen diese Veranstaltung erst zu dem, was sie sein soll: ein Angebot für einen möglichst umfassenden Austausch von Meinungen und Erkenntnissen sowie zur Beantwortung von Fragen.

Unmittelbarer Anlass für die Einladung zu unserem historischen Werkstattgespräch ist die Veröffentlichung des fünften Bandes der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“, die – wie die meisten von Ihnen ja wissen – im Auftrag unserer Stiftung von den Professoren Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler herausgegeben wird und im traditionsreichen Bonner Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger erscheint. Ich meine, wir sind mit der Berliner Ausgabe auf einem guten Weg, anhand ausgewähl-

ter Reden, Aufzeichnungen, Briefe und Artikel von Willy Brandt erstmals umfassend sein politisches Wirken zu dokumentieren und in den Einleitungen der Bände – mit teilweise durchaus kritischen Akzenten – zu erläutern. 1998 haben wir – unserem gesetzlichen Auftrag entsprechend – mit der Erarbeitung der auf insgesamt zehn Bände angelegten Edition begonnen. Vorstand und Herausgeber haben sich seinerzeit darauf verständigt, das Projekt möglichst in nur sieben Jahren abzuschließen. Heute darf ich sagen, dass wir dieses gewiss ehrgeizige Ziel voraussichtlich erreichen werden. Im Herbst 2005 soll der zehnte Band vorliegen.

Doch lassen Sie mich zunächst einen Blick auf die bereits erschienenen Bände werfen: Am 19. September 2000, also nicht einmal zwei Jahre nach dem Beginn des Projektes, konnte Bundeskanzler Gerhard Schröder die ersten beiden Bände der Willy-Brandt-Edition hier im Rathaus Schöneberg der Öffentlichkeit vorstellen. Dies waren die Bände 2 und 4, die Brandts Tätigkeit im schwedischen Exil von 1940 bis 1947 und seine politische Arbeit für die SPD von 1947 bis 1972 behandeln. Die Bearbeiter dieser Bände, Einhart Lorenz und Daniela Münkel, werden in der ersten Sektion über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten. Ein gutes Jahr später, im Dezember 2001, folgte Band 7. Er befasst sich mit der Innen- und Gesellschaftspolitik Brandts zwischen 1966 und 1974 und wurde von Wolther von Kieseritzky bearbeitet, den wir mit seinem Referat ebenfalls in der ersten Sektion hören werden. Schon im Frühjahr des vergangenen Jahres lag – wiederum bearbeitet von Einhart Lorenz – Band 1 der Berliner Ausgabe vor. Dieser Band hat Willy Brandts Jugendzeit in Lübeck, seine ersten Schritte in der Politik und sein norwegisches Exil zum Thema. Im Oktober 2002 erschien dann Band 5 mit dem Titel „Die Partei der Freiheit – Willy Brandt und die SPD 1972–1992“, für dessen Bearbeitung Karsten Rudolph verantwortlich zeichnet. Herr Rudolph kann heute leider nicht bei uns sein. Ich bedaure das sehr. Frau Münkel, die Bearbeiterin des ersten der beiden so genannten SPD-Bände der Berliner Ausgabe, hat es jedoch dankenswerterweise übernommen, in ihrem Vortrag auch wichtige Ergebnisse des Bandes 5 zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die bislang erschienenen Bände haben im In- und im deutschsprachigen Ausland bereits Tausende von Lesern gefunden. Die Rezensionen in den Medien waren ausgesprochen positiv. Das Gleiche gilt für das Grundkonzept unserer Edition. Sie wendet sich nicht nur an die Wissenschaftler, sondern – in Einklang mit dem Stiftungszweck der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung – an eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit. Darin liegt der Hauptgrund, warum wir uns

in Übereinstimmung mit den Herausgebern entschlossen haben, jedem einzelnen Band eine erläuternde Einleitung voranzustellen, die insbesondere Zusammenhänge und zeitgeschichtliche Hintergründe verdeutlicht.

Bereits in wenigen Wochen, am 8. April 2003, wird bei uns im Rathaus Schöneberg das nächste Werk der Berliner Ausgabe der Öffentlichkeit präsentiert werden. Es handelt sich um Band 9 mit dem Titel „Die Entspannung unzerstörbar machen – Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982“, bearbeitet von Frank Fischer, der hierzu in der zweiten Sektion nach der Mittagspause referieren wird. Bis Herbst 2005 werden die dann noch fehlenden vier Bände in loser Folge erscheinen. Es sind dies

- Band 3, „Berlin bleibt frei – Politik in und für Berlin 1947–1966“, bearbeitet von Siegfried Heimann,
- Band 10, „Gemeinsame Sicherheit – Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von Uwe Mai und
- Band 6, „Ein Volk der guten Nachbarn – Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974“, bearbeitet von Frank Fischer.

Die drei Bearbeiter werden heute Nachmittag über die bisherigen Erkenntnisse ihrer Forschungen berichten und nach einem zusammenfassenden Kommentar von Herrn Potthoff, dem ich dafür sehr herzlich danken möchte, mit Ihnen diskutieren. Abgeschlossen wird die Willy-Brandt-Edition mit Band 8, „Über Europa hinaus – Dritte Welt und Sozialistische Internationale“. Er wird von den hauptamtlichen Mitarbeitern unserer Stiftung Bernd Rother und Wolfgang Schmidt bearbeitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit unserer heutigen Tagung verfolgen wir also das Ziel, die bisherigen Ergebnisse der Arbeit an der Berliner Ausgabe vorzustellen und mit Ihnen zu diskutieren, wobei wir etwaige Kritik als für unsere Arbeit durchaus fördernd bewerten. Und überdies wollen wir

- einen Blick auf die noch ausstehenden Bände werfen sowie
- die weiteren Perspektiven für die Willy-Brandt-Forschung aufzeigen und erörtern.

Mit unserer Veranstaltung möchten wir schließlich allen Forschern, die sich mit Brandt und dem Abschnitt der deutschen und internationalen Geschichte beschäftigen, der eng mit seinem Namen verbunden ist, ein generelles Forum zur fachlichen Diskussion und zum Austausch über laufende Projekte bieten.

Dank sagen möchte ich Herrn Harry Scholz, dem Referenten des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, für seine Unterstützung, die Kontakte mit den zur Zeit im Brandt-Nachlass forschenden Wissenschaftlern herzustellen. Sicherlich im Namen aller hier Anwesenden möchte ich unseren heutigen Referentinnen und Referenten ganz herzlich für ihre Bereitschaft danken, in diesem Kreise ihre Forschungen zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Mein Dank gilt insbesondere Frau Professor Helga Haftendorn, die sich als ausgewiesene Expertin für die Geschichte der Außenbeziehungen unseres Landes am Ende unserer Tagung zum Thema „Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik – Brücken bauen in der *einen* Welt“ äußern wird.

Mein Dank gilt in gleicher Weise den drei Moderatoren unserer Konferenz, den Professoren Helga Grebing, Heinrich August Winkler und Dieter Dowe. Ich vertraue darauf, dass Sie die angesichts des dichten Programms nicht leichte Aufgabe bewältigen werden, den jeweiligen Zeitrahmen unserer Sektionen einzuhalten.

Wenn auch zuletzt, aber nicht weniger herzlich möchte ich den Damen und Herren danken, die in der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung diesen Workshop vorbereitet haben, und hier ganz besonders Herrn Schmidt, dem die Federführung bei diesem Projekt oblag.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun mit unserer Tagung beginnen! Ich wünsche Ihnen allen einen spannenden und erkenntnisreichen Tag.



## **Willy Brandt zwischen Skandinavien und Deutschland**

Lassen Sie mich zunächst kurz rekapitulieren, was aus meinen Einleitungen der Bände 1 und 2 der Berliner Ausgabe zum Forschungsstand hervorgeht. Ich möchte Willy Brandts Exiljahre in sechs Phasen unterteilen:

**Erste Phase:** Die Zeit vom April 1933 bis zum Herbst 1936, das sind erste politische und intellektuelle Lehrjahre, in deren Lauf er erkennt, dass die deutschen Verhältnisse und alles, was er über Demokratie, Sozialdemokratie usw. in Deutschland gelernt und erfahren hatte, nicht auf Norwegen übertragbar sind. Er kommt mit dem Bild der kraftlosen „unjugendlichen“<sup>1</sup> SPD, mit einem Demokratieverständnis und einer politischen Kultur, die von der Weimarer Republik geprägt sind und mit den Eindrücken, die Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus hinterlassen haben. In Norwegen stößt er auf eine Arbeiterpartei, die im Begriff ist, sich von einer Klassen- in eine Volkspartei zu entwickeln und die zu Kompromissen bereit ist, um so dem Faschismus den Boden zu entziehen. Der unerfahrene 19-jährige vertritt die Positionen der SAP-Auslandszentrale, spitzt sie zu, intrigiert gegen die Norwegische Arbeiterpartei und beginnt nach harten Konfrontationen zu entdecken, dass die Verhältnisse in Norwegen anders gelagert sind als in Deutschland: Norwegen ist nicht Deutschland. In der Mitte dieser Phase beginnt er, sich gegenüber Jacob Walcher zu verselbständigen, setzt aber seine Kritik von links an der norwegischen Partei fort.

**Zweite Phase:** Herbst 1936 bis Frühsommer 1937, das ist die Zeit der Aufenthalte in Berlin und Spanien – und dazwischen die tiefe Frustration über die SAP-Konferenz in Mährisch-Ostrau („Kattowitzer Konferenz“). In Berlin lernt er – und das unterschied ihn von allen anderen Exilpolitikern – unter welchen Bedingungen die Daheimgebliebenen lebten und dachten, und in Spanien erlebt er Krieg, ideologischen Fundamentalismus und kommunistische Verfolgung.

**Dritte Phase:** Die Zeit vom Sommer 1937 bis zum April 1940, das sind die Jahre, in denen Brandt in die norwegische Arbeiterbewegung hineinwächst und sich im Grunde von der SAP trennt, obwohl sein Stern dort mehr und mehr aufgeht. Er wird aber kein Sozialdemokrat im Sinne der alten SPD, sondern er befürwortet eine „Annäherung und mögliche Verschmelzung“ mit der westeuropäischen Arbeiterbewegung, um „den ver-

---

<sup>1</sup> Brigitte Seebacher-Brandt, Ollenhauer. Biedermann und Patriot, Berlin 1984, S. 51.

hängnisvollen Moskauer Methoden [...] entgegenzuwirken“ und die demokratische Arbeiterbewegung zu stärken und unabhängig zu erhalten. Vorbild ist seine neue Heimat: die Norwegische Arbeiterpartei, deren vorsichtiger Reformkurs und Kompromisswille dem Faschismus und anderen totalitären Lösungen entgegen seinen Erwartungen den Boden entzogen hat. Seinen SAP-Genossen teilt er mit, dass die Probleme, vor denen die norwegische und schwedische Partei stünden, „für Angehörige illegaler revolutionärer Parteien nicht leicht zu verstehen [und die] sozialen Voraussetzungen [...] grundverschieden“ sind.<sup>2</sup> Die Lernprozesse dieser Phase sind empirisch schwerer zu belegen, da uns weitgehend die Quellen fehlen.

**Vierte Phase:** Die Kriegsjahre 1940 bis 1945. Im April 1940 kommt der Krieg nach Norwegen, und damit beginnt eine neue Phase: Brandt wird ein zentraler Akteur im norwegischen Exil in Stockholm, jedoch ohne seine starken Bindungen an Deutschland aufzugeben. Letzteres kommt besonders in seinem Kampf gegen den Vansittartismus und natürlich im Beitritt zur Stockholmer SPD-Gruppe, die gegenüber der Londoner Sopade-Führung eine oppositionelle Haltung einnimmt. *Aber:* Will man Brandt – vor allem seine umfassenden publizistischen Äußerungen – in dieser Phase richtig einordnen, so *muss* das im norwegischen Kontext geschehen. Das ist bisher in Deutschland noch nicht geschehen.<sup>3</sup> Das gilt für die Friedensdiskussion (*Efter segern*) ebenso wie für die Beurteilung der Sowjetunion und ein Buch wie *Guerillakrig*. Brandts Verständnis einer erneuerten Sozialdemokratie war ebenfalls, meine ich, von der Norwegischen Arbeiterbewegung geprägt, also der weitgehenden Einheit der Bewegung und einer dominierenden Partei, die mehr war als nur eine *Arbeiterpartei*, sondern als Einheitspartei auch offen war für Mittelschichten und Intellektuelle und in der, wenn auch in Grenzen, auch Andersdenkende ihren Platz finden konnten.

Brandt wird in Stockholm auch Mittelpunkt der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten und ist dort, wie Kreisky später schrieb, „der Inbegriff des politischen Verstandes in dieser Zeit und darüber hinaus eine politische Führungskapazität“.<sup>4</sup> Durch

---

<sup>2</sup> Willy Brandt, Programmrevision der NAP (Norwegen), in: *Neue Front* 7 (1939), Nr. 4, April 1939 (abgedruckt in: Willy Brandt, *Berliner Ausgabe*, Band 1: *Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940*, bearbeitet von Einhart Lorenz, Bonn 2002, S. 397).

<sup>3</sup> Vgl. Rainer Behring, *Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945*, Düsseldorf 1999.

<sup>4</sup> Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 351 f.

seine Fähigkeit, Brücken zu bauen, Gedanken und Ideen zu konzentrieren, andere zu überzeugen, gewinnt er hier kommunikative Macht.<sup>5</sup> Er lernt, europäisch zu denken, verteidigt aber zugleich sein Deutschland, das „andere Deutschland“, gegen den um sich greifenden Hass gegen alles Deutsche schlechthin.

Die **fünfte Phase**, die mit der Befreiung im Mai 1945 beginnt, ist eine Zeit des Suchens. Brandt fühlt sich zu Dank gegenüber seinem zweiten Heimatland Norwegen verpflichtet. Er bemüht sich darum, sinnvoll beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Zugleich meint er aber auch, dass er vom Ausland her nützliche Arbeit leisten kann.

Die **sechste Phase** ist die seiner Tätigkeit als Presseattaché an der Norwegischen Militärmission in Berlin vom Januar 1947 bis Januar 1948. Die Tätigkeit entspricht nicht seinen Vorstellungen, gibt aber Gelegenheit, Norwegen zu danken *und* zugleich ein Ziel zu verwirklichen, das er nie aufgegeben hat, nämlich zurückzukehren und sich in die deutsche Politik einzuschalten. In einem Abschiedsschreiben an den norwegischen Außenminister Halvard Lange stellt er fest: „Norwegen hat mich als politischen Menschen und auch sonst geprägt. Das ist etwas, worüber ich froh und wofür ich dankbar bin. [...] Aber ich will versuchen, dabei zu helfen, dass Deutschland nach Europa zurückgeführt wird.“<sup>6</sup>

Brandt hat in seinen Äußerungen über die Bedeutung seiner Exiljahre im Laufe der Zeit durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt, doch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass er die Jahre des Exils als für ihn prägend betrachtet hat. Aber *wie* waren sie das? Wir können natürlich feststellen: Im Lernprozess Brandts vollzog sich – hauptsächlich unter dem Eindruck der norwegischen Arbeiterbewegung – eine Wandlung vom jugendlichen Weltverbesserer zum pragmatisch denkenden linken Sozialisten. In den Augen seiner Kritiker war er „opportunistisch“, nach Ansicht anderer – die in der Mehrheit waren – *lernte* er in Skandinavien und revidierte eigene Fehleinschätzungen. Ihm ging es nicht um das Festhalten an Dogmen, sondern um Entschlackung und Erneuerung. Sein Lernprozess geschah auch vor dem Hintergrund der Spaltung und

---

<sup>5</sup> Siehe die Einleitung zu Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Band 2: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearbeitet von Einhart Lorenz, Bonn 2000, S. 23.

<sup>6</sup> Schreiben Willy Brandts an Halvard Lange, 7. November 1947, in: AdsD, WBA, A 6, 2.

Machtlosigkeit des Exils und der deutschen wie auch der internationalen Arbeiterbewegung.

Eine Lehre der Jugendjahre und des Exils ist die *Notwendigkeit des Irrtums*, auf die Brandt hingewiesen hat. Vielleicht sei das, was er 1931 nicht gewählt hätte, richtiger gewesen. Aber er bekannte zugleich, dass er „ohne den Umweg über den Linkssozialismus [...] kaum der geworden wäre, der ich bin.“<sup>7</sup> In seiner Nobelpreisrede erklärte Brandt, dass er „an die Vielfalt und also an den Zweifel [glaube]. Er ist produktiv. Er stellt das Bestehende in Frage.“<sup>8</sup> Ähnliche Gedanken finden wir in einem Interview des Norwegischen Fernsehens im Dezember 1988, in dem er seinen Glauben an die Vielfalt und den Zweifel ausdrückte und hinzufügte: „Ich habe Lust, mein eigener Opponent zu sein.“<sup>9</sup>

Ich will versuchen, die wichtigsten Lehren, die ich aus der Exilzeit Brandts ziehe, in wenigen Sätzen zusammenzufassen:

**Erstens:** Das Exil war kein „bequemer Ausweg“. Willy Brandt wurde ein „erfolgreicher“ Emigrant, weil er das Glück hatte, in Norwegen ein Land zu finden, das in seinen Augen zwar nicht flüchtlingsfreundlich war<sup>10</sup>, ihm aber die Möglichkeit bot, sich zu entwickeln und dank einer demokratischen politischen Kultur und einer starken Arbeiterbewegung politisch zu arbeiten. Norwegen war auch ein Land, das ihm reichlich Gelegenheit gab zu vermitteln, dass Hitler und Deutschland nicht gleichzusetzen waren. Seine Bereitschaft, illegal auch direkt in Deutschland gegen das Hitlerregime zu arbeiten, bewies, dass er nicht zuschauen wollte, sondern hohen persönlichen Mut besaß.

**Zweitens:** Brandt hat nie die Überzeugung aufgegeben, dass es ein „besseres Deutschland“ als das nationalsozialistische gegeben hat. Er hat, auch als die schlimmsten Verbrechen des NS-Regimes die Welt schockierten, auf die demokratischen Traditionen und Kräfte, auf das demokratische Potenzial in Deutschland hingewiesen. Zugleich erkannte er aber stärker als die meisten Exilpolitiker, dass Deutschland eine schwere Schuld auf sich geladen hatte, doch akzeptierte er *keine Kollektivschuld*, wies indessen auf die *Mitverantwortung* aller erwachsenen Deutschen, auch der Arbeiterbewegung hin.

**Drittens:** Die Begegnung mit den offenen demokratischen Gesellschaften Skandinaviens schuf ein neues Wertesystem bei Brandt. Hier lernte er, „die Begriffe Freiheit, Ge-

---

<sup>7</sup> Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt/M.–Zürich 1989, S. 90.

<sup>8</sup> *Les Prix Nobel en 1971*, Stockholm 1972, S. 291.

<sup>9</sup> Willy Brandt i bildet, NRK-fjernsyn, 18. Dezember 1988.

<sup>10</sup> Vgl. Willy Brandt, *Links und frei*, Hamburg 1982, S. 80.

rechtigkeit, Solidarität vom Podest der Lehrbücher herunterzuholen“, hier lernte er, „den engen nationalen Standpunkt“ zu überwinden.<sup>11</sup> Im Exil wurde er ein sozialer Demokrat, lernte den Blick auf die internationalen Verhältnisse, lernte Sprachen. Seine Arbeit im norwegischen Exil und seine vielen Reisen, ab 1942 in Schweden die Arbeit in einem internationalen Milieu führten zu einer Erweiterung seines Horizonts. Er lernte, was für Bürger einer großen Nation keineswegs selbstverständlich ist, dass der Wert eines Landes nicht von der Zahl seiner Einwohner abhing.<sup>12</sup> Und schließlich lehrte ihn die Erfahrung, dass Deutschlands Nachbarn legitime Sicherheitsinteressen haben. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse, auch die skandinavische Kompromissbereitschaft, gaben ihm einen „Vorsprung“ gegenüber Politikern, die in Konzentrationslagern gelitten oder in einer „inneren Emigration“ leben mussten.<sup>13</sup> Außerdem war er während der Exiljahre mit Politikern bekannt geworden, die das zukünftige Europa mitgestalten sollten.

Dass Brandts Exil, seine Arbeit gegen Hitler und der dabei bewiesene persönliche Mut ein politisches Kapital waren, wurde der SPD schon 1946 mitgeteilt.<sup>14</sup> Ein Emigrant wie Brandt war notwendig für den Aufbau eines neuen gegenseitigen Vertrauensverhältnisses zwischen Deutschland und seinen europäischen Nachbarn. „Vertrauen kann man nicht erzwingen, es muss erworben werden“, hatte Brandt wiederholt festgestellt.<sup>15</sup> Mit der Frage, ob und wie man in Deutschland und in der SPD mit diesem politischen Kapital umgegangen ist, werden sich sicher andere Bände der „Berliner Ausgabe“ beschäftigen.

**Viertens:** Brandts Lernprozess in Skandinavien war nicht nur ein politischer, sondern auch ein intellektueller. Das ist eine Seite des Exils, die m.E. zu wenig Beachtung gefunden hat, die aber wichtig ist, um sein Denken zu verstehen. Die politische Intrigen der Gruppe Mot Dag mag man als Sektierertum abtun. Die intellektuellen Seiten der Gruppe – man denke an die Sorbonne-Absolventen Finn Moe und Arne Ording, aber auch Erling Falk und andere – waren eine völlig neue Herausforderung, der sich der 20-jährige Brandt erfolgreich stellte und die seinen Lübecker Horizont ganz erheblich er-

---

<sup>11</sup> Les Prix Nobel en 1971, Stockholm 1972, S. 87.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Einen ähnlichen „Klärungsprozess“ stellt übrigens Peter Steinbach für die Gruppen fest, die mit den angelsächsischen Demokratievorstellungen gekommen waren. Vgl. Peter Steinbach/Johannes Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 17.

<sup>14</sup> Schreiben Paul Brommes an Fritz Heine, in: AdsD, NL Schumacher, Mappe 64.

<sup>15</sup> Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten, Stockholm 1944, S. 13; Willy Brandt, Forbrytere og andre tyskere, Oslo 1946, S. 30 und 321.

weiterten. Auch spätere Begegnungen waren prägend, zum Beispiel mit Stefan Szende, Alva und Gunnar Myrdal. Dass Brandt ihnen in seinen „Erinnerungen“ aus Rücksicht auf seine deutschen Leser wenig Raum widmet, sollte die Biografen nicht dazu verleiten, sie unbeachtet zu lassen. Hier wäre einiges nachzuholen.

**Fünftens:** Brandts mehrjähriger Lernprozess darf nicht als linear aufgefasst werden. Er ist von Ungleichzeitigkeit und gegenläufigen Tendenzen geprägt. „Wir können von einer Mehrschichtigkeit im Brandt’schen Denken sprechen und von einem Nebeneinander verschiedener Stufen seiner Entwicklung, die teils von norwegischen, teils von deutschen Erfahrungen geprägt waren“.<sup>16</sup>

Bernd Rother hat in seiner Rezension der Brandt-Biografie von Peter Merseburger geschrieben – das klingt sehr schmeichelhaft – dass die norwegische Zeit von mir „weitgehend erforscht“ ist, während er für die schwedischen Jahre zu Recht keine entsprechenden Aussagen macht.<sup>17</sup> Brandt selbst hält sich in seinen „Erinnerungen“ ziemlich bedeckt, während andere (Gregor Schöllgen<sup>18</sup>, „Focus“, „Der Spiegel“) sich in Spekulationen ergehen.

Ich glaube, wir können sowohl in Skandinavien wie auch in Deutschland weiterhin neue Perspektiven finden. Als Historiker haben wir die Aufgabe, nicht in Stereotypen zu denken, sondern alte „Wahrheiten“ anzuzweifeln und unter neuen Gesichtspunkten erneut zu analysieren und zu interpretieren, also Opponenten zu sein. Um es noch einmal zu wiederholen: Wir können Willy Brandts Schriften und Vorträge während der Exiljahre nicht verstehen, ohne sie in den norwegischen Kontext einzuordnen. Wir müssen auch die unterschiedlichen politischen Kulturen beachten. Erst dann können wir m.E. vom Einfluss skandinavischen Denkens sprechen und schreiben, ohne dass wir uns gleichzeitig über die harten Bandagen im Kampf gegen Franz Neumann wundern müssen. Wir müssen uns auch fragen, warum Brandt in Norwegen ein sehr offener Mensch war und in Deutschland als „verschlossen, auf Distanz bedacht“ beschrieben wird.<sup>19</sup> Brandt stand nicht nur vor 1945 zwischen Skandinavien und Deutschland, war nicht nur damals von „Doppeldenken“ geprägt, wie Torsten Nilson feststellte. Er war es, möchte ich meinen, auch später. Eine „bis zum Extrem gesteigerte Unfähigkeit, sich gegenüber

---

<sup>16</sup> Einleitung zu Berliner Ausgabe, Band 1: Hitler ist nicht Deutschland, S. 25.

<sup>17</sup> Siehe <http://library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/80429.htm>

<sup>18</sup> Vgl. Gregor Schöllgen, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin–München 2001.

<sup>19</sup> Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart–München, S. 57.

anderen zu öffnen”<sup>20</sup> hat wohl kaum einer seiner alten norwegischen Freunde bei ihm festgestellt. Auch hier spiegeln sich die unterschiedlichen politischen Kulturen wider.

Einen letzten Punkt möchte ich zum Schluss noch aufgreifen. Er betrifft die Biografen, deren Bücher ja weit mehr gelesen werden als die Einleitungen der Bände der „Berliner Ausgabe“: Wer meine Einleitungen sehr aufmerksam gelesen hat, wird sich vielleicht darüber gewundert haben, warum das Wort „Mentor“ so gut wie nicht vorkommt. Es kommt natürlich darauf an, was man in diesen Begriff legt. Waren Julius Leber und Jacob Walcher wirklich *die* Lehrer, Erzieher, Berater, Förderer, geistigen Väter des jungen Brandt, wie Stern<sup>21</sup>, Schöllgen und Merseburger meinen? Martin Tranmæl und Finn Moe haben mehr zu Brandts Entwicklung als Journalist beigetragen als Leber – und sie haben sich auch nicht von ihm abgewendet, als es politische Konflikte gab. (Die Biografen sollten auch nicht vergessen, dass Brandt gegenüber Leber, Walcher, Moe und Oscar Torp keinesfalls konfliktscheu war.) Tranmæl, Stefan Szende und August Enderle haben m.E. stärker als Walcher dazu beigetragen, dass Brandt seine politischen Positionen fand. Ich meine auch – wie Helga Grebing<sup>22</sup> –, dass wir bei der Interpretation des jungen Brandt bei Psychologisierungen sehr zurückhaltend sein sollten. Ich zweifle an dem angeblichen Suchen nach einem Vater. Wenn man den Begriff des Mentors benutzen will, dann sollte er in erster Linie auf die norwegische Arbeiterbewegung angewendet werden, die als *kollektiver Mentor* für Brandt bezeichnet werden kann, und durch die er zu einem freiheitlichen Sozialisten geworden ist. Das für mich Essenzielle an Brandt – nämlich die Fähigkeit zur ständigen kritischen Reflexion und die Fähigkeit, sein Land auch mit dem Blick des Außenstehenden zu sehen – hat er sich selbst erarbeitet.

---

<sup>20</sup> Ebd. S. 742.

<sup>21</sup> Vgl. Carola Stern, Willy Brandt, überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Reinbek 2002.

<sup>22</sup> Helga Grebing, Auf dem Wege zu einer wissenschaftlich fundierten Biografie Willy Brandts. Einleitung zu einem Podiumsgespräch in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund am 18. September 2002 in Berlin.

## **„Auf der Zinne der Partei..“ – Willy Brandt als Parteivorsitzender<sup>23</sup>**

Am 7. November 1947 teilte Willy Brandt dem norwegischen Außenminister Halvard Lange in einem persönlichen Brief mit, dass er sein Amt als Presseattaché an der norwegischen Militärmission in Berlin aufgeben werde, um als „Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin“ nun wieder in „die deutsche Politik einzusteigen“. Nachdem er nach der deutschen Kapitulation Angebote von Lübecker und Hamburger Sozialdemokraten abgelehnt hatte, da sie ihm offensichtlich nicht aussichtsreich genug erschienen, bot sich mit dem Posten in Berlin nun für ihn die Möglichkeit, an zentraler Stelle Politik mitzugestalten und eine politische Karriere zu beginnen. Der Aufstieg Brandts in der SPD und schließlich zum ersten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik erfolgte nicht zufällig, sondern aufgrund seiner ausgeprägten real- und machtpolitischen Orientierung gepaart mit der Sensibilität für politisch zukunftssträchtige Themen und Strömungen, durch einen spezifischen politischen Stil, der die Bedürfnisse der modernen Mediengesellschaft mit Bravour bediente und nicht zuletzt durch sein Charisma. Auf dem Weg „nach oben“ musste er viele Rückschläge und Zumutungen hinnehmen, wie z.B. die mehrfachen, vergeblichen Versuche, sich in der Berliner Sozialdemokratie durchzusetzen, in den Vorstand der Bundespartei gewählt zu werden sowie die Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen seitens der politischen Gegner in den sechziger Jahren. Bekannt ist aber vor allem die politische Erfolgsgeschichte Willy Brandts, die mit seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin begann und ihren Höhepunkt in der Kanzlerschaft mit den Erfolgen auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik hatte.

Neben diesen Staats- und Regierungsämtern war das Amt des Parteivorsitzenden der SPD, welches er 23 Jahre – von 1964 bis 1987 – inne hatte, sein erfolgreichstes politisches Wirkungsfeld. Hier zeigte er Ausdauer, auch wenn es schwierig wurde, hier gelang es ihm, den Prozess der Umgestaltung der einstigen Arbeiter- in eine moderne Volkspartei voranzutreiben, aktiv mitzugestalten und der SPD ein spezifisches Gepräge zu geben, hier integrierte und polarisierte er. Es ist schon erstaunlich, dass diesem zentralen Abschnitt in Brandts politischem Wirken bisher von der historischen Forschung

---

<sup>23</sup> Die überarbeitete und annotierte Version dieses Beitrags wird veröffentlicht in: Daniela Münkkel/Jutta Schwarzkopf (Hrsg.), *Geschichte als Experiment*, Frankfurt/M. u.a. 2004.



so wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. Auch die neuen Biografien, seien sie nun 300 oder 900 Seiten lang, widmen sich diesem Komplex nur am Rande und weisen vor allem auf die vermeintliche Führungsschwäche Brandts hin. Eine der wenigen Ausnahmen macht der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, der vor einigen Jahren einen längeren Aufsatz über alle SPD-Vorsitzenden und ihre spezifischen Führungsstile seit 1945 vorgelegt hat.

Im Folgenden wird der Fokus einzig auf das Thema „Willy Brandt als Parteivorsitzender“ gerichtet, was gleichermaßen als ein Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik wie zur Parteigeschichte der SPD verstanden werden kann. Wenn man über Brandt als Parteivorsitzenden spricht, spricht man gleichzeitig über das Phänomen von „Politischer Führung“. Das Konzept, das lange aus der Mode war, hat in den letzten Jahren, bedingt durch die Herausbildung einer immer komplexer werdenden Mediengesellschaft, die einen weiteren Personalisierungsschub in der bundesdeutschen Politik ausgelöst hat, eine Art Renaissance erfahren. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die ganze nationale und internationale – vor allem politikwissenschaftliche – Diskussion um das analytische Konzept der „politischen Führung“ wiederzugeben. Hier wird ein mehrdimensionaler Zugang, der sowohl die strukturellen als auch die personenzentrierten Faktoren berücksichtigt, verfolgt. So verstanden setzt sich „politische Führung“ aus dem Agieren in einem bestimmten – organisatorischen, personellen und massenmediale – Umfeld und aus den spezifischen Aktionsmustern der handelnden Person, wie z.B. Führungsstilen oder Charisma, zusammen. Dabei wird von verschiedenen Phasen ausgegangen, die jeweils durch eine spezifische Rolle und Funktion Brandts als Parteivorsitzender sowie durch differierende Konstellationen innerhalb der SPD und der politischen Kultur der Bundesrepublik gekennzeichnet waren. Die erste Phase datiert von 1960 bis 1966, die zweite von 1969 bis 1982 sowie eine letzte von 1983 bis zum Rücktritt 1987.

### **Der mühsame Aufstieg: 1960–1966**

Im Jahr 1965 schrieb ein langjähriger Parteigenosse einen erbosten Brief an den Parteivorstand. Darin führte er u.a. aus, dass er vor vielen Jahren „einer sozialdemokratischen und keiner Willy-Brandt-Partei beigetreten sei“. Diese Einstellung war Mitte der sechziger Jahre innerhalb der SPD keine Minderheitenmeinung. Willy Brandt war zwar auf einem Außerordentlichen Parteitag im Februar 1964 mit einem sehr guten Ergebnis von 314 der 324 gültigen Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt worden, von der

„Lichtgestalt“ der späteren Jahre war er allerdings noch weit entfernt. Für diesen Sachverhalt gab es ein ganzes Bündel an Ursachen: Zum einen die mangelnde Verankerung in der Partei(-organisation): Ohne die massive Unterstützung Wehners, der als „Chef der Baracke“ der eigentliche Drahtzieher hinter den Kulissen war, wäre die Wahl Brandts 1964 zumindest wesentlich schwieriger, wenn nicht unmöglich gewesen. Zum anderen hatte ihn die zweite verlorene Wahl als Kanzlerkandidat 1965 resignierend und verletzt zurückgelassen, so dass ein wesentlicher Bestandteil seiner Wirkung, nämlich seine Ausstrahlung und die Fähigkeit, andere Menschen zu begeistern, zu diesem Zeitpunkt sich kaum mehr entfalten konnte.

Der entscheidende Grund ist allerdings darin zu suchen, dass bis Mitte der sechziger Jahre die Mehrheit der Parteimitglieder an der „Basis“, anders als die Parteiführung, noch nicht den Modernisierungskurs der SPD – für den Brandt stand – mitrug. Anders als in den vierziger und fünfziger Jahren, wo Parteiführung und die überwiegende Mehrheit der Mitglieder in der Regel die gleiche politische Linie vertraten, verliefen in den Sechzigern die Konfliktlinien zwischen der SPD-Führung und mehr oder weniger großen Teilen der „Parteibasis“. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die angestrebte „Erneuerung“ der SPD quasi „von oben“ angestoßen und durchgeführt wurde. Seit 1958 sollte plötzlich nichts mehr, was jahrzehntelang sozialdemokratische Tradition gewesen war, gelten. Neben der Organisationsreform, der programmatischen Trendwende und personellen Veränderungen fand dies seinen Ausdruck in neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sowie damit verbunden einem Imagewechsel. Um das Image der Partei aufzupolieren, ging die Parteiführung sogar soweit, den Ortsvereinen nahe zu legen, sich in gutbürgerlichen Lokalen anstatt in Arbeiterkneipen zu treffen. „Die Rumpelkammer der sozialistischen Ideologie, ihrer Symbole und Prinzipien blieb [...] hermetisch verriegelt“, schrieb „Der Spiegel“ 1961. Alles änderte sich: Die Umgangsformen, die Farben, die Lieder, das Logo, die Wahlkämpfe und der Führungsstil. Im Vergleich zu seinen Vorgängern repräsentierte Brandt einen völlig anderen Typus des Parteiführers. Kurt Schumacher war der übermächtige, charismatische und autoritäre Parteiführer, der die SPD mit einer kleinen Führungsgruppe straff lenkte. Dabei wusste er die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder in allem, was er tat, hinter sich. Erich Ollenhauer hingegen war eher der farblose, langweilige Typ eines Parteisekretärs, der die SPD dennoch zusammenhielt und mit dem sich viele traditionelle Parteifunktionäre identifizierten. Für Ollenhauer galt die Maxime, dass der Einzelne hinter den Zielen und Pflichten der Partei zurückzustehen habe. Verwurzelt in der

Weimarer Parteitradition war er nicht prädestiniert, die dringend gebotene „Erneuerung“ der SPD anzustoßen. Dennoch blockierte er diese „Erneuerung“ nicht.

Was war nun das Besondere an Brandts Auffassung von der Parteiführung, so dass es gerechtfertigt ist, von einem spezifischen Brandt'schen Führungsstil zu sprechen? Brandt selbst charakterisierte seinen Führungsstil wie folgt: „Ich habe versucht [...] einen möglichst kollegialen Arbeitsstil zu praktizieren. Es war und ist nicht meine Art, nur Zustimmung zu erbitten und Diskussionen vor allem führen zu lassen, um mich in einer vorgefassten Meinung bestätigt zu wissen. [...] [E]s ist nahezu immer fruchtbarer, eine Übereinstimmung in Führungsgremien herbeizuführen. Mir lag daran, auf den menschlichen Zusammenhalt gerade dann zu achten, wenn sich sachliche Meinungsverschiedenheiten ergaben.“

Dieser diskursive, kollegiale Führungsstil resultierte nicht zuletzt auch aus Erfahrungen mit dem Stil der skandinavischen Arbeiterparteien. Zum einen fand dieser Stil seinen praktischen Ausdruck darin, dass Brandt seine Entscheidungen vielfach im Diskussionsprozess und in Absprache mit seinen Mitarbeitern und Parteiführungskollegen traf. Zum anderen zeigte er sich in der Akzeptanz und Förderung der innerparteilichen Diskussion über Sachfragen, ohne dabei die Einheit der SPD zu gefährden. Brandt argumentierte, versuchte zu überzeugen und nicht autoritär zu führen. Dies implizierte auch die Förderung der innerparteilichen Kommunikation durch regelmäßige Information der Mitglieder. Neben der gängigen Informationspraxis, wie der Veröffentlichung von Reden, Aufrufen oder Beschlüssen führte Brandt „Briefe an die Mitglieder“ ein. Diese Form der Kommunikation zwischen Führung und Basis hatte er bereits in den fünfziger Jahren in Berlin praktiziert und auch Adenauer bediente sich dieser Form der Ansprache. In diesen Schreiben, die je nach Bedarf in unregelmäßigen Abständen verschickt wurden, informierte, erläuterte und begründete der Parteivorsitzende das Vorgehen der SPD-Führung besonders in kontroversen Fragen, wie z.B. über die Bildung der Großen Koalition. Damit wollte Brandt Überzeugungsarbeit leisten und zur Entschärfung von innerparteilichen Konflikten beitragen. Dass dies von den Mitgliedern angenommen wurde und ein Bedürfnis nach direkter Kommunikation mit dem Vorsitzenden bestand, zeigte ebenfalls die enorme Anzahl von Briefen die direkt, kritisch oder zustimmend, an ihn gerichtet wurden und deren Beantwortung man sehr ernst nahm. Neu für einen SPD-Vorsitzenden war auch, dass er häufig betonte, „nicht nur Willensvollstrecker“ der Partei zu sein, sondern im Interesse des gesamten Volkes handeln zu wollen. Eine weiteres Kennzeichen des Brandt'schen Führungsstils war seine Fähigkeit zu integrieren,

die jedoch erst nach 1966 voll zum Tragen kam und nach 1983 wieder nachließ – worauf noch einzugehen sein wird.

Der Führungsstil Brandts, der sich in den ersten Jahren seiner Amtszeit als Parteivorsitzender herausbildete, brauchte sozusagen noch die adäquate Grundlage, damit er sich voll entfalten konnte. Er fand sie einerseits in Form der praktischen Umsetzung innen- und außenpolitischer Reformkonzepte, andererseits in der sich wandelnden Struktur der SPD-Mitgliedschaft. Diese spezifische Konstellation entwickelte sich in den späten 60er Jahren. Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass sich der Führungsstil Brandts in seiner Funktion als Parteivorsitzender während seiner gesamten Amtszeit kaum änderte. Was sich änderte waren die personellen, innerparteilichen und gesamtgesellschaftlichen Konstellationen, und diese beeinflussten die Wirkungsmächtigkeit der Brandtschen Führung – positiv oder negativ.

### **Auf der Zinne der Partei: 1969–1982**

Die Zeit der sozialliberalen Koalition war – trotz mancher Schwierigkeiten – auch *die* Zeit Brandts als Parteivorsitzender, wobei man verschiedene Phasen unterscheiden muss. Der Eintritt in die Große Koalition 1966 und die damit verbundene Übernahme des Amtes des Außenministers durch Brandt hatte ambivalente Folgen. Die Entscheidung führte zwar zu innerparteilicher und öffentlicher Kritik, die sich an Personal- und Sachfragen entzündete. Sie wurde im Besonderen von jüngeren Sozialdemokraten, den Jusos, dem SHB sowie von vielen, mit der SPD sympathisierenden Intellektuellen artikuliert. Dennoch konnte Brandt trotz seiner für viele enttäuschenden Zustimmung zur Großen Koalition seine Position als Parteivorsitzender festigen und sich als Integrations- und Identifikationsfigur etablieren. Auf dem Parteitag im März 1968, der die Entscheidung der SPD-Führungsgremien für den Eintritt in die Große Koalition im nachhinein legitimieren sollte und auf dem es teilweise zu tumultartigen Ausbrüchen kam, trat dies erstmals deutlich zutage. Das Abstimmungsergebnis war denkbar knapp, wirkte sich jedoch nicht auf die erneute Wahl Brandts zum Parteivorsitzenden aus. In dieser Funktion befand er sich quasi jenseits aller Konfliktlinien, was sich nach 1969 weiter verstärkte.

Was hatte sich verändert? Ende der sechziger Jahre war der „Umformungsprozess“ der SPD zu einer modernen Volkspartei weitgehend abgeschlossen, was sich auch in einer veränderten Mitgliederstruktur niederschlug. Ausgelöst wurde dieser Wandel im Besonderen durch eine „überschäumende Eintrittswelle“, die nicht zuletzt aufgrund von

Person und Politik Brandts erfolgte. 1969 traten 90.000, 1972 160.000 neue Mitglieder der SPD bei. Im Zeitraum von 1969 bis 1976 waren es insgesamt 400.000. Es waren vor allem die unter 30-jährigen, die in die SPD eintraten. Nicht nur die Altersstruktur, sondern auch die Sozialstruktur veränderte sich durch den Mitgliederzuwachs. Nicht mehr Arbeiter, sondern Beamte und Angestellte, Schüler und Studierende dominierten nun die Partei und spiegelten somit den gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess wider. Außerdem veränderte sich die politische Kultur der Bundesrepublik. Die Bevormundung der Adenauer-Ära sollte nun endlich vorbei sein, das Bedürfnis breiter Teile der Bevölkerung nach Diskussion und kritischer Auseinandersetzung um Gegenwart und Vergangenheit war auch in den Medien allgegenwärtig. Darüber hinaus erfasste die SPD – wie die gesamte Gesellschaft – spätestens seit 1968 ein Reideologisierungprozess, der sich in innerparteilichen Auseinandersetzungen und der Wiedereinführung traditioneller sozialdemokratischer Rituale wie der Anrede „Genosse“ manifestierte. In dieser parteipolitischen und gesellschaftlichen Konstellation eignete sich Brandt aufgrund seiner antifaschistischen Vergangenheit gut als Identifikationsfigur sowie durch seine außen- und innenpolitischen Reformkonzepte, die er seit 1967 sukzessive in die Tat umsetzte, als Hoffnungsträger für die Vision einer friedlicheren und demokratischeren Gesellschaft. Die charismatische Wirkung, durchaus im Sinne von Webers Konzept der charismatischen Herrschaft gemeint, die sich besonders während der ersten Regierungsjahre entfaltete, der Kult und die Verklärung seiner Person bis hin zum säkularisierten Heiligen, welche massiv durch die Medienberichterstattung befördert wurde, schienen Brandt auch als Parteivorsitzenden schier unangreifbar zu machen. Sein Führungsstil kam dem weitverbreiteten Bedürfnis nach kritischer Diskussion und Auseinandersetzung entgegen. Die Integrationskraft des Parteivorsitzenden bewahrte die SPD in dieser Zeit vor der Zerreißprobe.

Dies war allerdings nur die eine Seite der Medaille. In der Führungsriege der SPD wurde Brandt zunehmend kritisiert, und die seit 1966 agierende Troika Brandt-Wehner-Schmidt zog bei weitem nicht immer an einem Strang. Sein Führungsstil wurde ihm als Führungsschwäche ausgelegt, und Brandt sah sich häufiger als seine Vorgänger in eine Rechtfertigungsposition gedrängt. Regierungsmitglieder wie Karl Schiller, aber auch Helmut Schmidt und Herbert Wehner machten keinen Hehl aus ihrer Ablehnung der Art, wie Brandt Partei und Regierung führte. Sie unterstellten ihm mangelnde Durchsetzungsfähigkeit und sahen in ihm keine „wahre“ Führungspersönlichkeit. Besonders im Verhältnis zu Herbert Wehner und Helmut Schmidt war Brandts Führungsstil ein

ständiger Reibungspunkt. So schrieb Helmut Schmidt Anfang 1971, als es in der Troika kriselte und er ein Machtwort erwartete, an Willy Brandt: „Ein Wort über das ‚Führen durch ein Team‘. [...] Derjenige, der nach außen die Hauptverantwortung trägt, muß innerhalb des Führungsteams *notfalls* (nach Diskussion versteht sich) die Entscheidung treffen. Hierin bleibe ich bei meiner Meinung [...] und bleibe auch bei der Überzeugung, daß einschließlich Herberts und meiner in solchen Fällen sich eine erdrückende Mehrheit in unseren Führungsteams der alternativen oder der Kompromißentscheidung durch den B[undes]K[anzler] und Parteivorsitzenden anheimgeben wird.“ Derartige Stimmen verstummten während seiner ganzen Amtszeit nie. Schmidt wiederholte diese Form der Kritik häufig, so auch in einem Fernsehinterview für das Magazin „Panorama“ im Juli 1972, in dem er ausführte, dass der Führungsstil Brandts Schuld an der Krise der SPD sei. Herbert Wehner mokierte sich bekanntermaßen gern in derben Worten vor Journalisten über Brandts Führungsstil. Sein Ausspruch während einer Moskaureise im Jahr 1973, „Der Herr badet gerne lau ...“, wird in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert.

Nach dem überragenden Wahlsieg der SPD im Jahr 1972 mit 45,8 Prozent der Stimmen machten sich auch in der Partei Schwierigkeiten bemerkbar. Die Reformen stockten, Probleme wie Ölkrise und Streiks im öffentlichen Dienst belasteten die Regierung. Brandt schien ausgebrannt und ohne Elan, und die Medien begannen, den einst hochgelobten Helden harsch zu kritisieren: „Kanzler in der Krise“ titelte „Der Spiegel“. Innerparteilich traten Konflikte zwischen Parteilinken und -rechten wieder deutlicher zutage. Brandt gelang es in dieser Situation, sich als Schiedsrichter zu profilieren, in dem er sachliche und personelle Absprachen der Gruppierungen anregte, womit er zwar die Fraktionierungen nicht aufhob, eine weitergehende Spaltung jedoch verhinderte. Auch diesmal „haute er nicht mit der Faust auf den Tisch“, wie viele Parteivorstandskollegen es sich gewünscht hätten, und Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Vor allem die Auseinandersetzungen mit Herbert Wehner zermürbten Willy Brandt und sein Zögern, Wehner zu entlassen, machte offensichtliche Schwächen seines Führungsstils deutlich. Bei Personalentscheidungen in seiner engsten Umgebung griff er oft genug nicht durch oder ließ sich das Heft aus der Hand nehmen.

Zum Jahreswechsel 1973/74 hatte es die SPD mit einer ausgewachsenen Führungskrise zu tun, die im März 1974 in einer einhelligen Kritik aus allen Lagern an Brandt als „orientierungslosem“ Parteivorsitzenden gipfelte. Helmut Schmidt kritisierte nun auch wieder öffentlich. Die Probleme der Koalition und des Bundeskanzlers wirkten sich so

direkt auf den Parteivorsitzenden aus. Dieser zeigte indes Durchhaltevermögen. Im April 1974 gewann er die politische Initiative zurück, indem er eine Zehn-Punkte-Erklärung vom Parteivorstand absegnen ließ und diesen dadurch zwang, seinen Aufruf zur Motivation, Neuorientierung und Geschlossenheit der SPD mitzutragen. Zahlreiche öffentliche Auftritte des Parteivorsitzenden sollten in der Folge unterstreichen, dass die Richtlinienkompetenz bei ihm lag. Brandts Position hatte sich gerade wieder gefestigt, da folgten Guillaume-Affäre und Rücktritt.

Der Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers im Mai 1974 markierte für Brandt in seiner Funktion als Parteivorsitzender insofern einen Einschnitt, da er sich nun frei von den Belastungen der Regierungsgeschäfte voll und ganz wieder der Parteiarbeit widmen konnte. Bereits eine Woche nach seinem Rücktritt verschickte er ein Schreiben „An alle Mitglieder der SPD“, in dem er mit Elan dazu aufrief, dass „die Partei ihre volle Schlagkraft zurückgewinnen müsse“. Weiter hieß es dort: „Zeitweilige Schwierigkeiten unserer Partei sind kein Anlass, die Köpfe hängen zu lassen. Diese Partei hat schon größere Probleme gemeistert. [...] In der Partei mitarbeiten, das muss heißen: In der Partei *miteinander*, nicht *gegeneinander* zu arbeiten.“ Hier legte er nochmals seine Vorstellungen von einer lebendigen, demokratischen Partei dar, betonte aber auch, dass bestimmte „Ausfransungen“ nicht geduldet werden könnten. In solchen Fällen schreckte er nicht vor dem letzten Mittel des Parteiausschlusses zurück, denn die Einheit der Partei war für ihn nicht verhandelbar. Insgesamt dominierte in der Öffentlichkeit bis 1976 – getragen von den Medien – das Bild einer zerstrittenen Partei, gleichwohl sie sich seit 1974 wieder zusehends konsolidierte. Die Bundestagswahlen 1976 und 1980 wurden gewonnen. Die Kampagnen von CDU/CSU („Freiheit statt Sozialismus“) sowie die „Anti-Strauß“-Aktionen schweißten die SPD von außen zusammen.

Nach 1974 verbesserte sich das Verhältnis zwischen Helmut Schmidt und Willy Brandt. So hatte Schmidt u.a. dem Parteivorsitzenden in einem Brief vom Januar 1975 ausdrücklich um Rückendeckung gebeten und die Arbeitsteilung zwischen Kanzler und Parteivorsitzendem nicht nur anerkannt, sondern auch eingefordert. In der Folgezeit funktionierte auch die Troika Brandt-Wehner-Schmidt wieder. Dies sollte allerdings nicht mehr von langer Dauer sein. Die Dreierkonstellation hörte spätestens im Dezember 1981, nach einer Auseinandersetzung um die Beteiligung Herbert Wehners an einer Unterschriftenaktion der politischen Rechten in der SPD, auf zu existieren. Auch das Verhältnis zwischen Bundeskanzler und Parteivorsitzendem begann sich zunehmend – angesichts politischer Differenzen – zu verschlechtern, was zwangsläufig Auswirkungen

gen auf die Partei hatte. Trotz immer wieder aufkeimender innerparteilicher Kritik an der Regierung Schmidt, so z.B. im Fall der Anti-Terrorgesetze, hatte Brandt die Politik seines Nachfolgers mitgetragen und dies auch von der Partei weitgehend erfolgreich eingefordert. Dass Helmut Schmidt in der Retrospektive häufig bedauert hat, den Parteivorsitz nicht inne gehabt zu haben, ist wohl eher auf die Erfahrungen in der Endphase seiner Kanzlerschaft zurückzuführen. Die wirtschaftliche Situation war Anfang der achtziger Jahre mehr als angespannt und Kritik an der Regierungspolitik wurde allenthalben laut. In dieser Situation wogen die unterschiedlichen Einschätzungen über die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses besonders schwer. Der Münchner Parteitag von 1982 markierte hier einen Einschnitt. Brandt wusste die Mehrheit der SPD in dieser Frage hinter sich. Ein Briefwechsel zwischen den beiden Politikern machte die gegenseitige Verletztheit und Enttäuschung deutlich: „Für nicht akzeptabel halte ich jedenfalls die These von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten, die mich daran gehindert haben könnten, Dich hinreichend zu unterstützen. Ich empfinde es im Gegenteil so, dass mich auch erhebliche Bedenken in dieser oder jener Frage nicht daran gehindert haben, dem Bundeskanzler zur möglichst breiten Unterstützung seiner Partei zu verhelfen“, so Willy Brandt an Helmut Schmidt im Oktober 1982. Das Verhältnis der Beiden blieb auch die nächsten Jahre stark belastet. Von der Troika mit ihrer spezifischen Aufgabenverteilung, die durch unterschiedliche Führungsstile und Charaktere jeweils bestimmte Segmente der SPD angesprochen und damit zur Stabilität der Partei beigetragen hatte, war nur noch Willy Brandt übrig geblieben.

### **Abstieg auf Raten: 1982–1987**

Nach dem Ende der sozialliberalen Koalition im Jahr 1982 versuchte Brandt nochmals seine Stärke als Integrationsfigur für die SPD und deren Umorientierung einzusetzen. Die politische Landschaft und die politische Kultur war einmal mehr im Wandel begriffen – außerparlamentarische soziale Bewegungen gewannen zunehmend an Bedeutung. Die Grünen existierten als neue Partei und Sammelbecken für diese Bewegungen seit Januar 1980, und die neue CDU/FDP-Regierung trat an, um eine „geistig-moralische Wende“ einzuläuten. Brandts Ziel war es, die SPD für die neuen sozialen Bewegungen zu öffnen und diese soweit als möglich zu integrieren, was nicht zuletzt durch politische Kurskorrekturen erfolgen sollte. Auf einem Sonderparteitag im Jahr 1983 wurde die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen mit überwältigender Zustimmung abgelehnt und ein Programm „Arbeit und Umwelt“ verabschiedet. In einer Rede



aus Anlass einer großen Friedensdemonstration im Oktober 1983 in Bonn betonte Brandt, dass die SPD und die außerparlamentarischen Bewegungen für Abrüstung, Umweltschutz und Frauenrechte viele politische Zielsetzungen teilten.

Die Erfolge dieser Strategie lassen sich schwer messen. Sie war allerdings innerhalb der SPD umstritten. Innerparteilich formierte sich auf dem so genannten „rechten Flügel“ eine massive Opposition gegen den neuen Kurs und den alten Parteivorsitzenden – die sich in den folgenden Jahren verstärkte. Brandt konnte sich zwar weiterhin auf eine nicht organisierte, allerdings integrativ wirkende Strömung – repräsentiert u.a. von Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau – stützen. Dennoch strebten die Jüngeren mit einem zum Teil anderen Politikverständnis an die Macht; der einst so gefeierte Vorsitzende verlor massiv an Begeisterungs- und Integrationskraft. Was dann folgte, war so etwas wie ein Abstieg auf Raten, wobei eine endgültige Bewertung des Sachverhalts in eine noch ausstehende historische Aufarbeitung der achtziger Jahre eingebettet werden muss. Brandt wurde für mangelnde Wahlerfolge verantwortlich gemacht und drohte – wie schon Anfang der achtziger Jahre – mehrfach versteckt mit Rücktritt; ein deutliches Zeichen verlorener Souveränität. Die Nachfolgefrage war nicht geklärt und der Auslöser zum Rücktritt eher banal. Die Rücktrittserklärung vor dem Parteivorstand vom 23. März 1987 liest sich dann auch wie ein Dokument der Enttäuschung und Verbitterung: „Was Führungskrise genannt wird, ist für einige, die dies nicht wahrhaben wollen, der zielstrebige Versuch, die programmatische und personelle Erneuerung der Partei als Marotte des Vorsitzenden abzuhandeln. Ich stehe für diese Abart von Auseinandersetzung nicht mehr zur Verfügung.“

### **Schlussbemerkungen**

Willy Brandt war genau der richtige Vorsitzende der SPD für die langen siebziger Jahre, die durch die Zeit der sozialliberalen Koalition abgegrenzt sind. Sein diskursiver, kooperativer Führungsstil, seine Fähigkeit zur Integration, die auch durch seine Person und sein Charisma begünstigt wurde, gepaart mit politischen Reformkonzepten entsprach dem Zeitgeist und der politischen Kultur dieser Dekade sowie den Vorstellungen der Mehrheit der SPD-Mitglieder. So konnte er zum bedeutendsten Parteivorsitzenden der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik oder sogar wie manche, u.a. Karsten Rudolph, meinen, seit August Bebel avancieren. Unter den sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen der achtziger Jahre verlor der Führungsstil Brandts zunehmend an Wirkungsmächtigkeit. Am Beispiel Willy Brandts wird besonders deutlich, dass die

Kategorie der „politischen Führung“ immer nur in spezifischen historischen Kontexten analysiert werden kann.

## **Thesen zur Rolle der Charismapolitik und des gesellschaftspolitischen Ansatzes von Willy Brandt in der Phase des inneren Wandels der Bundesrepublik 1966–1974<sup>24</sup>**

Bei der Beschäftigung mit Willy Brandt stößt man in besonderem Maß auf Projektionen und Zuschreibungen, die manchmal mehr über die Haltungen und Bedürfnisse der jeweiligen Autoren oder Redner aussagen als über die historische Person. Den einen erscheint Brandt als „Visionär“ – schon die Zeitgenossen betrachteten beispielsweise den Beginn der Kanzlerschaft Brandts 1969 als „eine Art Pfingsten“<sup>25</sup> –, andere belegen ihn mit den gängigen Bezeichnungen des „Ost- oder Deutschlandpolitikers“ oder des „Außenpolitikers“. Die erwähnten Zuweisungen erklären sich zum Teil durch die mediale Rezeption und die vorherrschende Fokussierung des politischen Bewusstseins in der Bundesrepublik auf die Deutschland- und Ostpolitik. Die Etikettierungen sind dabei keineswegs völlig falsch, doch scheinen mir für eine Diskussion über Willy Brandts Kanzlerschaft weitere Aspekte von großer Bedeutung, die mit den erwähnten Attributen nicht zureichend erfasst sind. Dazu gehören:

Erstens das geschickte Erringen von Durchsetzungskraft und Handlungsspielraum im Zusammenspiel von Popularität, Amtsgewalt und politischer Inszenierung, wie sie in der Brandtschen Charismapolitik zum Ausdruck kommt.

Zweitens der ganzheitliche politische Ansatz, der einer umfassend verstandenen Gesellschaftspolitik verpflichtet ist, die während der Kanzlerjahre durchaus auch einmal etatistische Züge annehmen konnte, ohne deshalb jedoch andere Wirkungsebenen zu vernachlässigen. Brandt war sich der unterschiedlichen inhaltlichen Ansprüche von Staats- und Parteiamt sehr bewusst.

---

<sup>24</sup> Für eine ausführliche Diskussion der „Charismapolitik“ siehe Wolther von Kieseritzky, „Wie eine Art Pfingsten...“ Willy Brandt und die zweite Bewährungsprobe der Bundesrepublik, in: Frank Möller (Hrsg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2003 (im Erscheinen). Für die Thesen zum gesellschaftspolitischen Ansatz Brandts siehe auch die Einleitung des Autors in: *Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Band 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974*, bearbeitet von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, S. 15–77.

<sup>25</sup> Klaus Harpprecht, *Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt*, Reinbek 2000, S. 302.

Drittens der Zusammenhang mit der Modernisierungsgeschichte der Bundesrepublik, mit dem der gesellschaftspolitische Ansatz korrespondiert. Die während der Kanzlerschaft geplanten, eingeleiteten oder umgesetzten politischen Reformen sind Abbild des grundlegenden strukturellen Wandels der deutschen Gesellschaft.

Brandts bundespolitischer Aufstieg fiel in eine Zeit der intellektuellen Beunruhigung, eine Periode der Aufbrüche. Die im Zuspruch der Bevölkerung offenbare Sehnsucht nach politischer Übereinstimmung und nach einer neuen moralischen Qualität der politischen Praxis zeugt von einem breiten Mentalitätswandel, der mit grundlegenden Strukturveränderungen in der Gesellschaft und in den politischen Parteien korrespondierte. Im „Stadium der Gärung“<sup>26</sup> Ende der 60er Jahre verbanden sich die Eigenschaften und Zuschreibungen an Brandt, die sich über Jahre ausgeprägt hatten – persönliche Qualitäten, Popularität, aber auch, negativ gemeint, die Stigmatisierung des Exilanten und Radikalen –, mit dem Ansatz einer Gesellschaftsreform sowie Elementen der medialen Inszenierung.

Nimmt man die Umfragen der Meinungsforschung als Indiz, so attestiert die Bevölkerung Brandt krisenlösende Energie; die Werte in den Kategorien nicht nur der Sympathie, sondern vor allem in denen der Integrität und des politischen Vertrauens steigen konstant: Seit Mitte der 60er Jahre lagen die Eigenschaften „sozial“, „energisch, fester Wille“, „politisch weitsichtig“, „bedächtig, abwägend“, „große Selbstbeherrschung“ und „modern, fortschrittlich“ an der Spitze, während auf der anderen Seite „christlich, fromm“, „robust, unempfindlich“, „hart, unnachgiebig“ sowie „starke Führernatur“ am schwächsten in den Zuschreibungen ausgeprägt waren. Der sorgsam gepflegte und von Brandt in unzähligen Gesprächen bekräftigte Entwurf seiner Kanzlerschaft als demokratisches Gegenstück zum machiavellistischen Typus des Politikers erleichterte Ende der 60er Jahre die Identifikation eines erheblichen Teils der Nation mit ihm.

Nun ist der politische Handlungsspielraum des Bundeskanzlers in der Praxis vom Geflecht konkurrierender Machtfaktoren von Kabinett und Parlamentskammern, Parteien, Ländern und Medien abhängig. Neben der Bündelung politischer Funktionen (Ämter, wie sie Brandt beispielsweise besaß) spielt vor allem auch die Fähigkeit zur politischen Kommunikation eine Rolle. In welchem Umfang dabei die informelle Ausdehnung der Grenzen möglich ist, zeigt der für die formative Phase der Bundesrepublik geprägte Begriff der „Kanzlerdemokratie“. Diese spezifische, an Adenauers Amtsauffas-

---

<sup>26</sup> Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der

sung gebundene Ausgestaltung der Funktion war durch das Streben nach Sicherheit und Orientierung in einer ohnehin vielfach „mobilisierten Gesellschaft“<sup>27</sup> befördert worden; ihre autoritative Form begünstigte die Klärung und schließliche Akzeptanz der wesentlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik in den 50er Jahren (soziale Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, allmähliche ökonomische und militärische Einbindung in das westliche Bündnis).

Bei aller Fundierung der Bundesrepublik in dieser Phase der Rekonstruktion war ein zentrales Problem dabei allerdings ungelöst geblieben: die – u.a. durch das Problem der Wiedervereinigung ausgelöste – Frage nach dem Selbstverständnis der Republik, nach der Staatsräson. Wie stabil die Demokratie wirklich war, wie sie auf gesellschaftliche Umbrüche und Erschütterungen reagieren würde, war noch unerprobt. Würde „Bonn“ nicht doch „Weimar?“, so lautete die vielfache Sorge und Beschwörung, die noch an Schärfe zunahm, als sich in der allmählich „westlicher“ gewordenen Gesellschaft Wertorientierung und Lebensgefühl gravierend zu wandeln begannen. Diese Veränderung resultierte zunächst in einem zunehmenden Vertrauensverlust in die Funktionalität und Legitimität gewohnter politischer Verfahrensweisen, was zahlreiche Beispiele zeigen: so das rechtswidrige, demokratiegefährdende Verhalten von Regierungsmitgliedern in der „Spiegel“-Affäre 1962; der durch die Diagnose einer „Bildungskatastrophe“ genährte Zweifel an der Angemessenheit und Leistungsfähigkeit des deutschen Gesellschafts-systems; die mit dem Generationsbruch beförderte neuerliche Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus; die lang andauernde, aufrüttelnde und alle sozialen Schichten mobilisierende Debatte um die Ablösung der alliierten Vorrechte durch eine eigene Notstandsverfassung. Mit dem öffentlichen Protestpotenzial, das über die Studenten, Intellektuellen- und Partei- oder Gewerkschaftszirkel hinauswuchs, bildeten sich Elemente einer „Bewegungsgesellschaft“<sup>28</sup>, wobei die Medien, insbesondere das Fernsehen, als Katalysatoren der Mobilisierung wirkten. Zudem verbreitete sich mit der Rezession 1966/67 auch ökonomisch Unsicherheit; die Phase des lang anhaltenden Wachstums hatte geendet.

---

Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 123–145.

<sup>27</sup> Dietrich Hilger, Die mobilisierte Gesellschaft, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 95–122.

<sup>28</sup> Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), Eine lernende Demokratie, Berlin 1999, S. 129–164.

Erst diese Krisenerscheinungen ließen die Situation entstehen, in der die – erst im Nachhinein populär gewordene – vieldeutige Formel des „Mehr Demokratie wagen“ einen Ausweg suggerieren sollte. Die von Brandt vorgestellten politischen Ziele schienen der breiten Sehnsucht nach einer qualitativen Weiterentwicklung der Demokratie zu entsprechen und als Wertorientierung den üblichen gesellschaftlichen Interessenkonflikten enthoben. Brandts – selten konkretisierte – Formeln kamen einer Art Heilsversprechen gleich. Drei Elemente wirkten zusammen, die geeignet waren, die Legitimation und das Selbstverständnis der bundesdeutschen Demokratie neu zu fundieren: ein partizipatorischer Ansatz, der die Durchdringung aller gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche mit demokratischen Verfahrensweisen intendierte; ein konsens- und verhandlungsdemokratischer Ansatz, der die Veränderung des Modus der Konfliktaustragung signalisierte; und als drittes eine Vorstellung umfassender Politik des Ausgleichs.

Leitbegriffe einer Ethik der staatsbürgerlichen Verantwortung prägten die Regierungserklärung als „Manifest des Neubeginns“<sup>29</sup>: Überwindung überkommener Hierarchien, Mitverantwortung, Soziale Demokratie, Partizipation. Die Bürger zum Wagnis von „mehr Demokratie“ aufzurufen und das „Volk“ insgesamt zu „guten Nachbarn im Innern und nach außen“ werden zu lassen, das fügte sich zu einem gesellschaftspolitischen Modernisierungskonzept, bei dem die einzelnen Reformen – ob betriebliche Mitbestimmung, soziale Sicherung (Umverteilungsreformen: Steuerreform, Vermögensbildung und Bodenreform) oder Strafrechtsreform – zur „Bildung“ des Menschen zusammenwirken und Individualität, Selbstbestimmung sowie soziale Gebundenheit vermitteln sollten.

Brandts Formel bildete den Gegenentwurf zu Ludwig Erhards Konzept der „formierten Gesellschaft“ von 1965, welches der produktiven Wirkung offen ausgetragener Konflikte und Interessenwahrnehmung misstraute. Erhard sah den Parlamentarismus der Bundesrepublik vom Egoismus organisierter Interessen und der Übermacht der Verbände und Korporationen beherrscht. Sein Modell schien von obrigkeitlichem Misstrauen gegenüber der Kraft des Parlamentarismus beeinflusst. Von Brandts Appell dagegen ging für die Anhänger eine faszinierende Dynamik aus: Demokratie sei nicht nur als politisches Organisationsprinzip des Staates zu begreifen, sondern müsse, so die Forderung des Kanzlers, „alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durch-

---

<sup>29</sup> Wolfgang Jäger, Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 15–160.

dringen”.<sup>30</sup> Die demokratische Ordnung legitimiere sich nicht nur über die Auswahl der Eliten und deren Kapazität zur Problemlösung, sondern ebenso über die umfassende Beteiligung und Mitwirkung aller am Willensbildungsprozess. Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw. Bürger und Regierung solle sich durch das kritische Engagement des Einzelnen fortentwickeln: „Demokratisierung heißt hier, politische Entscheidungsprozesse durchschaubarer machen und die Bürger ermutigen, bei der Neugestaltung der Verhältnisse selber mitzuwirken.“<sup>31</sup>

In der von Brandt gegebenen Wendung entsprachen diese Grundsätze idealtypisch einem Modell des mittels Konsenses herzustellenden Gesamtwillens – ein Ansatz, der mit der korporatistischen Entwicklung der Bundesrepublik korrespondierte.<sup>32</sup> Spätestens seit Mitte der 60er Jahre galt etwa für die Wirtschaftsordnung der Grundsatz, dass die vorgegebenen Gesamtziele von allen Marktkräften gemeinsam verfolgt werden müssten, ein Wettbewerb über die Ziele dysfunktional sei. Mit dem Postulat der „Globalsteuerung“ aller Prozesse wurden Ergebnisse der Kybernetik und Systemanalyse auf die politische Planung übertragen; Gesprächsrunden wie die „konzertierte Aktion“ oder Instrumente wie die „mittelfristige Finanzplanung“ sind Beispiele aus der Zeit der Großen Koalition. Diese Art des Aushandelns und Absicherns innenpolitischer Entscheidungen durch ein Geflecht von Organisationen, Räten und Gremien wurde von der sozialliberalen Koalition weiter perfektioniert – konkret beruhte das Reformprogramm ja auf einer äußersten Kraftanstrengung des staatlichen Sektors unter gleichzeitiger Beteiligung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen, Verbände, Gremien von Experten u.ä.

Allerdings geriet diese Politik zunehmend in ein Dilemma, das angesichts der ursprünglichen Vision der wirksameren – nicht krisenbehafteten – Zukunftsbewältigung wesentlich zur Entzauberung der Koalition beitragen sollte: Denn einerseits war das Konzept – das planrationale Verfahren – nur mit umfassendem staatlichen Eingreifen zu verwirklichen, andererseits wurde die Eigenverantwortlichkeit des mündig und selbstbewusst gewordenen Bürgers betont, der eben in der umständlichen Praxis dieser Steuerungsideologie unterzugehen drohte. Die Individualisierung, die Pluralisierung von Lebensentwürfen und Weltanschauungen lief dem Projekt einer geplanten, ausrechenbaren Gesellschaftspolitik jedoch zuwider.

---

<sup>30</sup> Willy Brandt, *Die Alternative*, in: *Die Neue Gesellschaft* 16 (1969), S. 4.

<sup>31</sup> Willy Brandt, *Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz*. Hamburg 1974, S. 263.

<sup>32</sup> Vgl. Gerhard Lehbruch, *Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie*, in: Kaase/Schmid (Hrsg.), *Eine lernende Demokratie*, S. 41–61.

Zunächst aber schienen Zeittendenz und projizierte politische Glücksvorstellung in der Person des Kanzlers zur Übereinstimmung zu kommen. „Alle unsere Hoffnungen erfüllt“<sup>33</sup>, hieß es, fast so als hätte Jakob Burckhardt recht: „Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht.“<sup>34</sup> In dieser Hinsicht wurde die Wahl 1972 nicht nur eine Abstimmung über die ost- und deutschlandpolitische Entspannung, sondern ein Plebiszit über Brandt und die von ihm verkörperten Ziele. Die Charismapolitik Brandts hatte zu einer Fundamentalpolitisierung und Emotionalisierung der Gesellschaft geführt; Zeugnis dessen war die mit über 90% höchste je erreichte Wahlbeteiligung der Bundesrepublik. In der Wahlkampagne rückten die mit Brandt verbundenen Bilder und Projektionen, seine Vergangenheit, die Gesten und politischen Visionen ins Zentrum der Auseinandersetzungen – in stigmatisierendem und diffamierendem Bestreben ebenso wie mit der Absicht der Identifikation als Inbegriff des „anderen“ Deutschland. Letzteres besaß nun eine neue inhaltliche Ausgestaltung: Entspannung und Aussöhnung mit dem Osten, Anerkennung in der Welt und gesellschaftspolitische Liberalisierung.

Entsprechend erfolgreich suggerierte die SPD einer breiten Mehrheit, die Wahl von Brandt komme einem modernen Bekenntnis zur eigenen Nation gleich. Beides fiel in eins: Die Billigung ihres Wahlslogans „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“ implizierte auch die Zustimmung zu Willy Brandt und umgekehrt. Daß diese nationalplebiszitäre Wendung gelang, überrascht nicht, denn im Herbst 1972 bekannten sich bei Umfragen fast drei Viertel der Bevölkerung zum „Stolz auf Deutschland“; zugleich war für Anhänger der Unionsparteien „Überparteilichkeit“ eine der hervorstechenden Eigenschaften Brandts, was dessen Akzeptanz jenseits des eingeschworenen Regierungslagers wesentlich erleichterte.

Sehr bald zeigte sich allerdings die Kehrseite der durch die Charismapolitik verstärkten Überidentifikation während der politischen Kämpfe des Wahljahres. Der Kanzler schien zunehmend entrückt von den Kämpfen und Intrigen der Ebene; losgelöst von den Mühen und Wirren des alltäglichen politischen Geschehens war er zum Denkmal erho-

---

<sup>33</sup> Siegfried Lenz, in: Dagobert Lindlau (Hrsg.), Dieser Mann Brandt... Gedanken über einen Politiker, München 1972, S. 137.

<sup>34</sup> Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, in: Werke, Band 10, München–Basel 2000.



ben worden.<sup>35</sup> Dieser Eindruck wurde noch durch einen Perspektivwechsel potenziert: Statt der früheren Versprechungen von „mehr Demokratie“ und dem – wie es weithin verstanden wurde – Aufbruch zu den Ufern einer neuen Gesellschaft dominierte seit Anfang 1973 die Betonung des bisher Erreichten, der bereits vollbrachten Leistungen. So wurden nun – beginnend mit der Regierungserklärung im Januar 1973 – der „vitale Bürgergeist“, die „Bürgergesellschaft“ und die „soziale und liberale Mitte“ hervorgehoben, die Visionen der Demokratisierung und Friedenspolitik wichen einer Geschichtspolitik. Mit der Beschwörung der sozialliberalen Koalition als eines historischen Bündnisses von Arbeiterschaft und Bürgertum – der Lehre aus 150 Jahren getrennter Geschichte – wurde die Orientierung auf die Zukunft gleichsam durch die Konstruktion von Tradition ersetzt. Das Ursprungscharisma wich einem neuen Gründungsmythos, der dem Prozess der Ernüchterung entgegenwirken sollte.

Diese Umwertung besaß viele Gründe; mitentscheidend waren jedoch die nach diesem Wahlsieg ins Unermessliche gestiegenen Erwartungen an die gesellschaftsverändernde Kraft der Regierung. Hatten die großen Hoffnungen in der Aufbruchseuphorie 1969 der innovatorischen Politik damals eine zusätzliche Legitimation gegeben, so riefen sie jetzt verstärkt die „gegenreformatorischen Geister“ auf den Plan. Je deutlicher die Diskrepanz zwischen den Reformansprüchen und finanziellen Möglichkeiten wurde, desto schriller wurden beispielsweise die Töne im Verteilungskampf der Interessenten. Verhandlungsdemokratische Elemente wie die konzertierte Aktion, Expertenräte und Planungsverfahren vermochten diese nicht mehr zu dämpfen. Hier vollzog sich eine grundlegende Tendenzwende: Das Vertrauen in die Steuerbarkeit der sozialen Entwicklungen, die Zuversicht, in allen Bereichen Krisen durch vorausschauende Planung und nachvollziehbare Rationalität der Entscheidungsprozesse vermeiden zu können, war geschwunden. Statt dessen wuchs die Skepsis gegenüber einer Ideologie des unbegrenzten Wachstums. Zum Sinnbild für die Schlussphase der Kanzlerschaft Brandts wurde gleichsam das Bild der im November 1973 nach dem Fahrverbot aufgrund der Ölpreiskrise verwaisten Autobahnen – der zum Stillstand gekommene Fortschritt.

Brandt, so behauptete einer seiner langjährigen Gegner, Franz Josef Strauß, „war der Prophet, der Seher, der den Eindruck zu erwecken wusste, dass er die Ufer der Zukunft erblickte.“<sup>36</sup> Wenn daran etwas Wahres ist, dann beschreibt dies vor allem die eminente

---

<sup>35</sup> Vgl. Achim Zons, *Das Denkmal. Bundeskanzler Willy Brandt und die linksliberale Presse*, München 1984.

<sup>36</sup> Franz Josef Strauß, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 448.

zeitweilige Wirkung Brandts. Ging es bei Adenauers Prägung der Kanzlerschaft um die Konstituierung des Staatswesens und seiner Grundlagen nach 1945, bei Helmut Kohl nach 1989 um die Lösung der deutschen Frage, so betraf die historische Situation bei Brandt eine Krisenstimmung der inneren Verfassung und die weichenstellende Durchsetzung einer pluralistisch orientierten Demokratie.

## Diskussion

[...] <sup>37</sup>

### Heinrich Potthoff:

[...] Und dann müssen wir eigentlich klarmachen, was ist das Spezifische an Willy Brandt? Wie weit spielen hier sogar nordische Erfahrungen mit hinein, wie weit sein ganz persönlicher Politiktypus? Wie weit auch die Berliner Erfahrung?

Und da spielt sich eben nicht nur äußerlich was Unterschiedliches ab von der Zeit, als er Parteivorsitzender wird, zu später. In der Zeit, als er Parteivorsitzender wird, will die SPD an die Macht in Bonn. Schlicht und einfach. Das schweißt zunächst einmal zusammen, das hält eine Partei zusammen. Sozusagen Bonn als Ziel, der Parteivorstand als das Führungszentrum, aber mit so einer gewichtigen Komponente, im Volk verankert zu sein. Später kommt natürlich der Machterhalt und das Bundesregierung-Sein hinzu.

Der fundamentale Unterschied – auch zu dem späten Willy Brandt, der sicher seine Schwächen hat als Parteivorsitzender und auch ein negatives Beispiel für die „Enkel“ abgibt, wenn er unzureichend informiert – ist zum einen, dass diese Partei in den 1980er Jahren nicht nur eine ist, in der die neuen sozialen Bewegungen als Thema hineinschwappen und in der die Traditionalisten sich rühren. Es sind auch die Modernisierer am Werk, und das ist eine ganz heterogene Gruppe, ob etwa Dieter Spöri in Baden-Württemberg oder Oskar Lafontaine als Modernisierer auftreten. Die SPD ist damals eine fragmentierte Partei, gerade auch mit den ganzen Arbeitsgemeinschaften. Aber was das Zentrale ist, und das wird zu wenig beachtet: Die SPD ist in den 1980er Jahren, und das gilt auch für Anfang der 1990er, zu einer dezidiert föderalen Partei geworden. Unser

---

<sup>37</sup> Leider ging durch einen Tonbandschaden der erste Teil der Diskussion verloren. U.a. wies Ursula Langkau-Alex mit Blick auf den Vortrag von Einhart Lorenz darauf hin, dass Willy Brandt bereits 1936 – noch vor Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs – zusammen mit Jacob Walcher und anderen SAP-Mitgliedern der Meinung gewesen sei, die SAP könne angesichts der gegenüber 1933/34/35 veränderten Kräfteverhältnisse eine Einheitspartei nur noch mit der opportunistischen KPD und der reformistischen SPD zustandebringen – mit der Begründung, beide Parteien wären eben doch nicht tot. In dem Einigungsprozess, dem nicht unbedingt ein Programm zugrundeliegen sollte, hätten Brandt und Walcher der SAP die Rolle als revolutionierender Motor zugeordnet. Frau Langkau-Alex kündigte zudem an, das Engagement Brandts und anderer SAP-Mitglieder für eine Einheitspartei sowie die Diskussion darüber in Band 2 ihrer Untersuchung „Volksfront für Deutschland?“, der zusammen mit einer überarbeiteten Neuauflage von Band 1 erscheinen werde, ausführlich zu behandeln.

jetziger Bundeskanzler sagte damals in einer Präsidiumssitzung, als ihm was nicht passte, gegen einen anderen Parteivorsitzenden gerichtet: Die Macht in der SPD liegt nicht in Bonn, „das Machtzentrum der SPD liegt in den Ländern.“ Ganz klar.

Es waren also gerade die mit Willy befreundeten „Enkel“, die versucht haben, über die Länderschiene ein eigenes Machtzentrum aufzubauen. Und das war so stark, dass sie in Bonn fast gar nichts mehr entscheiden konnten. Dieses hat sich später erst, wenn man es längerfristig sieht, dann unter Oskar Lafontaine als Vorsitzendem geändert. Aber man muss diesen Kontext sehen, um sozusagen den Willy Brandt als Parteivorsitzenden richtig einordnen zu können.

**Siegfried Heimann:**

Eine Frage zu der Konkurrenz Parteivorsitzender/Regierender Bürgermeister:

Als er Kanzlerkandidat wurde, wurde Brandt ja von verschiedenen, nicht wenigen Sozialdemokraten gedrängt, sich zu entscheiden und Prioritäten zu setzen, und gefragt, ob er es als Kanzlerkandidat noch vereinbaren könne, weiterhin Regierender Bürgermeister zu sein. Er merkte dazu an, dass es eine falsch gestellte Frage sei. Es sei für ihn die Frage, ob er als Regierender Bürgermeister es vereinbaren kann, auch noch Kanzlerkandidat zu sein.

Meine Frage: Galt diese Prioritätensetzung auch für die Konkurrenz Parteivorsitzender/Regierender Bürgermeister? Brandt war es ja immerhin noch zwei Jahre.

**Daniela Münkel:**

Erst einmal zu Herrn Potthoff. Ich denke, das erste, was Sie angesprochen haben, aus was für verschiedenen Komponenten der Politikertypus Brandts sich zusammensetzt, das habe ich versucht, hier deutlich zu machen. Ich habe auch unter anderem darauf hingewiesen, dass sein spezifischer Stil ja vor allem aus der norwegischen Arbeiterpartei kommt, sowie die verschiedenen Ebenen deutlich gemacht.

Was Sie zu Machtzusammenhalt und Machterhalt gesagt haben, das stimmt ja erst für eine spätere Zeit. Als Willy Brandt 1960 Kanzlerkandidat wird, will nicht nur er, sondern auch die SPD mit aller Gewalt an die Macht und verbiegt sich dafür, verbiegt sich ja im wahrsten Sinne des Wortes. Das hat aber nicht zur Folge, dass – wie gesagt – die Parteibasis das Vorgehen der Parteiführung mitträgt und diesen Kurs befürwortet. Das ändert sich letztendlich erst im Jahr 1966 durch den Eintritt in die Große Koalition und der damit einhergehenden Übernahme von Regierungsmacht, die es eben auch er-

mögliche, politische Konzepte umzusetzen. Also, da würde ich noch einmal differenzieren wollen. Und letztendlich stimmt Ihre Aussage auch nicht für die Zeit nach 1972. Da gab es ja ebenfalls starke innerparteiliche Auseinandersetzungen. Der Unterschied liegt darin, dass es Brandt in dieser Zeit gelang, die Partei trotzdem stärker zusammen zu halten als dann am Ende der 1980er Jahre. Hier liegt dann der entscheidende Unterschied. Es war ja nicht so, dass wir es in der Zeit der sozialliberalen Koalition mit einer Partei zu tun hatten, die zu allem Ja und Amen sagte. Das ist ja nicht der Punkt.

Mit der verstärkten föderalen Ausrichtung der SPD, das beginnt natürlich in der Zeit, verstärkt sich ja dann jedoch eigentlich erst nach 1987 noch einmal. Ich würde mehr den Schwerpunkt auf die Fragmentierung legen wollen. Ich denke, das ist zu der Zeit noch entscheidender. Die Partei scheint ja auf der Suche zu sein. Ich meine, man sieht das ja auch dann in der Entwicklung nach Brandt. Diese schnellen Wechsel von Parteivorsitzenden mit ganz verschiedenen Stilen. Das muss man ja genauso berücksichtigen.

Zu Siegfried Heimanns Frage: Ja, die Frage nach der Vereinbarkeit von Parteivorsitz und Amt des Regierenden Bürgermeisters, das ist natürlich ein Punkt, der ihm auch als Parteivorsitzender vorgeworfen wurde: Er sei eigentlich zu wenig in Bonn verankert und halte sich hauptsächlich in Berlin auf. Ich denke, seine Priorität machte er in der Rede von 1965 deutlich, als er bekannt gab, nicht wieder als Kanzlerkandidat antreten zu wollen, indem er sagte, dass er sich wieder nach Berlin zurückziehen und sich aber auch nachdrücklich der Partei widmen wolle. Ich denke, dass die Prioritäten für ihn nach wie vor in Berlin lagen, aber der Parteivorsitz nach 1965 zunehmend wichtiger wurde.

### **Helga Grebing:**

Ich habe noch eine kleine große Frage. Die bezieht sich auf die wachsende Wiederholung einer Aussage – sei es nun in wirklichen oder so genannten Biografien Willy Brandts – auch in letzter Zeit: Da wird eigentlich immer nur von der Führungsschwäche gesprochen und nicht so sehr von dem, was Karsten Rudolph und Du, Daniela, betont haben – und Karsten Rudolph geht ja sogar noch ein Stückchen weiter als Du, denn er sagt ja: Das, was dem Mann auf den Leib geschrieben war, war eigentlich der Parteivorsitzende; er war nichts lieber als der Parteivorsitzende. Ich weiß nicht, ob man das in dieser Zuspitzung halten kann. Aber woran liegt das eigentlich? Die Quellenlage ist ja so, dass man genau das Umgekehrte lesen kann und Brandt bestätigen kann in seiner Selbsteinschätzung, was seinen Führungsstil angeht und seine Art, mit Menschen umzu-

gehen. Woran liegt es, dass die Historiografie dieses nicht wahrhaben oder wahrnehmen will?

**Daniela Münkel:**

Ich glaube, das liegt zum Großteil daran, dass der Fokus eben meistens doch auf die Kanzlerschaft und die Außenministerzeit sowie die Deutschland- und Ostpolitik gerichtet ist. Während der Kanzlerschaft – und, ich meine, Wolther von Kieseritzky hat das ja auch ganz deutlich gemacht – kommen nach 1972 eindeutige Führungsschwächen zum Tragen, die dann letztendlich mit dazu beigetragen haben, dass gewisse Projekte scheiterten.

**Helga Grebing:**

Ja, was sind eindeutige Führungsschwächen? Immer im Kontext, den Heinrich Potthoff ja empfohlen hat mit zu bedenken: Wie ist sozusagen die Lage der Partei? Und wie ist es um die Führungsfähigkeit der Partei bestellt?

**Daniela Münkel:**

Ich war jetzt gerade bei der Historiografie und nicht bei der Partei, weil ich glaube, dass liegt wirklich am Fokus der Forschung. Die Führungsschwäche zeigte sich ja ganz klar, als Brandt sich nach dem enormen Wahlsieg vom November 1972 das Heft aus der Hand nehmen ließ. Die Geschichten kennen Sie ja alle – mit den Zetteln von Wehner usw. Dies führte ja auch mit zu der Schwäche Brandts während seiner zweiten Kanzlerschaft, und eben darauf ist der Fokus der Historiografie am stärksten gerichtet. Das wird ja auch bei den beiden Brandt-Biografien von Schöllgen und Merseburger deutlich.

Man kann natürlich auch bestimmte Phasen seines Parteivorsitzes als Schwäche lesen, z.B. als er sich 1973 nicht gegen Wehner durchsetzte und ihn nicht als Fraktionsvorsitzenden absetzte oder als er bestimmte Anfeindungen hinnahm. Ich habe ja auch gesagt, dass gerade in personalpolitischen Fragen auch eine Schwäche von Brandts Stil zum Tragen kommt. Es ist einfach eine Frage des Blickwinkels. Wenn man fragt, was hat dieser Parteivorsitzende zu welcher Zeit und sein Führungsstil für die Partei gebracht, kommt man zu einem anderen Ergebnis. Also, das ist eine Frage der Perspektive. Und das ist ja bei Brandt der Punkt, dass eben bestimmte Phasen, die am bekanntesten sind und als die wichtigsten eingeschätzt werden, im Fokus der bisherigen Forschung die größte Rolle spielten.

**Helga Grebing:**

Mich würde ja noch interessieren, aber darüber können wir uns später an einem anderen Ort und zu zweit streiten, ob, was ich ja schon moniert habe, die letzte Überschrift „Abstieg auf Raten“, wenn man Brandt vorher im Grunde anders einschätzt, eigentlich geht. Aber das lassen wir jetzt einmal weg und nehmen den Kollegen Kieseritzky bei seinen Worten und fragen ihn. – Da ist schon von Herrn Müller eine Frage.

**Albrecht Müller:**

Ich war vor 1968 bis 1982 Mitarbeiter in Bundesregierung und SPD.

Mich hat es sehr interessiert, was Herr von Kieseritzky schreibt und andere auch. Ich habe zwei Fragen und eine Anmerkung. Die erste Frage betrifft Ihre Beobachtung, dass Brandt Vertrauen in die Steuerbarkeit der politischen Prozesse – eine gängige Formel in der Phase zwischen 1968/69 und 1973 – gehabt hätte. Dazu wollte ich einfach einmal erfragen: Ich kenne die Literatur über das Planbare, über die Planungsabteilung im Kanzleramt und Horst Ehmkes Meinung dazu. Aber mich würde schon interessieren, wo man anhand von Belegen festmachen kann, dass Willy Brandt an dieses Konzept geglaubt hat. Dass er ganz andere Dinge für wichtig gehalten hat als diese aus der Kybernetik oder sonst wo abgeleitete Steuerbarkeit, dafür gibt es viele Indizien, z.B. sein Versuch oder sein Bestehen darauf, Josef Ertl (FDP) in die Bundesregierung zu bekommen. Steuerbarkeit, das war, so meine ich, ein Imageelement für die damalige Bundesregierung.

Die zweite Frage: Wo machen Sie fest die Charakterisierung Brandts als „Denkmal“, was ja auch eine geläufige These vor allem für das Jahr 1972, aber auch für 1973 ist. Ich will da auch nur ein Element des Zweifels mit einbringen. Es gibt viele; hier nur eines davon: Auf dem Wahlparteitag in Dortmund 1972, wirklich eine ganz heiße Phase der innenpolitischen Auseinandersetzung, da hat Brandt sich nicht feiern lassen – Schröder würde es heute nie so machen –, sondern sich entschieden in die Diskussion eingemischt. Das können Sie nachlesen in den Protokollen dieses Parteitages. Das ist hochinteressant. Da ist nichts von „Denkmal“ zu spüren in einer Phase, die eigentlich die Denkmalphase hätte sein müssen. Und wenn man sich den Wahlkampf genau ansieht – das weiß ich nun wirklich sehr genau –, dann ist nicht nachzuvollziehen, wie über diese Phase geurteilt wird.

Als Drittes eine Anmerkung: Sie sagen, dass die verwaisten Autobahnen das Sinnbild sozusagen für den Umstieg, die Umorientierung vom Fortschritt eher zum Still-

stand markieren, dass nicht mehr der Reformehrgeiz bestimmend war, was auch mit der Regierungserklärung 1973 sichtbar geworden sei. Also, aus interner Sicht war diese Aktion „autofreie Sonntage“ die Vorbereitung für das, was dann ganz schnell kam. Und nennen Sie mir eine Bundesregierung, die so schnell reagiert hat mit einem Energiesparprogramm von so nachhaltiger Wirkung. Das war zugleich die Fortsetzung der umweltpolitischen Erwägungen Brandts aus den 1960er Jahren. Das wäre ein Beispiel dafür, dass auch in der Phase nach der Wahl 1972 Dinge umgesetzt worden sind. Ich habe weder bei Kiesinger noch bei Schmidt später erlebt, dass man so schnell auf solch eine schwierige Situation wie die Ölpreiskrise reagiert hat wie mit diesem Energiesparprogramm. Und die autofreien Sonntage und die leeren Autobahnen waren die psychologische Vorbereitung für dieses Programm.

**Andreas Rödder:**

In Wolther von Kieseritzkys ganz einleuchtenden Bemerkungen über Korporatismus und Verhandlungsdemokratie scheint mir insofern ein Widerspruch zu stecken, als Brandts politischer Ansatz als im Grunde nicht etatistisch eingeschätzt wird. Sind aber Korporatismus und Verhandlungsdemokratie, wie Sozialwissenschaftler und Sozialpolitikhistoriker herausstellen, in ihrer institutionalisierten Verbindung von intermediären und staatlich-politischen Kräften nicht gerade doch etatistisch?

Ist die dezidierte Gestaltung von Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik in den frühen 1970er Jahren nicht doch spezifisch etatistisch gewesen? Und auch im Konzept der „sozialen Demokratie“ geht es ja weniger um bürgergesellschaftliche Partizipationselemente als vielmehr um staatlich implementierte soziale Teilhaberechte. Und die von den Politikwissenschaftlern so genannte „Verhandlungsdemokratie“ ist ja erst in der Zeit der Großen Koalition etabliert und besonders in den Jahren der sozialliberalen Koalition zur Geltung gebracht worden. Nicht zuletzt schließlich vor dem Hintergrund des konkreten massiven Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme und der sozialstaatlichen Tätigkeit ist also meine Frage, ob Brandts politischer Ansatz nicht doch substantiell etatistischer Natur gewesen ist.

Eine zweite Bemerkung zielt auf den Umbruch von 1973 und den Zusammenhang von konkreter Prozesspolitik und allgemeiner politischer Kultur. Der Umbruch des Jahres 1973 geht weit über konkrete Prozesspolitik hinaus, bedeutet vielmehr einen tiefen Einschnitt in der allgemeinen Entwicklung der politischen Kultur. Dieser Umbruch geht vom Ökonomischen aus – vom Zusammenbruch des Weltwährungssystems über die Öl-



krise bis hin zu strukturellen Veränderungen – und mündet in der Tat in einer grundlegenden Erschütterung des Fortschrittsdenkens. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt das Wort von den „Grenzen des Wachstums“ seine Signifikanz, das ja, in der Abkehr von „Klötzchenstadt“ und „Containerarchitektur“, bis zu Architektur und Stadtplanung reicht. Es ist die Abkehr von der Modernisierungsideologie, und diese Wende von 1973/74 steht in engem Zusammenhang mit dem Ende der Regierung Brandt.

Schließlich noch ein Wort zum Begriff der „politischen Kultur“. Zwischen der allgmein-politischen und der wissenschaftlichen Verwendung herrscht eine erhebliche Diskrepanz. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird der Begriff zur moralisch-normativen Kennzeichnung der Qualität von Kommunikation im weitesten Sinne gebraucht. Der wissenschaftliche Begriff von „politischer Kultur“ hingegen bezeichnet streng analytisch-wertfrei den Zusammenhang von Meinungen, Einstellungen und Werten einer sozialen Gruppe. Ich möchte nachdrücklich dafür plädieren, als Historiker mit dem wissenschaftlichen Begriff zu operieren, weil nur er zu Erkenntnis führt. Insofern ist Vorsicht in der Einschätzung angebracht, ob und inwiefern der Regierungswechsel von 1982 wirklich mit einer Veränderung in der „politischen Kultur“ einherging, zumal wenn wir es mit dem Einschnitt von 1973 vergleichen.

**Wolther von Kieseritzky:**

Jetzt könnte ich eigentlich ein zweites Referat dazu halten. Ich bin mir dabei grundsätzlich gar nicht einmal sicher, ob ich nicht fast allem – bis auf das Etatistische, dem ich nicht zustimmen würde, aber dazu gleich –, ob ich nicht den anderen Punkten eigentlich zustimmen kann. Ich glaube, dass der Dissens oder diese Frage nach Belegen und Ihr Zweifel, den Sie, Herr Müller, geäußert haben, vielleicht aufkam, weil ich mich entweder missverständlich ausgedrückt habe oder es einfach eine Frage ist, von welcher Zeitphase man spricht. Aber ich will versuchen, der Reihe nach zu antworten.

Steuerbarkeit hatten Sie angesprochen. Und das kam ja dann nochmal in einer ein bisschen veränderten Form mit der Nachfrage nach Verhandlungsdemokratie und Korporatismus. Also, was ich da versucht habe zu skizzieren, ist eine Entwicklung der Gesellschaft, die ja nicht nur in der Bundesrepublik als Paradigma bestand oder besteht, sondern sogar Züge der Konvergenz zeigt, also über das bundesdeutsche System hinausreicht. Davon würde ich jetzt trennen die ganz persönliche Überzeugung von Brandt und seinen politischen Stil, wie er konkret sein politisches Handeln im Kabinett

oder in anderen Bereichen, etwa in der Partei, gestaltet hat. Das sind zwei Dinge, die zum Teil konvergieren, aber eben nicht in allen Phasen.

Ich bin nicht der Meinung – das habe ich hoffentlich auch nicht so skizziert –, dass Brandt an die Steuerbarkeit jeglicher Politik und die rationale Planbarkeit geglaubt hat. Denn die Form der Politik, die er gepflegt hat, oder der politische Stil – darauf hat auch Frau Münkler hingewiesen – ist ja durchaus pragmatisch orientiert, weiß mit den Gegebenheiten umzugehen und folgt nicht einem Input-Output-Modell. Aber er folgt natürlich dem Paradigma der „Steuerbarkeit“, das im Grunde Ende der 1950er, Anfang der 60er Jahre beginnt und sich bis weit in die 70er, wenn nicht noch darüber hinaus, erstreckt. Das war der Versuch meiner Einbettung – das, was an Reformen oder Veränderungen versucht wird zu unternehmen, hängt an diesem Paradigma. Konkret – Sie hatten Ehmke erwähnt – findet ein Umbau in der inneren Politik und der Gestaltung, angefangen beim Kanzleramt über die Planungsabteilung etc., in dieser Form statt, auch wenn Brandt selber diesen Punkt, diese letzte Steuerbarkeit, vielleicht mit Zweifeln versehen haben mag. Also, ich würde da für ihn selber durchaus den pragmatischen Ansatz gelten lassen wollen.

Ähnlich ist es beim „Denkmal“: Das ist eine Zuweisung, die von außen kommt. Nicht, dass er sich selber – ich weiß nicht, ob ich das auch missverständlich formuliert haben mag – nicht, dass er sich selber entrückt und aufs Denkmal gesetzt hat. Das ist vielmehr eine Zuschreibung, eine Projektion. Die ist vielfach nachweisbar, vor allen Dingen in der Öffentlichkeit in positiver wie negativer Form – durchaus als Stigmatisierung, aber auch als Bewunderung, also in beiden Facetten, je nach politischem Lager –, ist aber zweifelsfrei und zwar sehr früh zu beobachten. Sie beginnt im Grunde schon 1970 und reicht dann eben bis zur Demontage im Jahre 1973.

Entrückung: Da haben Sie nicht unrecht, dass Brandt sich über lange Zeit keineswegs aus der Politik zurückgezogen hat oder selber abseits stand. Das ginge sicherlich zu weit. Aber auf der anderen Seite stimmt es, dass er über 1973 und fortfolgend in wichtigen Situationen nicht entschieden hat, dass er hat laufen lassen, dass er partiell nicht anwesend oder verfügbar war. Das schließt nicht aus, dass es auch dazwischen wieder jeweils andere Phasen und Entscheidungen seinerseits gegeben hat. Ich sehe da eigentlich keinen Widerspruch.

Verwaiste Autobahnen und Energiesparprogramm: In der Tat, es ist im Jahre 1973 das herausragende Beispiel, in dem in kürzester Zeit Reaktionen erfolgt sind und eine Reform tatsächlich politisch umgesetzt wurde. Dass dies so zügig geschah, hat viele

Gründe. Ein Grund liegt in der Nahost-Krise, also der Verbindung von ökonomischer Sorge und gleichzeitiger politischer Brisanz. Aber es ist für 1973 eigentlich das einzige Beispiel, das mir einfällt, in dem man tatsächlich das klassische Muster von Entscheidungsstärke in einem machtpolitischen Sinne finden kann. Das Fahrverbot – als Vorbereitung oder als Hinführung gedacht – ist übrigens auch nicht von Brandt so inszeniert worden. Es ist damals eigentlich eine Idee Klaus von Dohnanyis gewesen, der das dann mit Erfolg vorgetragen und Brandt davon überzeugt hat, dass dies ein sinnvoller Weg für die öffentliche Wirkung wäre. Ich habe das erwähnt als Bild für den Prozess, der damals abgelaufen ist oder zum Teil abgeschlossen wurde mit der Tendenzwende, dem Wandel des Fortschrittsbegriffs.

Zum Etatismus ...

**Helga Grebing:**

Ein bisschen kürzer, wenn es geht.

**Wolther von Kieseritzky:**

Ja, allerdings sind das Fragen, bei denen man nur ausholen kann, weil man sonst eigentlich nicht sehr sinnvoll darauf antworten kann. Ich werde dennoch versuchen, es kurz zu machen.

Ich sehe nicht, – Lehmbruch hin, Lehmbruch her – warum man Verhandlungsdemokratie und korporatistische Entwicklung ausschließlich von einer etatistischen Seite aus denken muss. Also das, was bei Brandt damit gemeint ist und wo er dann auch an den gesellschaftspolitischen Prozess der Bundesrepublik anknüpft, das ist mit Sicherheit das austarierende Modell – mit einem Wort: das verhandlungsdemokratische, das „Rundetisch-Modell“, das Ausbalancieren von Interessen. Dies ist ganz unabhängig davon, dass er dabei auch Dinge sehr zielstrebig verfolgt und durchaus dieses Modell sehr bewusst inszeniert hat. Aber ich würde nicht daraus schließen müssen, dass das ein Ansatz ist, der nur von der Priorität des Staatlichen aus denkbar ist. Im Gegenteil, dies wäre ja genau das Modell, von dem er sich absetzt, das er mit Erhard personifiziert, was mir allerdings nicht so ganz zutreffend scheint, denn auch die „Formierte Gesellschaft“ ist kein rein etatistisches Modell gewesen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Auseinandersetzung 1969 bemerkenswert, ein Streit mit Bruno Heck. Da geht es um das Modell der Demokratie als Prozess oder als Zustand. Hierbei wird sehr deutlich, dass diese für Brandt einen sehr ausgeprägten

prozesshaften Charakter besitzt – eben deshalb auch Demokratisierung und nicht Demokratie als Begrifflichkeit. Ja, damit würde ich zunächst einmal schließen.

**Helga Grebing:**

Gut, danke auch für Ihr Mitleiden mit uns, die Magen knurren schon, glaube ich. Deswegen findet hier auch keine Schlussrunde statt und kein Schlusswort von mir, nur die Aufforderung, es sich gut schmecken zu lassen.

## **„Berlin bleibt frei“ – Willy Brandt und Berlin 1947–1966**

Das Thema „Willy Brandt und Berlin“ könnte auch heißen: Politik in und für Berlin, denn dafür steht Brandts Name gerade in den Jahren zwischen 1947 und 1966. Freilich: Der Titel „Berlin bleibt frei“ meint natürlich, West-Berlin soll frei bleiben. Mit dieser Einschränkung ist bereits eine Crux der Ost- und Deutschlandpolitik benannt, die die Politik Willy Brandts für Berlin von Anfang an – also seit 1947/48 – bestimmen sollte: Der aus den alliierten Übereinkünften bei Kriegsende rührende Status der Viermächtestadt Berlin war die eine Sache, die Realität der Dreimächtestadt West-Berlin mit den stets gefährdeten Zugangswegen nach Westdeutschland war die andere Sache.

Ich werde im Folgenden – eingedenk der beabsichtigten Diskussion über Ost- und Deutschlandpolitik – thesenhaft verkürzt Schwerpunkte setzen, die den langwierigen Prozess, wie sich Brandt in der Berliner SPD und in der Berliner Landespolitik durchsetzte, ebenso ausspart wie die unendliche Geschichte der Diffamierungen und Denunziationen seiner Person sowie das Wechselspiel zwischen Bundes- und Landespartei und die Rolle Brandts darin. Ausgespart bleibt auch die Darstellung der allmählichen Formung der Statur Willy Brandts zu einem sich seiner Wirkung bewussten Politiker, ja Staatsmann, obwohl das kein kontinuierlicher Prozess war.<sup>38</sup> Dieser lange Weg war von Misserfolgen und Selbstzweifeln begleitet, wie nicht zuletzt die missglückte Inszenierung im Bundestagswahlkampf 1960/61 belegt, in der Brandt zum „Kennedy-Ver-schnitt“ stilisiert wurde.

Seit 1957 war Willy Brandt Regierender Bürgermeister in Berlin, in West-Berlin. Aufgrund seiner mutigen, aber auch öffentlichkeitswirksamen Politik während der Zeit des Chruschtschowschen Berlin-Ultimatums 1958 und noch mehr nach dem Mauerbau in Berlin 1961 gewann er als Politiker binnen kurzer Zeit große Anerkennung. Die von ihm angeführte Berliner Sozialdemokratie errang 1958 und 1963 die absolute Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1964 erreichte Brandts Ansehen in der Stadt

---

<sup>38</sup> Für den gesamten Zusammenhang der Berliner Jahre Willy Brandts 1947–1966 („Politik in und für Berlin“) sei verwiesen auf einen Vortrag, den der Autor im Jahre 2001 in Oslo gehalten hat und der auch in gedruckter Form vorliegt. Vgl. Siegfried Heimann, Willy Brandt und Berlin, in: Thomas Sirges/Birgit Mühlhaus (Hrsg.), Willy Brandt – ein deutsch-norwegisches Politikerleben im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2002, S. 85 ff.

einen Höhepunkt. Eine repräsentative Umfrage ergab damals, daß über 89% der West-Berliner mit Willy Brandt und mit seiner Politik in und für Berlin zufrieden waren.

Vergessen wurde und wird darüber oft, dass Willy Brandt von Anfang an nicht nur Berliner Lokalpolitiker sein wollte und sein konnte. Sein Interesse galt, gerade weil er sich um Berlin – um die Freiheit West-Berlins – sorgte, auch deutschlandpolitischen und außenpolitischen Fragen. Und er war von Anfang an ein Politiker, der Realitäten zur Kenntnis nahm und bereit war, eingefahrene Gleise der Politik zu verlassen, wenn deutlich war, dass sie nur im Kreise herumführten.

Willy Brandt war – wie ein innerparteilicher Widersacher im Rückblick selbstkritisch formulierte – der Mann, der nach vorne ging. Das gilt bei der Formulierung von neuen Akzenten und später auch von Alternativen in der Deutschland- und Außenpolitik, nicht erst seit 1961. Der ohne ideologische Scheuklappen agierende, die Interessen der politischen Akteure klug abwägende pragmatische Realist war Willy Brandt schon im Jahre 1948, dazu kam in den folgenden Jahren zunächst verhalten und seit dem Beginn seiner Tätigkeit als Berliner Parlamentspräsident 1955 verstärkt seine Bereitschaft, auch in der Hochzeit des Kalten Krieges Tabus im politischen Denken zu durchbrechen und zusammen mit seinen engeren politischen Freunden Alternativen zu suchen. Dabei gilt freilich, was Willy Brandt einmal im späten Rückblick über Konrad Adenauer gesagt hat – dass dieser nämlich „über weite Strecken anders geredet als gedacht“ habe –, in großem Maße auch für ihn selbst. Darüber hinaus redete er natürlich öffentlich anders als im kleinen Kreis bzw. wählte verklausulierte Formulierungen, wo Eindeutigkeit von tagespolitischem Übel gewesen wäre. Das gilt etwa, um ein Beispiel von großer ostpolitischer Bedeutung zu wählen, wenn Willy Brandt die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit der Formulierung umschrieb: „Wiedervereinigung bedeutet also nicht die Zusammenfügung von umstrittenen Gebieten. Wiedervereinigung bedeutet die Zusammenführung der deutschen Menschen, wo sie heute leben“. In der für einen kleinen Kreis gedachten Ausarbeitung „Zur deutschen Frage“ vom September 1960 hatte Brandt u.a. diese Passage handschriftlich eingefügt.

Die Jahre des Politikers Brandt bis 1966 stellen deshalb *keine* bloße Vorgeschichte der Jahre danach als Außenminister und Kanzler dar, in denen er sozusagen nur auf der Spielwiese geübt habe, was er später politisch folgenreich praktizierte. Vielmehr hat Brandt spätestens ab 1958 sich als der Politiker erwiesen, der pragmatisch und realistisch nicht nur vor schwierigen Herausforderungen stand (Chruschtschow-Ultimatum, Mauerbau, Passierschein-Verhandlungen), sondern diesen auch gewachsen war, obwohl

die Umstände sehr schwierig waren: Es galt ja schließlich zwischen Bundes- und Landespartei, zwischen Bundes- und Landespolitik und zwischen vier (!) alliierten Interessen einen politischen Weg zu finden, der nicht nur Deklamation war, sondern reale Chance auf Umsetzung hatte.

Der pragmatische Realist Brandt hat allerdings bereits 1948 zwischen Ost und West keinen dritten Weg mehr gesehen. Dabei ist nicht die Zeit der Blockade in Berlin ausschlaggebend gewesen, sondern schon früher die „Lehren aus Prag“ vom Februar 1948. Rut und Willy Brandt hatten im Sommer 1947 Prag besucht und dort an hoffnungsvollen Diskussionen über eine Brückenfunktion der ČSR teilgenommen. Nach dem „Prager Putsch“ der Kommunisten im Februar 1948 konnte davon keine Rede mehr sein. In seiner emotional sehr aufgeladenen Rede vor Berliner SPD-Funktionären am 12. März 1948 machte sich Willy Brandt keine Illusionen mehr. Über die ČSR sagte er: „Man hoffte, zwischen dem Osten und dem Westen vermitteln zu können. Diese Hoffnung ist zerplatzt. Von Brückentheorien ist nichts übrig geblieben. Wir stellen das ohne Schadenfreude fest. Denn wieviel leichter wäre unsere eigene Lage, wenn es möglich gewesen wäre, solche Brücken zu schlagen! [...] Heute werden leider nicht Brücken gebaut, sondern gesprengt.“ Auch wenn klar bleiben müsse, dass die Deutschen „keine Feinde des russischen Volkes“ und auch „keine Feinde der Sowjetunion“ sind, sei eine Lehre von Prag ebenso eindeutig: Die Prager Ereignisse „ziehen den prinzipiellen Gegensatz auf zwischen dem totalitären Kommunismus und dem demokratischen Sozialismus“. Und für Deutschland und für Berlin könne die Lehre nur heißen: „Wer sich auf die kommunistische Einheitsfront einlässt, geht daran zugrunde“. Diese Rede noch vor Beginn der Blockade machte Brandt in der Berliner SPD und durch Presseberichte darüber in ganz Berlin bekannt. „Ein Debüt aus Hannover“ titelte die SPD-Presse, der scharfe und populistische Tonfall der Rede aber ließ vergessen, dass der Inhalt das Ergebnis eines längeren Selbstfindungsprozesses war, der mit dieser Rede zu einem Abschluss gekommen war.

Daraus resultierte auch der von 1947 an vorhandene, später aber verschärfte Dissens zu Schumacher in Bezug auf die Europa-Politik. Daraus resultierte – noch ausgeprägter – seine Kritik am Deutschland-Plan der SPD aus dem Jahre 1959 und sein Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik noch *vor* der Rede Wehners Mitte 1960.

Brandt kritisierte die Einfallslosigkeit der Berliner SPD – er meinte Franz Neumann und seine Unterstützer –, die zwar ihre Verdienste aus der Zeit 1945/46 habe, aber, so fügte er 1952 in einer Stellungnahme über die Ursachen der Berliner Krise hinzu: „In

der politischen Praxis kann man vom Ruhm vergangener Zeiten allein nicht leben.“ Er forderte, die Rahmenbedingungen der Berliner Politik zur Kenntnis zu nehmen: „Sehen wir die Dinge, wie sie sind: Westberlin könnte nicht existieren ohne die Milliarde, die ihm jährlich nach dem jetzigen Stand aus Bundesmitteln zufließt“. Deshalb müsse Berlin, müsse die Berliner SPD ihr Verhältnis zum Bund klären, und da gebe es leider keine Alternative: die Bindung an den Bund dürfe nicht durch Vorbehalte bei der Übernahme von Bundesgesetzen gefährdet werden. In dieser an Schumacher gerichteten Stellungnahme wird – wie schon in seinen Berichten an den Parteivorstand in den Jahren 1948/49 – sein pragmatischer Realismus deutlich, der das Wünschenswerte vom politisch Durchsetzbaren zu trennen wusste.

Daraus erwuchs zu Beginn der 50er Jahre ein Konflikt mit der Berliner SPD und mit der Bundespartei, in den späteren Jahren aber auch und gravierender mit der Bundesregierung und mit Konrad Adenauer und später auch mit Ludwig Erhard. In dem Zusammenhang ist das Verhältnis Brandts zu Adenauer seit 1958 von besonderer Bedeutung: Die gegenseitigen Beschimpfungen im Wahlkampf und die öffentlichen Bekenntnisse zu einer gemeinsamen Politik in Bezug auf den status quo in Berlin dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass jenseits der persönlichen Animositäten einerseits und des Zwangs zur Gemeinsamkeit andererseits schon vor 1961 grundsätzliche Differenzen darüber vorhanden waren, welchen Stellenwert Berlin in einer deutschen Ostpolitik besitzen sollte. Demgegenüber sind die Differenzen zu Bundeskanzler Ludwig Erhard, wiewohl öffentlich viel deutlicher wahrgenommen, nur Nachhutgefechte in der Auseinandersetzung um die Frage einer „eigenen Außenpolitik“ des Regierenden Bürgermeisters, die das Auswärtige Amt und der Bundeskanzler immer wieder tadelten, vor allem auch behinderten, aber nicht mehr verhindern konnten.

Brandt und die meisten anderen Berlin-Politiker waren bestrebt, immer wieder die Bindungen an den Bund zu betonen bzw. bei jeder Gelegenheit die Bundespräsenz erneut sicher zu stellen, zumindest aber darauf zu achten, dass vor allem bei internationalen Verträgen zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten Berlin mit einbezogen wurde. In dem Zusammenhang hatte Brandt nach 1958 immer wieder Grund zur Klage gegenüber der Bundesregierung. Willy Brandt verwies daher auch später immer wieder darauf, dass die CDU-geführte Bundesregierung gar nicht so oft an Berlin gedacht hatte, wie sie später gegenüber einer SPD-geführten Bundesregierung behauptete. Noch Jahre nach seiner Zeit als Regierender Bürgermeister klagte Brandt – inzwischen Bundeskanzler –, dass die CDU als Regierungspartei im Bund bzw. die CDU-geführte Bundes-



regierung die Interessen Berlins nur zögerlich und manchmal auch mit Schaden für Berlin vertreten habe: So notierte Brandt im Jahre 1971 in einem handschriftlichen Vermerk für Egon Bahr, dass bei der Arbeit an dem „Weißbuch“ zur Deutschlandpolitik einige historische Zusammenhänge nicht unterschlagen werden dürften: „Im Zusammenhang mit den Pässen bzw. der Auslandsvertretung sollte registriert werden, dass Berlin seinerzeit beim Konsularvertrag mit der S.U. außen vor blieb [...]“.

Die Überlegungen Brandts für eine neue, den „Immobilismus“ überwindende bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik datieren *nicht* erst aus den Erfahrungen des Mauerbaus. Willy Brandt war auch im Interesse Berlins stets an außenpolitischen Fragen interessiert. Schon zu Beginn der fünfziger Jahre bemängelte er an den Stellungnahmen der SPD zur Außenpolitik, dass sie nur reaktiv gegenüber der CDU-Außenpolitik seien und nicht – wie er in einem Brief an Ollenhauer im Dezember 1952 schrieb – „Alternativ-Vorstellungen“ entwickelten. Außenpolitische Überlegungen sollten in ein „geschlossenes System“ gebracht werden. Er erklärte sich gegenüber Ollenhauer bereit, an einer solchen Systematisierung der bisherigen Argumente der SPD mitzuarbeiten. Immer wieder fasste er in Vorträgen – oft im Ausland – seine deutschlandpolitischen Überlegungen zusammen und schickte die Manuskripte an den Parteivorstand in Bonn, der sich auch stets artig für die Zusendung bedankte. Im April 1956 stellte er die ketzerische Frage, ob denn „unter den übergeordneten Gesichtspunkten der europäischen Sicherheit und des Friedens die deutsche Wiedervereinigung wirklich so wichtig sei“, ließ es aber in seiner Antwort nicht an Eindeutigkeit fehlen: „Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt auf der Tagesordnung“. Bemerkenswert an dieser – im übrigen wenig bekannten – Ausarbeitung aber ist, dass er sich nicht nur Gedanken darüber machte, ob denn die Deutschen trotz aller Lippenbekenntnisse die Vereinigung noch wollten, sondern – für die spätere Zeit wichtiger – auch über die Interessen der Großmächte, die der Vereinigung zustimmen müssten, also auch über die Interessen der Sowjetunion. Während seiner USA-Reise 1958 war Willy Brandt – von der Presse sorgsam registriert – für eine „bewegliche, möglichst unorthodoxe Politik“ gegenüber dem Kommunismus eingetreten. Diese von Brandt geforderte und auch gewollte „bewegliche Politik“ musste sich freilich in Berlin immer noch in engen Bahnen bewegen, was zunächst kaum Aussicht auf Erfolg versprach.

Aber der „Kalte Krieg“ begann neue Formen anzunehmen, und Brandt registrierte diese Tatsache nicht erst mit der Wahl Kennedys zum amerikanischen Präsidenten. Für die Zeitschrift „Außenpolitik“ fasste er seine außenpolitische Konzeption (als Kanzler-

kandidat) zusammen, die im Entwurf schon im Oktober 1960 fertiggestellt war. Er konstatierte lapidar: „Neuerdings wird dieser Kalte Krieg friedliche Ko-Existenz genannt [...] Auf dieser Basis wird das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen osteuropäischen Ländern versachlicht werden müssen, dabei wird man kühl davon auszugehen haben, dass jede Vereinbarung mit den Sowjets nur insofern Wert hat, als man deren eigenes Interesse daran wachhalten kann.“ Vor allem aber plädierte er in dem Zusammenhang immer wieder dafür, außenpolitisch nicht nur zu reagieren bzw. auf die „Marschhilfe anderer“ zu rechnen, sondern selbst eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Die „eigenen Vorstellungen“ setzten auch die Kritik an „illusionären Vorstellungen“ der eigenen Partei voraus. Das wird vor allem an der Kritik Brandts am Deutschland-Plan der SPD von 1959 deutlich, den er allerdings *nicht* in Bausch und Bogen verwarf. Er nutzte aber sein internationales Ansehen, um seine Kritik am deutschlandpolitischen Kurs der Partei zu formulieren. Auf dem Berliner Landesparteitag im Mai 1959 hatte Brandt in Anwesenheit von Ollenhauer diesen Widerspruch offen ausgesprochen. Seine Distanz speiste sich einerseits aus der Rücksicht auf die besondere Situation Berlins, in der besonders unmissverständliche Formulierungen notwendig seien und die Brandt im Deutschlandplan vermisste. Andererseits schienen ihm aber einige Passagen des Plans auch voller Illusionen zu sein. Die Disengagement-Vorschläge seien, wie er meinte, vor allem Sache der Großmächte, bei der die Deutschen gar nicht mitreden dürften, andere Teile des Plans lehnte er vor allem deshalb ab – allerdings nur in Briefen deutlich werdend –, weil sie, wie er in einem Brief an Waldemar von Knoeringen im August 1959 leicht ironisch schrieb, von der Annahme ausgingen, „man könnte Ulbricht durch geschicktes Manövrieren oder durch Gutzureden zur Selbstliquidierung veranlassen. Den Gefallen wird er uns nicht tun.“ Und danach wagte er in dem Brief eine Prognose über die Aussichten, die Einheit Deutschlands durchzusetzen, die bemerkenswert prophetisch war: „Er [Ulbricht] und seinesgleichen werden dranbleiben, bis die Sowjetunion aus Gründen, die heute leider weniger zu erkennen sind als vor einigen Jahren, einmal grünes Licht für die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit geben wird.“ Deshalb dürfe man aber nicht verzagen, man müsse aber davon ausgehen, dass „die Sowjetunion in der gegenwärtigen Lage und für die jetzt vorausschaubare Zukunft nicht gewillt ist, an einer annehmbaren Lösung der Deutschlandfrage mitzuwirken.“

Der Deutschlandplan der SPD war allerdings schon bald Makulatur. Das immer wieder zitierte „Plädoyer für eine gemeinsame Politik“ Herbert Wehners im Juni 1960 war sicher Ausdruck einer außen- und deutschlandpolitischen Wende der SPD. Vergessen

wird dabei oft, dass Willy Brandt schon zu Beginn des Jahres 1960 die außenpolitischen Gemeinsamkeiten von Bundesregierung und Opposition öffentlich angesprochen hatte, als er – Adenauer anlässlich eines Besuchs in Berlin willkommen heißend –, den Willen der SPD bekundete, „an einer annehmbaren Lösung der Deutschlandfrage mitzuwirken“.

Brandt und sein engerer Kreis von Freunden diskutierten spätestens seit 1958 neue Initiativen, die keine Denktabus kannten. Dabei muss unterschieden werden zwischen dem, was öffentlich gesagt und was im kleinen Kreis gedacht wurde. Das öffentliche Bekenntnis zum status quo in Berlin heißt für Brandt vor allem, in den Treffen und Konferenzen nach 1958 den status quo minus für Berlin zu verhindern. Zugleich sah Brandt in dem Vier-Mächte-Status auch einen „Wandschirm“, „hinter dem sich Passivität verbirgt“.

So waren Brandt und seine engeren Freunde am 13. August 1961 auch nicht überrascht über das, was dann kam, höchstens vom Datum. Im Herbst 1960 schon sah Brandt sehr klarsichtig voraus, was hinter den verschiedenen Verlautbarungen der Sowjetunion seit November 1958 steckte. Er fügte deshalb handschriftlich in eine Ausarbeitung eines seiner Mitarbeiter ein: „Die beginnende Absperrung des Ostsektors (Westdeutsche dürfen ihn nur noch mit besonderer Genehmigung betreten) deutet darauf hin, dass die Sektorengrenze in eine Staatsgrenze umgewandelt werden soll. Massnahmen zur Kontrolle und Unterbindung des Ost-West-Verkehrs sind zu erwarten, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen und die über 40 000 Ostberliner, die noch immer in Westberlin arbeiten, in die Zwangswirtschaft des Zonenregimes zu pressen.“ Und er wusste auch schon 1960, wem die alliierten Garantien galten: „Grundsätzlich tragen die Westmächte ein Stück Mitverantwortung für Ostberlin. [...] Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, dass Macht aufgewendet werden kann, um auf die Entwicklung in Ostberlin einzuwirken. [...] Eindeutig sind die amerikanischen Garantien für die Sicherheit Westberlins und für den Zugang nach Berlin [...]“. Was tun also, wenn dem so ist?

Das „Memo über Grundsätze der Politik für die Sicherheit Berlins“ vom Herbst 1961, Brandts Reden in Harvard über „das unausweichliche Wagnis“ von Koexistenz vom Oktober 1962, die „Erklärung zur Passierscheinregelung“ vom Februar 1963, die Rede Brandts in Tutzing vom Juli 1963, die Rede über „Grundgedanken deutscher Außenpolitik“ vom Juni 1964 und die „Ausarbeitung für amerikanische Freunde“ über „Fragen der Zusammenarbeit mit Osteuropa“ vom Juli 1964 stehen alle in einem Zusammenhang: Die darin zusammengefassten politischen Vorstellungen waren nicht nur

Programm für die Zukunft, sondern auch die Quintessenz von Brandts praktischer Politik in und für Berlin. Es ging um eine langfristig angelegte Politik für die Sicherheit Berlins, das nur eine Chance hatte, wenn diese Politik eingebettet war in eine umfassende Konzeption einer neuen Deutschland- und Ostpolitik.

Das wird auch immer wieder deutlich anlässlich der geplanten und zunächst gescheiterten, später aber teilweise sogar ohne Vorinformation der Bundesregierung zustande gekommenen Begegnungen Brandts mit Vertretern der sowjetischen Politik nicht nur in Berlin. Ich denke an die gescheiterten Treffen mit Chruschtschow 1959 und 1963 und an die immer wieder getadelten Treffen mit Adschubej 1964 und vor allem mit Smirnow und Abrassimow 1966.

Das wird deutlich in der Nutzung der Begegnungen Brandts mit de Gaulle seit Beginn der 60er Jahre, um seine politischen Vorstellungen auch in Differenz zu den Vorstellungen der USA zu formulieren und dennoch nie in Verdacht zu geraten, kein Atlantiker zu sein. Ich denke dabei an die Aufsehen erregenden Rede Brandts in New York im Mai 1964, in der die deutsche Presse eine Zustimmung Brandts zur Außenpolitik de Gaulles zu erkennen glaubte.

Das wird deutlich in dem Versuch, das Lager der Blockfreien mit Nehru an der Spitze nicht unter einen Generalverdacht zu stellen, sondern durch direkte Gespräche oder lange Briefe – etwa an Nehru nach dem 13. August 1961 – über die Berliner Situation zu informieren und für die eigene Position zu werben.

Es bleibt als ein Fazit für die Jahre des Politikers Brandt zwischen 1947 und 1966, was der Außenminister Willy Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD im Dezember 1966 formulierte: Seine Rede sei keine „Abschiedsrede“ von seinen Berlinern. Er habe vielmehr den „Beginn eines neuen Abschnitts der Arbeit für Berlin“ anzukündigen.

## Willy Brandt und die Deutschland- und Ostpolitik 1966–1982

Mit der Vokabel „Ostpolitik“ hatte Willy Brandt zeitlebens seine Schwierigkeiten. „Das Etikett ‚Ostpolitik‘“, so bekannte der frischgekürte Friedensnobelpreisträger etwa am 11. Dezember 1971 in Oslo, „sagt mir nicht zu. [...] Das Wort ist vorbelastet. Und es läßt die Fehldeutung zu, als sei es mit der auswärtigen Politik wie mit einer Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht.“ Seine so genannte Ostpolitik, so stellte er immer wieder klar, habe im Westen begonnen und dort jederzeit ihren festen Ankergrund besessen.

Nichtsdestotrotz machte der Begriff als Synonym für Willy Brandts Lebenswerk weltweit Karriere und verschaffte sich Zutritt in einige Dutzend Sprachen „bis ins Koreanische hinein“, wie Brandts ostpolitisches alter ego Egon Bahr Ende 1997 in Tutzing's Evangelischer Akademie vermelden konnte. Im Juli 1963 hatte Bahr ebendort mit der Rede „Wandel durch Annäherung“ besagte Ost- und Deutschlandpolitik theoretisch vorweggenommen und zugleich ein weiteres zählbares und missverständliches Schlagwort in die Welt gesetzt. Brandts eigener Etikettierungsvorschlag „für das, was man unsere Ostpolitik nennt“ – eine „Politik der aktiven Friedenssicherung“ nämlich – war wohl zu lang und zu gewunden, um sich dauerhaft durchzusetzen. Bleiben wir also bei Ostpolitik, behalten dabei aber stets ihre, wie Henry Kissinger es nannte, „theologische Komplexität“ im Auge.

Im Folgenden soll umrissen werden, von welchen ost-, von welchen deutschlandpolitischen Kardinalmaximen sich Willy Brandt in den anderthalb Jahrzehnten zwischen 1966 bis 1982, also vom Beginn der Großen bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition, leiten ließ. Ein Zeitraum immerhin, der für Brandt sowohl den höchsten als auch den tiefsten Punkt seiner politischen Karriere bereithielt.

Die Zäsuren liegen auf der Hand, und es ist natürlich kein Zufall, dass sie für die Ostpolitik so gut wie für ihren wichtigsten Protagonisten gelten. Drei Teilabschnitte heben sich voneinander ab. Im *ersten* sehen wir Brandt gewissermaßen im Anlauf zur Macht: nämlich als Außenminister und Vizekanzler in Kurt Georg Kiesingers Bonner Kabinett der Großen Koalition (von Dezember 1966 bis Herbst 1969). Im *zweiten* Teilabschnitt, der sich vom 21. Oktober 1969 bis zum 6. Mai 1974 erstreckt, erreicht Brandt den Zenit – und zwar als Bundeskanzler an der Spitze der sozial-liberalen Koalition.

Den Kulminationspunkt markiert hierbei fraglos der gloriose Sieg der SPD in der historischen „Willy-Wahl“ vom 19. November 1972. „Von nun an“, so Egon Bahr, „ging’s bergab“.

Im dritten und längsten Abschnitt, der mit dem Rücktritt vom Kanzleramt beginnt und mit dem Bruch der sozial-liberalen Koalition am 17. September bzw. dem Sturz Helmut Schmidts am 1. Oktober 1982 noch keineswegs endet, agierte Brandt in neuer, durchaus ungewohnter Rolle. Anders als in den 60er und frühen 70er Jahren konnte sich der SPD-Vorsitzende dabei weder auf ein außenpolitisches Mandat noch auf ein Regierungsamt stützen, anders als zuvor wusste er sich – bis in die späten 80er Jahre jedenfalls – nicht mehr im Bunde mit der Tiefenströmung der Ost-West-Beziehungen. Auf „seine“ Ostpolitik bezogen lautete Brandts Devise nun nicht mehr „umsetzen, was geplant ist“, sondern allenfalls „retten, was zu retten ist“. Doch zurück zum Ausgangspunkt.

### **1. Brandts Ost- und Deutschlandpolitik während der Großen Koalition – „Seiner Zeit voraus“**

Dabei möchte ich mich auf einige zentrale Stichpunkte konzentrieren. Bereits auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 1966 hatte Willy Brandt das Fernziel einer „europäischen Friedensordnung“ anvisiert und im Dezember in das gemeinsame Regierungsprogramm mit Kiesingers CDU gehievt.

Kurzfristig, so Brandts Kalkül, sollten die wirklichkeitsverweigernde Haltung Bonns gegenüber der DDR, der polnischen Westgrenze und dem Atomwaffensperrvertrag überwunden werden. Von dem, was danach folgen sollte, gab Brandt 1968 eine Kostprobe: „Der weitere Weg wird mühsam sein. Er führt unserer Meinung nach vom vereinbarten Gewaltverzicht über ein garantiertes, ausgeglichenes europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung der beiden Weltmächte zu einer soliden und gerechten Friedensordnung für diesen Kontinent und damit auch zu einer Lösung der deutschen Fragen im Einverständnis mit den Deutschen und ihren Nachbarn.“

Diese Sätze enthalten sozusagen das Grundgesetz von Brandts Ostpolitik seit Mitte der 1960er Jahre bis, es sei hier vorweggenommen, zum Fall der Mauer im November 1989. Während der Großen Koalition jedoch blieb dies alles – noch – graue Theorie. Die Praxis sah anders aus. Es gab zwei mächtige Widerstände gegen ein ost- und deutschlandpolitisches Vorpreschen der SPD. Der eine hieß Kurt Georg Kiesinger. Der Bundeskanzler setzte zwar neue Akzente und signalisierte Verständigungsbereitschaft

gen Osten, beispielsweise in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966. So bot er bilaterale Gewaltverzichtsvereinbarungen an und breitete ebenfalls die Vision einer „europäischen Friedensordnung“ aus. Dabei vermied er die üblichen Hinweise an die Adressen Warschaus, Prags und Ost-Berlins, indem er nicht mit alten Zaunpfählen wie den „Grenzen von 1937“ oder dem Bonner „Alleinvertretungsanspruch“ winkte.

Konkrete ostpolitische Anfangserfolge stellten sich durchaus ein, man denke an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien (1967) und Jugoslawien (1968), den Austausch von Handelsmissionen mit der Tschechoslowakei (1967), die Aufnahme eines Notenaustausches über Gewaltverzicht mit der Sowjetunion (Herbst 1967), die zögerlich-zaghafte Abkehr von der Hallstein-Doktrin.

Gleichwohl hatte Kiesingers Neuansatz seine Grenzen, die von der Unionsfraktion zudem immer wieder aufs Neue festgezurrert wurden. Der DDR gegenüber sah der Kanzler – anders als Brandt und Bahr – keinen Spielraum unterhalb der juristischen, also völkerrechtlichen Anerkennung. Legendär seine im Oktober 1967 vor dem Bundestag abgegebene Erklärung, dass sich „da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen [...] mit dessen Vertretern ich in einen Briefwechsel getreten bin.“ Ebenso waren Kiesinger fraktionsintern die Hände gebunden, wenn es um die – von Brandt und der SPD gewünschte – Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages ging, den Brandt als „Brücke auf dem Weg zu Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung“ ausdrücklich begrüßte.

Äußere Hemmnisse kamen hinzu. Je sprungkräftiger die Bundesregierung in der Ostpolitik zu werden schien, um so höher legten die potentiellen Hauptadressaten in Moskau und Ost-Berlin die Latte. Breschnew verlangte eine europäische Sicherheitskonferenz ohne die USA sowie die Anerkennung aller europäischen Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie. Ulbricht forderte die Aufgabe von Hallsteindoktrin und Alleinvertretungsanspruch und *last but not least* die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Als ob es nicht schon genug Ärger gäbe, begruben sowjetische Panzer am 21. August 1968 den „Prager Frühling“ unter ihren Ketten. Brandt bestritt in einer vielbeachteten Genfer Rede Moskaus Interventionsrecht, die so genannte Breschnew-Doktrin; er mochte aber im Kern nicht von seiner Ost- und Deutschlandpolitik abrücken: „Das Ziel, unser Verhältnis zu Osteuropa zu normalisieren, ist nicht dadurch falsch geworden, daß die Sowjetunion und andere in die Tschechoslowakei einmarschiert sind.“

Spätestens 1968 war klar, dass Brandts Ost- und Deutschlandpolitik vorerst an ihre Grenzen gestoßen war, dass die von und für Berlin bereits mit Erfolg betriebene „Politik der kleinen Schritte“, Stichwort „Passierscheinabkommen“, nicht ohne weiteres von Bonn aus fortsetzbar war – noch nicht und ganz sicher nicht im Rahmen einer Großen Koalition, unter welchem Kanzler auch immer. Vor allem aber war die Weltlage nicht danach, noch nicht. Hier wie dort bedurfte es eines Neuanfangs, eines Wechsels der Personen und Perspektiven, eines „Machtwechsels“ eben.

## **2. Brandts Ost- und Deutschlandpolitik an der Spitze der sozial-liberalen Koalition von 1969 bis 1974 – „Die Hochzeit der Ostpolitik“**

Die Ostpolitik, so Brandt, „ging im Westen“ an. In der Tat. Die Entspannungsphilosophie hatte bereits Präsident Kennedy mit seiner „*peace strategy*“ vorweggenommen. Was die Praxis anging, so machte sein republikanischer Amtsnachfolger Nixon Nägel mit Köpfen, indem er dem Kreml gegenüber eine „*era of negotiations*“ einläutete. Sein Angebot an Moskau: weltpolitische Zurückhaltung gegen Gleichberechtigung. Seine Themen: strategische Rüstungsbegrenzung, ein gesichtswahrender Friede in Vietnam, eine befriedigende Lösung des Berlin-Problems.

In Sachen Entspannung konnte sich Nixon auf den Bonner Verbündeten verlassen. Dort standen seit dem 21. Oktober 1969 mit Willy Brandt und Walter Scheel an der Spitze einer sozial-liberalen Bundesregierung, der ersten seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Brandt war entschlossen, die Ostpolitik in die Détente der Supermächte einzufädeln und dafür Bonns heilige Kühe, von der Hallstein-Doktrin bis hin zur Nichtanerkennung der DDR, zu opfern, solange man, wie er meinte, „noch etwas dafür bekommt“. „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland“ existierten, so seien sie „füreinander nicht Ausland“, ihre „Beziehungen zueinander“ könnten nur von „besonderer Art“ sein. Das war die Anerkennung der DDR, nicht im völkerrechtlichen, aber im staatsrechtlichen Sinne.

Auch wenn sich Ulbricht mehr versprochen hatte: Zusammen mit der überfälligen Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag reichte es, um die Sowjetunion zur Wiederaufnahme des seit Prag auf Eis liegenden Gewaltverzichtsdialogs zu bewegen. Die Verhandlungsk nste des ostpolitischen Cheftheoretikers Egon Bahr führten, flankiert von lukrativen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvereinbarungen, zum so genannten „Moskauer Vertrag“. Am 12. August 1970 setzten Brandt und Scheel zusammen mit Kossygin und Gromyko ihre Unterschrift unter den Vertragstext, der die „Normalisie-



„Lage in Europa“ zu fördern versprach und die europäischen Grenzen als „unverletzlich“ anerkannte. Die Möglichkeit eines „*peaceful change*“ blieb damit erhalten – wer hätte ihn 1970 für möglich gehalten? Die sowjetische Seite war ihrer Sache so sicher, dass sie den berühmten „Brief zur deutschen Einheit“ kommentarlos entgegennahm.

Der „Moskauer Vertrag“ schuf den unverzichtbaren Rahmen für die bilateralen Abkommen Bonns mit Warschau, Ost-Berlin und Prag. Die deutsche Unterschrift ließ sich durchaus als stillschweigende Anerkennung der „Breschnew-Doktrin“, einer eingeschränkten außenpolitischen Souveränität der Ostblockstaaten, verstehen. Andererseits führten nun einmal alle (Verhandlungs-)Wege in den Osten über die Sowjetunion. Der Schlüssel, so formulierte es Egon Bahr, lag in Moskau. Das war problematisch, insbesondere was den parallel verhandelten „Warschauer Vertrag“ anging. Als Außenminister hatte Brandt noch vor dem Irrglauben gewarnt, man könnte „so eine Art verspätete Bismarck-Politik machen“, als sich „Berlin und Petersburg über Polen hinweg verständigten“. Als Kanzler musste er im Zuge seiner Ostpolitik genau diesem Verdacht entgegenwirken. Im „Warschauer Vertrag“ vom 7. Dezember 1970 wurde der Festlegung der polnischen Westgrenze die Spitzenstellung – noch vor dem Gewaltverzicht – eingeräumt. Brandts Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Mahnmal machte ihn zur Ikone der deutsch-polnischen Versöhnung.

Am 3. September 1971 verständigten sich die vier Alliierten – unter diskreter Mithilfe Bonns – auf ein Berlin-Abkommen, das zumindest die Folgen der Teilung milderte und insgesamt zugunsten des Westens ausfiel. Der amerikanische „Übergangspräsident“ Gerald Ford rühmte es als Ende eines permanenten Krisenzustandes, der „mindestens dreimal die Welt an der Rand der Katastrophe gebracht“ habe. Die praktische Umsetzung des Vier-Mächte-Abkommens brachte die beiden deutschen Staaten ins Spiel, die in Gestalt von Egon Bahr und Michael Kohl erstmals in eigener Regie verhandelten und sich dabei vom Transitabkommen über den Verkehrsvertrag bis hin zum Grundlagenvertrag steigerten. Manchem erschien dieser schon damals als „die Krönung, der Triumph der sozial-liberalen Ostpolitik“ – eine verfrühte Diagnose, wie sich bald herausstellen sollte. Dass die deutsch-deutschen Bäume nicht in den Himmel wachsen würden, war Brandt bereits während seiner beiden Treffen mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Erfurt und Kassel im März bzw. Mai 1970 vor Augen geführt worden, deren einziges konkretes Ergebnis in der Schöpfung der Vokabel „Denkpause“ lag.

Der letzte Vorhang der bilateralen Ostvertragspolitik fiel am 11. Dezember 1973 in Prag, wo Willy Brandt und Walter Scheel ihre Unterschriften unter einen Vertrag setzten, dessen Inhalte – Gewaltverzicht, Grenzfragen, Verbesserung der wechselseitigen Beziehungen – aus den vorangegangenen Ostverträgen bekannt waren.

Brandt, der seit der „Willy-Wahl“ vom 19. November 1972 mit komfortabler Mehrheit regierte, richtete seine Hoffnungen nun auf die multilaterale Phase der Ostpolitik, die mit den bereits 1973 aufgenommenen Vorbereitungsrunden – MBFR in Wien und KSZE in Helsinki – durchaus Gestalt anzunehmen schien. Das von Brandt in Aussicht genommene europäische Sicherheitssystem, gar eine kontinentale Friedensordnung, war freilich noch nicht in Sicht, konnte es auch gar nicht sein. Von einer Lösung der deutschen Frage ganz zu schweigen. Retardierende Momente häuften sich: Schon 1973, so erklärte Brandt in der Rückschau, habe er erkennen müssen, daß die Entspannungspolitik nicht so laufen werde, wie sie „1970, 71, 72 angelegt worden war; sondern daß sie ganz rasch wieder umkippte durch Entwicklungen in Washington und Moskau.“

Auch die Entwicklungen in Bonn verliefen nicht nach Brandts Geschmack. An den Grundmaximen seiner Ostpolitik hielt er jedoch fest. „Die bilaterale – zweiseitige – Phase dieser Politik bedeutet nur die erste Stufe eines größeren, eines multilateralen – mehrseitigen – Versuchs, der in seinen wesentlichen Elementen noch vor uns liegt: durch den ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa sowie durch die Begrenzung der Rüstungen parallel zu größerer technischer, kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit und damit – auf längere Sicht – zur Überwindung der Blöcke zu gelangen“. So Brandt im November 1974, ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers am 6. Mai.

### **3. Brandts Ost- und Deutschlandpolitik von 1974 bis 1982 – „Die Entspannung unzerstörbar machen“**

Ab 1975 geriet die Détente in schwieriges Fahrwasser, die Weltpolitik schlug eine andere Richtung ein. Wie groß der Vorrat Washingtons und Moskaus an gemeinsamen Interessen auch immer gewesen sein mag, jetzt ging er zur Neige. Die Rüstungskonkurrenz dauerte an, auch im strategischen Bereich, ungeachtet des ersten SALT-Abkommens. SALT-II, bereits 1974 erwogen, blieb liegen. Die Wirtschaftsbeziehungen kippten in den Sinkflug über, Breschnews Vision von ökonomischen Mammutprojekten mit der technologisch potenten Welt des Kapitalismus zerplatzte. Der „Yom-Kippur“- oder

vierte Nahostkrieg sah die Supermächte in indirekter Konfrontation, in der Dritten Welt prallten die Interessen direkt aufeinander.

In den innerdeutschen Beziehungen verhärteten sich die Fronten, Ost-Berlin räumte die Gewinne ab – Aufnahme in die UNO zusammen mit der Bundesrepublik im September 1973, Anerkennung durch die USA ein Jahr darauf – und zog die Zugbrücke wieder hoch. Honecker, aus Moskauer Sicht linientreuer und pflegeleichter als Ulbricht, setzte auf Abgrenzung, insbesondere in den für Bonn vitalen Fragen des Reiseverkehrs, der Familienzusammenführung und des Informationsaustausches. „Normale gutnachbarliche Beziehungen“, wie sie der Artikel I des Grundlagenvertrages in Aussicht gestellt hatte, sahen anders aus.

Seit seinem freiwillig-unfreiwilligen Rücktritt stand Brandt der DDR-Führung überaus reserviert gegenüber – zu tief saß der Stachel der Guillaume-Affäre. Umso mehr stemmte er sich dem Niedergang der Entspannung zwischen den Supermächten entgegen. Hier entschied sich das Schicksal der deutschen Ostpolitik: Scheiterte jene, so würde diese lediglich als Fußnote, wenn nicht als Druckfehler in die Weltgeschichte eingehen.

Die multilaterale Phase der Détente erreichte mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 ihren Höhepunkt. Aus heutiger Sicht war wohl die Kodifizierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Westens durch die östlichen Machthaber ihr folgenreichster Bestandteil. Die humanitären Prinzipien in der Schlussakte lieferten jedenfalls den osteuropäischen Regimekritikern und Dissidenten den archimedischen Punkt, den sie brauchten, um das kommunistische System aus den Angeln zu heben.

Große Erwartungen verband Brandt mit den Ende Januar 1973 in Wien gestarteten MBFR-Verhandlungen. Schließlich hatte er die Fortsetzung der Ostpolitik auf militärischem Gebiet bereits im September 1971 während seines legendären Treffens mit Brezhnev in Oreanda auf der Krim ins Auge gefasst. Umso größer war die Enttäuschung. MBFR führte bekanntlich zu nichts. Statt dessen rüstete die Sowjetunion auf: zu Lande, in der Luft und auf dem Wasser, vor allem aber im nuklearen Mittelstreckenbereich – Stichwort SS 20 –, was nur bedeuten konnte: gegen Westeuropa.

Willy Brandt versuchte seine durchaus freundschaftlich gefärbte Beziehung zu Leonid Breschnew zu nutzen, um den Kremlchef von den fatalen Folgen dieser Vorrüstung zu überzeugen. Die Durchsicht der Akten, voran des ausführlichen Briefwechsels sowie der Unterlagen zu Brandts Moskau-Besuchen im Sommer 1975 und im Sommer 1981

geben davon ein anschauliches Bild, sowohl von Brandts händeringendem Bemühen als auch von dessen Vergeblichkeit. Es begegnet uns ein Muster, das sich bis hin zu Gorbatschow verfolgen lässt: Der jeweilige Kremlchef plädierte für Frieden, Entspannung und Abrüstung und bezichtigte den Westen, wahlweise die NATO oder die USA, der Hochrüstung, Unterminierung der Entspannung und Gefährdung des Weltfriedens. Die Deutschen müssten entscheiden, was ihnen lieber wäre. An Instrumentalisierungsversuchen fehlte es nicht: Die Ostpolitik, so Breschnew am 3. Juli 1975, sei doch „das Kind von Herrn Brandt“, die sowjetische Seite „wolle ehrlich nicht, daß dieser Politik, diesem Kind irgendein Unheil zustoße.“

Genau dies aber geschah in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Brandts Befürchtung, die Ostpolitik könnte zwischen Rüstung und Gegenrüstung zerrieben werden, schien Wirklichkeit zu werden. Und es kam noch schlimmer. Die Stichworte lauten Neutronenwaffe, NATO-Doppelbeschluss, Afghanistan, Polenkrise. Brandts Grundtenor blieb immer der gleiche: „So schön waren die Erfahrungen mit dem Kalten Krieg nicht, daß wir uns nach ihm zurücksehnen könnten.“ Und: Man dürfe die Ostpolitik nicht „vor die Hunde“ gehen lassen.

Bei dem Versuch, die Entspannung unzerstörbar zu machen bzw. die Ostpolitik vor dem so genannten „zweiten Kalten Krieg“ zu retten, sah sich Willy Brandt, je länger je mehr, drei Prioritätenkonflikten gegenüber, die ihm persönlich genau *die* klaren Stellungnahmen abverlangten, die abzugeben nie seine Stärke war.

So konfligierte, *erstens*, die Bündnisloyalität gegenüber Washington mit dem Entspannungslobbyismus gegenüber Moskau, wie sich etwa an Brandts dilatorischer Haltung in der Neutronenwaffendebatte sowie im Umfeld des NATO-Doppelbeschlusses beobachten ließ. Eng damit verbunden war ein *zweiter* Konflikt, nämlich der zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die Spannungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Führungsfiguren eskalierten nicht zufällig im Vorfeld der ersten großen Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981. So sah sich Brandt entgegen dringlichster schriftlicher und mündlicher Bitten des Kanzlers außerstande, dem SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler die Nichtteilnahme an der Kundgebung anzuempfehlen.

Dies wiederum verstanden weite Teile der SPD-Basis als Signal, sich in der Sicherheitspolitik vom Kanzler ab- und der Friedens- oder Anti-Raketenbewegung zuzuwenden, die sich für eine atomwaffenfreie Zone und gegen die Nachrüstung stark machte. Die SPD – und hier findet sich ein *dritter* Prioritätenkonflikt –, drohte zwischen Kanzler

und Friedensbewegung die Orientierung zu verlieren. Die Stichworte „Krefelder Appell“ und „Bielefelder Erklärung“ mögen hier als Hinweis genügen.

Schließlich gab es, bezogen auf die Fortsetzung der Ostpolitik, noch einen *vierten* Prioritäten- oder besser Adressatenkonflikt. Sollte man, konkret gefragt, um des Friedens und der Abrüstung willen mit den kommunistischen Machthabern vom Schlage Breschnews reden oder um der Freiheit und der Menschenrechte willen mit den Dissidenten und Regimekritikern um Jiri Hajek und Vaclav Havel, Lech Walesa oder Lew Kopelew? Brandts Antwort lautete, wie so oft, sowohl als auch, wobei in diesem Falle das „sowohl“ stärker betont wurde als das „auch“. Heftige Vorwürfe, auch aus den Reihen der SPD, blieben nicht aus. „Ich bleibe dabei, daß es besser ist, auf starke Worte zu verzichten, als Hoffnungen zu wecken, für die es keine inhaltliche Deckung gibt“, schrieb etwa Brandt am 23. Dezember 1981 dem Bremer Historiker Imanuel Geiss, der Brandt zuvor „Appeasement gegenüber der UdSSR und der DDR“ vorgeworfen hatte, und zwar in einer Zeit, die, so Geiss, den „Bankrott des ‚realen Sozialismus‘“ anzeige.

Bis zum faktischen Bankrott sollten noch acht Jahre verstreichen. Die sozial-liberale Koalition in Bonn brach am 17. September 1982 auseinander, Helmut Schmidt musste am 1. Oktober 1982 das Kanzleramt für Helmut Kohl räumen. Ost- und deutschlandpolitisch trat Kohl in die Fußstapfen seines Amtsvorgängers, während die SPD, initiiert von Egon Bahr und unter Berufung auf Willy Brandt, von der Oppositionsbank aus eine so genannte „zweite Ostpolitik“ ins Werk setzte. „Der große Zug der Partei“, so sah es Heinrich Potthoff, fuhr „sicherheits- und deutschlandpolitisch in Richtung neue Entspannungspolitik“. Mit Helmut Schmidt blieb der Erfinder des NATO-Doppelbeschlusses dabei auf dem Abstellgleis zurück. Aber das ist schon ein anderes Thema.

Brandts ost- und deutschlandpolitische Vorstellungen blieben im hier untersuchten Zeitraum von 1966 bis 1982 bemerkenswert konstant, so sehr sich auch seine Funktionen und Einflussmöglichkeiten, so sehr sich auch die internationalen Rahmenbedingungen ändern mochten. Brandt blieb bei seiner Denkfigur aus den 60er Jahren, die vom Gewaltverzicht über ein kontinentales Sicherheitssystem bis zu einer europäischen Friedensordnung führte, in der sich eines Tages auch die deutsche Teilung aufheben lassen würde. Auf Kontinuitäten und Brüche in seiner Ost- und Deutschlandpolitik angesprochen, behalf sich Willy Brandt gern mit einem Satz seines alten Freundes Jean Monnet: „Wenn es ganz schwierig wird“, so Brandt, „dann muß man sich darüber Gedanken machen, wie man die Bühne neu arrangieren kann. Denn häufig können Sie mit densel-

ben Requisiten ein anderes Bild erzeugen und aus diesem anderen Zueinanderordnen der Kulissen etwas wieder in Gang bringen, was völlig festgefahren schien.“ Nicht das schlechteste Rezept, wie sich 1989 herausstellen sollte.

*Uwe Mai*

## **Von der Nachrüstung zur deutschen Einheit – Die Außen- und Sicherheitspolitik Willy Brandts 1982–1992**

Ende der 60er Jahre nannte Brandt als Bausteine der Ostpolitik:

1. Dialog mit der UdSSR.
2. Ausgleich mit den Nachbarn Deutschlands.
3. Entkrampfung des Verhältnisses zur DDR.

Was findet sich davon kurz vor der NATO-Nachrüstung und dem Regierungswechsel in Bonn zu Beginn der 80er Jahre wieder? Nach Brandts Ansicht: Wenig.

Um eine Kontinuität in der Entspannungspolitik zu wahren, begann Brandt bereits im Oktober 1982 – wenige Tage nach der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler – über Günter Gaus Parteikontakte zur DDR-Führung aufzunehmen. Brandts Interesse bestand darin, „zuverlässige Gesprächsmöglichkeiten mit kompetenten SED-Gesprächspartnern zu haben.“ Die SPD sei „an einer fruchtbaren Kontinuität der deutsch-deutschen Beziehungen interessiert.“ Informiert war darüber nur ein sehr kleiner Kreis um Brandt.

Bereits Ende Oktober 1982 beriet das ZK der SED die Vorlage „Parteibeziehungen zur SPD“, die das SED-Politbüro fünf Tage später bestätigte, und einige Wochen später traf sich Gaus nach Rücksprache mit Brandt zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Erich Honecker.

Der angestrebte Dialog blieb die ersten Jahre ein Desiderat; die Gespräche zwischen SPD-Politikern und der SED-Führung beschränkten sich auf aktuelle politische Fragen. Statt dessen begann 1983 mit der neuen politischen Führung in der Sowjetunion ein politischer Dialog, der von einigen führenden Sozialdemokraten mitgetragen wurde. Neben den damals im Mittelpunkt stehenden Problemen der Nach- bzw. der Abrüstung stand immer auch die Interdependenz mit entwicklungspolitischen Fragen als gemeinsame Aufgabe auf der Tagesordnung.

Sichtbar wurde die Verzahnung der Nord-Süd-Fragen mit der Ost-West-Entspannung bei der ersten gemeinsamen Sitzung der Kommissionen über Sicherheit und Abrüstung (Palme-Kommission) und über internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission, bekannt auch als Nord-Süd-Kommission) im Januar 1984 in Rom. Die gemeinsame Papstaudienz bot zudem die Gelegenheit, die seit 1527 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und dem Vatikan wieder aufzunehmen.

Der Vatikan sollte zunächst auch der vertraulich ausgesuchte Treffpunkt zwischen Willy Brandt und Enrico Berlinguer – dem Vorsitzenden der italienischen Kommunisten – sein, wovon allerdings Abstand genommen wurde. Dieses Treffen Brandts mit Berlinguer, das zuvor mehrfach gescheitert war, fand dann bei der Journalistin Franca Magnani statt. Zeitgleich weilte ein enger Mitarbeiter des SPD-Vorsitzenden in Moskau. Es war das Ziel Brandts, etwas über die sowjetischen Initiativen und veränderten Positionen unter dem neuen sowjetischen Generalsekretär Jurij Andropow zu erfahren. Berlinguer betonte, dass es unter dem Nachfolger Breschnews eine neue, mobilere und dynamischere Sicht der Dinge gäbe und somit auch die Möglichkeit bestünde, durch Kontakte den Entspannungsprozess in Gang zu halten und zu entwickeln.

Doch erst als sich mit Michael Gorbatschow als Generalsekretär 1985 die politische Führung in der Sowjetunion stabilisierte, wurden die Kontakte, die im Interesse der SPD nie einen „offiziellen“ Status bekommen sollten, deutlich ausgebaut.

Die europäische **Entspannung** war für Willy Brandt der Motor für die globale Ost-West-Entspannung. Zugleich war die Ost-West-Entspannung in seinem politischem Verständnis die erste von **drei Säulen der Friedenssicherung**. Die zweite Säule war die **Rüstungsbegrenzung** vor allem der Großmächte, die dritte Säule die Nord-Süd-Politik, die besonders die **wirtschaftliche Entwicklung** des Südens vorantreiben, aber auch ein verbindendes Glied zwischen Ost und West sein sollte.

Mitte der 80er Jahre findet sich dieses Modell in Brandts außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen für Europa wieder, wobei er besonders das gemeinsame sicherheitspolitische Interesse der mitteleuropäischen Staaten hervorhob. Deutlich formulierte er: Europas Beitrag zur Stabilisierung der Weltpolitik und zu einer künftigen Weltfriedensordnung sollte es sein, eine Friedenszone zu bilden, von der für keine andere Macht Spannungen ausgehen könnten. Konkret ginge es darum: **Erstens** einen Prozess der Abrüstung in Gang zu bringen, **zweitens** die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern systematisch zu verbessern und **drittens** erweiterte und freiheitlich kulturelle Kontakte gerade auch zwischen Ost und West („Vertrauensbildung“) zu fördern.

Diese drei Säulen bestimmten zwischen 1982–1992 Brandts Denken und Handeln. Die Reihenfolge wurde durch die äußeren Umstände vorgegeben.

**1982–1984** konzentrierte sich Willy Brandt auf die Nach- bzw. Abrüstung der Supermächte. Da er nun nicht mehr der Vorsitzende der Regierungs-, sondern der größten Oppositionspartei war, vergrößerte sich sein politisches Wirkungsfeld und seine politi-



sche Bedeutung („Phönix aus der Asche“). Vor der SPD-Bundestagsfraktion bekannte Brandt im September 1985, „daß er stets Bedenken gegen den Doppelbeschluß gehabt und sie nur zurückgestellt habe, um Schmidts Kanzlerschaft zu stützen.“

Befreit vom Zwang, auf Helmut Schmidt Rücksicht zu nehmen, fiel Brandt es nun leichter, seine eigenen Positionen – stärker als bisher – zu formulieren und über die Abrüstung auch die Grundlage für die so genannte Zweite Phase der Ostpolitik zu legen. Diese zweite Phase entsprach auch der zweiten Säule in seinem Modell der Friedenssicherung, dem Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Kooperation zwischen Ost und West, und prägte die Jahre zwischen **1984–1988** (Stichwort „Mitteleuropa“). Die mitteleuropäischen Staaten hätten – so Brandt – ein gemeinsames sicherheitspolitisches Interesse. Diese Gemeinsamkeit müsse auch wirtschaftlich und kulturell ausgebaut werden.

Dieses Konzept findet seinen sichtbaren Ausdruck in Brandts **Ostreisen 1984/85** aus Anlass des 15. Jahrestages der ersten Ostverträge 1970. Den Auftakt bildete die Reise nach Bulgarien 1984, der im Mai 1985 ein Besuch in Moskau folgte. Weitere Stationen waren 1985 Ungarn, die DDR, die ČSSR und Polen. Mit jedem dieser sozialistischen Staaten wurden bestimmte Schwerpunkte der Zusammenarbeit gesucht. Die Themen lauteten

- mit Ungarn: Mitteleuropa und Wirtschaftsfragen;
- mit der DDR: Schaffung einer chemiewaffenfreie Zone;
- mit der ČSSR: Umweltprobleme;
- mit Polen: Vertrauensbildung.

Neben den einzelnen Schwerpunkten wurden dabei auch humanitäre Fragen geklärt.

Auf fruchtbaren Boden zu fallen begann Brandts Politik aber nur in der UdSSR beim ersten Zusammentreffen mit Gorbatschow im Mai 1985. Während US-Präsident Reagan bei seinem Deutschlandbesuch einen Monat zuvor ein Treffen mit Brandt abgelehnt hatte, was dieser in einem halboffenen Brief mit scharfen Worten kommentierte, nahm sich Gorbatschow 5 ½ Stunden Zeit für den SPD-Vorsitzenden. Und das nicht nur, weil er bei dessen Eintreffen im Kreml bemerkte, Brandt wisse ja, wo er Platz nehmen könne.

Zwischen beiden Politikern entwickelte sich ein Verhältnis besonderer Art. Deutlich wird dies im Umgangston. Nach dem Treffen mit Gorbatschow bemerkte Brandt dazu: Man spreche „locker, unterbreche auch den anderen, wenn man es für richtig halte, habe noch ein bisschen nach, wie dies und das zu verstehen sei. Es sei nichts allzu Formelles an der Art, mit der man miteinander spricht.“ Und auf die Frage, ob Gorbatschow Hu-

mor habe, erklärte Brandt: „Ich glaube schon, aber ich habe ihn noch nicht getestet auf dem Gebiet des Austausches von Anekdoten; aber er verfügt sicher über das, was sich in vorteilhafter Weise vom Bierernst abhebt.“

Vier Jahre später, im Juni 1989, als die Situation in der DDR kritisch zu werden begann, erzählte Brandt Gorbatschow folgende Geschichte, die nicht nur das besondere Vertrauensverhältnis zwischen beiden verdeutlicht, sondern auch deren gemeinsame Einschätzung der politischen Lage: „Bush, Gorbatschow und Honecker haben Audienz beim lieben Gott. Dort erfahren sie: ‚In 14 Tagen kommt die Sintflut.‘ Zu Hause stellen sie sich einzeln der Presse. Bush berichtet von einer guten und einer schlechten Nachricht: Der liebe Gott entbiete allen Amerikanern ein kräftiges ‚God bless you‘, doch in zwei Wochen gehe die Welt unter. Gorbatschow berichtet von zwei schlechten Nachrichten: Den lieben Gott gebe es wirklich, und in 14 Tagen gehe die Welt unter. Honecker überbringt zwei gute Nachrichten: Gott habe die DDR anerkannt, und in 14 Tagen fielen Glasnost und Perestroika ins Wasser.“

Auch zeugen ein umfangreicher Briefwechsel (30 Briefe) und zahlreiche Gespräche von dem vertrauten Umgang. Es überrascht daher auch nicht, dass Brandt in dem Konflikt um die ungarische Volksgruppe in Rumänien 1988 als Vermittler zu Gorbatschow von der ungarischen Seite angesprochen wurde. Brandt erwähnte diese Angelegenheit sehr verschlüsselt in seinen „Erinnerungen“ und in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung.

Nach seinem Rücktritt als Parteivorsitzender wurde Brandt zwischen **1987 und 1992** in unerwarteter Weise persönlich in die europäischen und globalen Entspannungsprozesse wie in akute Krisen eingebunden: In den Prozess der deutschen Einheit 1989/90, aber auch in den Golfkrieg 1990/91 und die Krise um die baltischen Staaten 1991.

Die Rolle Brandts bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit sollte nicht unterschätzt werden. Sein schon früher formuliertes Ziel war, bei der „Lösung der deutschen Frage“ kein sicherheitspolitisch gefährliches Vakuum entstehen zu lassen, das Europa und die Welt destabilisieren würde.

Brandt verstand sich in dieser Phase primär als verantwortlicher Politiker bzw. als Alt-Kanzler und nicht als Parteipolitiker, so ist z.B. seine beruhigende Reaktion auf den besorgten Anruf Gorbatschows am 10. November 1989 zur Maueröffnung zu sehen. Das besondere Vertrauensverhältnis zu Gorbatschow, das eine wichtige Basis für Brandt war, zahlte sich nun aus.

Brandt war im In- und Ausland besonders glaubwürdig und wie nur wenige in der Lage, über die deutsche Einheit, die nun Ende der 80er auf der Tagesordnung stand, – mit seinen eigenen Worten – „nicht **nach-**, sondern **vorzudenken**“. Dabei zeigte sich eine Kontinuität des Grundgedankens der Ostpolitik der 70er Jahre: Im Gegensatz zu manch anderen (in der SPD) war Willy Brandt bereit, veränderte Realitäten anzuerkennen – 1968 ebenso wie 1989.

## **Kommentar zu den drei vorhergehenden Vorträgen**

Zunächst vorweg: Mein Ausgangspunkt ist sozusagen ein unterschiedlicher bezogen auf die Referate. Von Herrn Fischer lag mir ein ausgearbeiteter Vortrag vor. Herr Mai und, erst kürzlich, Herr Heimann haben mir Thesenpapiere zukommen lassen. Ich stütze mich also darauf und auf den unmittelbaren Eindruck, den ich hier mitbekommen habe.

Ich will in meinen Ausführungen auf einzelne Thesen in diesen Referaten eingehen, vielleicht dann auch noch einige etwas kritischere Fragen daran knüpfen. Eine generelle Problematik scheint mir schon darin zu bestehen, dass sich das Ganze natürlich äußerlich an den Blöcken von Willy Brandts Wirkungsgeschichte anlegt. Das erscheint verständlich aus der Anlage der Edition, und das braucht man heutzutage nicht mehr grundsätzlich zu debattieren. Es wird aber etwas schwierig, wenn man über so etwas wie die großen deutschland- und ostpolitischen Entwicklungen redet, weil man sich da immer die Frage stellen muss: Ja, wo gibt es hier Kontinuitäten, wo gibt es Brüche, wo gibt es Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen, wie reagiert Willy Brandt darauf? Das scheint ja ein zentraler Punkt zu sein. Und wo liegen hier unter Umständen Zäsuren?

Davon ausgehend möchte ich zunächst ganz knapp eine Kontinuität konstatieren: Dabei ist ein ganz simples Datum entscheidend, dass 1945 nicht nur das Ende des Nationalsozialismus, dessen Niederringung, das Ende einer Ära darstellt, sondern dass 1945 zum ersten Mal Atombomben eingesetzt werden. Das ist etwas, was wir, glaube ich, im Gewirr der ganzen außenpolitischen Vorstellungen zu sehr aus den Köpfen verlieren. Es wird oft übersehen, dass diese Atombombe sozusagen am Anfang einer neuen Epoche stand.

Bezogen auf diese drei Themenkomplexe, über die wir hier in den drei Vorträgen gehört haben, steht natürlich am Anfang der Übergang zum Kalten Krieg – festzumachen am Prager Fenstersturz und der Berliner Blockade 1948. Und dieser Kalte Krieg, wie später auch die Détente, beides stand im Schatten der Atombombe und der sich seit den 1960er Jahren abzeichnenden Fähigkeit zur gegenseitigen Auslöschung. Zwischen dem überwölbenden globalen Konflikt der von den Supermächten geführten Blöcke und der Situation des geteilten Deutschlands bestand eine Wechselwirkung. Gerade an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes in Berlin und Deutschland glich dies einer besonders

schwierigen und gefährlichen Gratwanderung. Die Insellage Berlins wie die kritische deutsche Frage bedingten eine Verankerung der Bonn-Berliner Ostpolitik in das westliche Vertrags- und Sicherheitssystem, aber tendenziell eben auch ein Interesse an einer Auflockerung der Fronten und der Entschärfung der Konfrontation. Dieses Grundmuster der Sicherheits-, deutschland- und ostpolitischen Architektur sollten wir stets im Hinterkopf haben, wenn wir über die Themen wie die heutigen sprechen.

Siegfried Heimann hat uns in seinem Vortrag ja einen Willy Brandt präsentiert, der schon als Regierender in Berlin den schwierigen Herausforderungen gewachsen war. Das wird sicher kaum bestritten, ist aber wichtig, darauf hinzuweisen. Und natürlich sind diese Berliner Jahre keine bloße Vorgeschichte der Bonner Zeiten. Denn in Berlin und über Berlin gewann Brandt Ansehen und Profil, und die Berliner Erfahrungen prägten entscheidend Grundstrukturen seines Denkens und Handelns.

Siegfried Heimann hat in dieser Berliner Zeit vor allen Dingen zwei Zäsuren ausgemacht. Das eine ist der Prager Fenstersturz. Das andere ist: Ansätze einer neuen Ostpolitik schon seit ungefähr 1958, nicht erst seit dem Mauerbau. Mit dieser Gewichtung der Prager Geschehnisse von Februar 1948 als Wendepunkt für das Denken Brandts stimmen Heimann und Peter Merseburger in seiner Brandt-Biografie überein. Doch in den Akzenten gibt es, glaube ich, erkennbare Unterschiede. Für Siegfried Heimann ist Willy Brandt der „pragmatische Realist“, der keinen „dritten Weg“ mehr sieht und mit Schumacher über Europa in Konflikt gerät und später den SPD-Deutschlandplan von 1959 kritisiert. Wesentlich prononcierter nennt Merseburger Prag den Schlüssel für die nun von Brandt vollzogene Kursänderung vom – Zitat – „Anhänger einer antifaschistischen Allianz mit den Kommunisten zum sogenannten Kalten Krieger hin, der er bis in die ersten Jahre nach dem Mauerbau in den Augen der Öffentlichkeit bleiben wird.“

Um also Willy Brandts mögliche Neuansätze sowie Wendungen und Reaktionen profunder zu analysieren, denke ich, müssen wir dann stärker den Blick auch auf die Veränderung der Rahmenbedingungen richten. Der Ausbruch des Kalten Krieges markierte natürlich die sich vollziehende und vertiefende Verfestigung der deutschen Spaltung, die in Berlin am stärksten spürbar war. Darauf folgte, auch in Erinnerung zu rufen, die Gründung der Bundesrepublik, die Gründung der DDR – des zweiten deutschen Teilstaates –, die Abriegelung der innerdeutschen Grenzen seit ungefähr 1952, der Aufstand des 17. Juni 1953, der niedergeschlagen wurde, und schließlich die Niederwerfung des ungarischen Volksaufstandes 1956. Und der Westen griff 1953 so wenig ein, wie dann 1956 in Ungarn. Profil und Politik Brandts in Berlin wurden in dieser Zeit von diesen

Geschehnissen entscheidend geprägt. Als Sprecher für diese Insel der Freiheit im Roten Meer, als deutscher Patriot, der auf die Gemeinsamkeit der Demokraten setzte, als Atlantiker, der den Schulterschluss mit den USA suchte, und als harter Kritiker der sowjetischen Machtpolitik und Diktatur machte er seinen Weg in Berlin – und, wir dürfen es nicht vergessen, gestützt und gefördert durch die Springer-Presse. Die Reaktion von Willy Brandt bei der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands zeigt noch exemplarisch diesen Typ von Brandt.

So, zu der zweiten Zäsur müssen wir auch den Hintergrund realisieren: Sputnik-Schock 1957, sowjetische Interkontinentalraketen, Wasserstoffbomben. Hier beginnt sich langsam so etwas wie das Gleichgewicht des Schreckens herauszubilden, und in dieser Phase beginnen ja im Westen auch erste vorsichtige Versuche von Détente-Ansätzen. Bereits 1955 die Gespräche in Genf und dann vor allem 1959 der „Geist von Camp David“. Gerade Phasen erneuter Konfrontation, wie später der U2-Zwischenfall 1960, die Krisen um Berlin, dann die Kuba-Krise befördern den Drang zum Krisenmanagement und zur Détente auf der Basis der Fixierung und der Zementierung des Status quo mitten in Europa und Deutschland. Die Bundesrepublik geriet damit unter einen Anpassungsdruck und die Adenauer-Regierung in die Gefahr, zum Störenfried zu werden.

Ich denke, wenn man die Ansätze von 1958, die Siegfried Heimann für Willy Brandt angeführt hat, mitbedenkt, dann sind es Versuche, auf diese internationale Entwicklung zu reagieren. Aber ich würde sie nun auch noch nicht überschätzen. Das, was in internen Zirkeln debattiert wird, ist immerhin noch nicht operative Politik, die Kategorisierung als Zäsur wohl überzogen. Die entscheidende Wende zur Änderung der operativen Politik, dafür ist doch die Erfahrung des Mauerbaus zentral gewesen – die Abschnürung und dass der Westen nichts tat. Das kann man bei Willy Brandt auch in seinen Erinnerungen an verschiedenen Stellen sehr genau nachlesen. (Für die „Berliner“, so Brandt, ein Tag „des Entsetzens“, „für die westlichen Regierungen objektiv“ ein „Datum der Erleichterung“.) Aus diesem Geschehen hat er wirklich mit seinen Beratern die Konsequenz gezogen, dass die Deutschen sich selber helfen müssten, wenn sie die Mauer wieder durchlässig machen wollten. „Kleine Schritte sind besser als große Worte“ war das Schlüsselwort und zwar im Interesse der Menschen wie eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls. Diese neue Politik lehnte sich, das ist vorhin schon einmal angeklungen, ganz entscheidend an John F. Kennedys Strategie für den Frieden an. Mit den vorsichtigen Versuchen zur Entkrampfung der gespannten Lage in Berlin und zur Auflo-

ckerung der Fronten bahnte sich in dieser Zeit ein Einklang von Brandt und anderen in der SPD mit der westlichen Führungsmacht USA an. Dadurch veränderten sich auch scheinbar innenpolitisch festgefügte Konstellationen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik, durch die dann die Wege zur sozialliberalen Koalition und zu ihrer neuen Ost- und Deutschlandpolitik bereitet wurden.

Frank Fischer hat in seinem Beitrag ziemlich zum Schluss als Fazit konstatiert, Brandts ost- und deutschlandpolitische Vorstellungen seien in diesem Zeitraum 1966 bis 1982 „bemerkenswert konstant“ geblieben, so sehr sich auch seine Funktionen und die internationalen Rahmenbedingungen änderten. Dies erstaunt natürlich auf den ersten Blick bei einem Mann, der in seinem Politikerleben ja durchaus manche Wendungen vollzogen hat. „Die Realität als Lehrmeister“ überschrieb etwa Peter Merseburger das Kapitel „Wandel durch Annäherung“. Und was Sie, Herr Fischer, als Kontinuum bei Brandt hervorheben, klingt mir auch ein bisschen zu sehr pauschal. Er sei bei seinen Denkfiguren aus den 60er Jahren geblieben, die – Zitat – „vom Gewaltverzicht über ein kontinentales Sicherheitssystem bis zu einer europäischen Friedensordnung führte, in der sich eines Tages auch die deutsche Teilung aufheben lassen würde.“ Dies war ja eigentlich gar nichts besonders Brandt-spezifisches. Vielmehr handelt es sich dabei um ein von der führenden politischen Elite der Bonner Republik seit etwa den Zeiten der Großen Koalition getragenes und bejahtes Konzept. In dieser Zeit hat es sich entscheidend durchgesetzt. Aus dem früheren Credo, erst Wiedervereinigung, dann vielleicht Entspannung, wurde jetzt: Zuerst Entspannung, dann hoffentlich eine europäische Friedensordnung und in deren Gefolge hoffentlich Wiedervereinigung.

Dieser Grundsatz galt im Prinzip für die gesamte Bonner Deutschland- und Ostpolitik von den 60er Jahren bis zur Umwälzung im östlichen Europa und zur friedlichen Revolution. Insofern, kann man sagen, haben sich dann fast alle geirrt, denn es kam zur deutschen Einigung und erst danach begann die mühsame, bis zur Gegenwart dauernde Suche nach einem überwölbenden europäischen Ordnungssystem.

Sie sprechen, Herr Fischer, auch von den Zäsuren, die auf der Hand liegen. Das passt natürlich rein formal sozusagen für die Etappen Willy Brandts. Dennoch scheint mir wichtiger zu sein, hier etwas anderes als politische Zäsuren hervorzuheben. Erster Punkt: Dass Ende der 1960er Jahre die Sowjetunion nach der gewaltsamen Konsolidierung ihres Machtimperiums (Prag 1968) und vor allen Dingen unter dem Eindruck des Konfliktes mit Rotchina daran gelegen war, sozusagen Ruhe und Ausgleich im westlichen Vorfeld zu finden. Der zweite Punkt: Mit der Erlangung der Zweitschlag-

kapazität etablierte sich so etwas wie eine übergeordnete Stabilität, unter der Arrangements zum partiellen Ausgleich sogar leichter wurden. Mit der Kanzlerschaft Brandts hat sich dann die Bundesrepublik als eigenständige Kraft in diesem Détente-Konzept etabliert und Brücken nach Osten geschlagen.

Zutreffend ist sicher, dass auf die erste bilaterale Phase der Ostpolitik eine multilaterale folgte. Da ich habe allerdings eine Nachfrage: Sie sprechen, Herr Fischer, manchmal vom kontinentalen oder vom europäischen Sicherheitssystem. Bei einem Zitat bei Brandt taucht auf: „... unter Einbeziehung auch der beiden Weltmächte“. Dies ist ein bisschen klärungsbedürftig. Ich habe den Eindruck, dass Brandt wirklich sehr stark darauf gesetzt hat, das europäische Sicherheitssystem muss sozusagen auch die atlantische Brücke mitbilden. Helsinki, diese multilaterale Phase, ist ja gerade ein Beleg dafür, dass es gelungen ist, Widerstände der Sowjetunion zu überwinden und hier über die Sicherheitskonferenz mit ihren verschiedensten Regelungen die Einbindung der Amerikaner sicherzustellen, die Brücke über den Atlantik zu bilden.

Nicht so ganz zutreffend erscheint mir auch etwas die Aussage, dass die Détente ab 1975 in ein schwieriges Fahrwasser geraten sei. Wir müssen hier wirklich sauberlicher unterscheiden. Einerseits zwischen den heute schon angesprochenen Veränderungen mit der ersten Energiekrise, ja dem Fortschrittsskeptizismus. Das ist die eine Geschichte, so Anfang, Mitte der 1970er Jahre. Das zweite ist dann eine bestimmte Verschiebung der weltpolitischen Koordinaten: der Rückzug der Amerikaner aus Vietnam, ein Macht- und Prestigegewinn von China und der UdSSR als Nutznießer. Das andere ist das wirkliche Ende der Détente, das ist, denke ich, nun wirklich doch erst Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre anzusetzen. Stichworte: Afghanistan, SS 20, Nachrüstung der NATO und – nicht zu vergessen – Kriegsrecht in Polen 1981.

Von da aus meine ich auch, dass Brandts Versuch, Entspannung und Ostpolitik gegen den zweiten Kalten Krieg zu verteidigen, kritischer hinterfragt werden muss, als es hier der Fall war. Meines Erachtens sind seine Signale an die Friedensbewegung natürlich auch im Kontext seines Bemühens zu sehen, die neuen sozialen Bewegungen zu integrieren. Aber für die Dissidenten und die Aufbruchsignale im Osten, wie bei Solidarnosc, finde ich, hat er vielleicht doch etwas zu wenig Gespür gezeigt. Darüber müssen wir debattieren. Die Sache mit Walesa, so einfach ist dies nicht abzutun. Ich denke, dass nach den Motiven dafür eingehender gefragt werden muss. Hat das auch etwas zu tun mit so einem gouvernementalen Etatismus, mit dem die erste Ostpolitik ihre Erfolge erzielte, mit dem Stabilitätspostulat, bis hin zu Fragen nach einer abgehobenen Politi-



kerklasse? Und vielleicht möglicherweise sogar mit etwas alter sozialistisch-sozialdemokratischer Träumerei?

So, Herr Mai, zum Dritten. Sie sehen Brandts Wirken und Handeln im Zeitraum 1982 bis 1992 vor allen Dingen unter dem Zeichen der Kontinuität: Europäische Entspannung als Motor für globale Entspannung. Ob sich ab 1982 „seine politische Bedeutung“ wirklich so vergrößert hat, das mag aus dem SPD-Blickwinkel vielleicht so scheinen. Bezogen auf das reale politische Gewicht, wenn man die Bundesrepublik sieht und andere Staaten, dann denke ich, hatten andere vor allem das Sagen. Brandts spöttisches Wort von der Weltmacht SPD bezeugt meines Erachtens, dass ihm dies auch durchaus bewusst war.

Auch bei den vorgeblich Brandts Handlungen von 1982 bis 1992 durchgehend bestimmenden Drei-Säulen-Modell habe ich einige Zweifel. Da lassen sich vielleicht auch einige Punkte ausmachen, wo Brandt Kursänderungen versuchte. Die Nord-Süd-Politik vorrangig unter der Oberkategorie Friedenssicherung zu verorten, trifft wohl auch nicht ganz den Kern. Ich denke, für Brandt hatte sie eine durchaus eigenständige Qualität, die auch an alte antikolonialistische, antiimperialistische Traditionen anknüpfte und auf eine Globalisierung der Politik, eine Art Weltinnenpolitik abzielte, was ich für heutige Debatten manchmal ganz lehrreich finde, bei der die Vereinten Nationen vor allen Dingen für ausgleichende Gerechtigkeit sorgen sollten. Und nicht zu vergessen, für Brandt erschloss sich da als *elder statesmen* wirklich eine schöne Bühne für Auftritte die er, wenn man so manche Berichte kennt, durchaus genossen hat.

Dieses Engagement für die Dritte Welt brachte ihn aber in Konflikt mit der Politik der USA, nachdem schon andere Spannungen aus dem Dissens über die Reagansche Rüstungspolitik in der Ära des zweiten Kalten Krieges und aus der Menschenrechtspolitik erwachsen waren. In dieser Menschenrechtspolitik zeigte sich, glaube ich, eine deutliche Asymmetrie. Das will ich doch etwas ausführen. Die USA kritisierten natürlich heftig alles, was im kommunistischen Teil der Welt vor sich ging. Aber bezogen auf Lateinamerika, in ihrem Vorhof, da schauten sie über alle Menschenrechtsproblematiken hinweg. Umgekehrt hatte ich auch bei Brandt und vor allen Dingen bei der SPD doch häufiger den Eindruck, dass man gegenüber Lateinamerika sehr harte Worte fand und sich gegenüber dem sowjetischen Machtimperium etwas vorsichtig zurückhaltend, „samtpfötig“ nennt es Peter Merseburger, gab und nur mit leisen Tönen sprach. Und das galt auch für Brandt, der doch sonst ein Gespür für Menschen und gesellschaftliche Bewegungen hatte.

Ganz kurz nur zu dem, was Sie, Herr Mai, über diese Anknüpfung an Andropow gesagt haben. Ich denke, Heinz Timmermann wird ausführlicher darauf eingehen, weil man hier im Grunde alte Kanäle von früher benutzte.

Sicher ist eines – und damit zum letzten Teil –, dass Brandt in der friedlichen Revolution anders als viele andere Sozialdemokraten das richtige Gespür hatte, er sein patriotisches Herz entdeckte und die passenden Worte fand. Für den Regierenden Bürgermeister in der Zeit des Mauerbaus und den Kanzler der Ostpolitik erfüllte sich mit dem Fall der Mauer ein Traum. Er nahm Abschied von dem verbreiteten Axiom, erst ein blockübergreifendes neues europäisches Sicherheitssystem und dann vielleicht die Einigung Deutschlands. Er betonte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung. Denken Sie an den Parteitag der SPD in Berlin im Dezember 1989, da hat man es plakativ vor Augen: Die Deutschen hätten nicht auf Europa zu warten, sondern müssten ihre Einigung selbst voranbringen.

Sie haben natürlich Recht, Herr Mai, dass insofern, wenn man jetzt auf diesen Willy Brandt in dieser Umwälzungsphase blickt, sich hier wieder Kontinuitäten zur Ostpolitik der 1970er Jahre zeigen. Dies betraf nicht nur den Traum von Freiheit und Einheit, sondern bezog sich auch, was oft untergeht, auf die Westbindung. Denn anders als eine Reihe von anderen sozialdemokratischen Politikern setzte sich Brandt auch in dieser Umwälzungsphase für die Zugehörigkeit zur NATO und zur Verklammerung mit den USA ein. Der Brandt in dem sich abzeichnenden Einigungsprozess nahm also wieder auf, was der Brandt der neuen Ost- und Deutschlandpolitik angedacht und erstrebt hatte. Er kehrte gleichsam zu den Wurzeln zurück, aus denen der Baum und das Bild des Friedens- und Versöhnungspolitikers Brandt erwuchs, das sich am stärksten ins kollektive Gedächtnis eingegraben hat.

So bleibt denn eher, denke ich, wenn man die ganze Phase vor Augen hat, zu fragen, ob Brandt sich in den Zeiten des zweiten Kalten Krieges und im Zeichen des ersten Aufbegehrens im Osten treu geblieben ist und zu dem stand, was er früher wirklich gedacht und wonach er gestrebt hat. Oder ob er auch auf Wege geriet, die vielleicht doch Holzwege waren. Eine nüchterne realistische Betrachtung dieser Gesamtepoche kommt wohl nicht darum herum, dass Friedens- und Entspannungspolitik zwar wichtig, aber auch nur eine Seite der Medaille waren. Das strategische Gleichgewicht im Schatten der Bombe, die Standfestigkeit des Westens und die Überforderung der Sowjetunion waren die andere. Und wirkungsmächtig scheint mir – und dies ist, meines Erachtens, auch wichtig für heutige außenpolitische Vorgänge – der Verbund aus Zuckerbrot und Peit-

## Kommentar

sche, die Perspektiven für Kooperation mit der Aussicht auf den Einzug ins Europäische Haus wie das abschreckende Machtpotenzial und die Eindämmungs- und Sanktionspolitik.

## **Diskussion**

### **Dieter Dowe:**

Dankeschön, Heinrich Potthoff, für diese kritischen Bemerkungen, die ihrerseits auch wiederum zur Diskussion herausfordern. Die Frage, ob Brandt sich treu geblieben sei oder nicht oder in welchem Maße, hängt natürlich nicht zuletzt mit der Beantwortung der Frage zusammen, ob seine Perzeption und Beurteilung der Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen angemessen gewesen sind oder nicht.

Ich habe zwei Diskussionsmeldungen, Heinz Timmermann und Heinrich August Winkler. Bitte.

### **Heinz Timmermann:**

Ich habe eine Anekdote und zwei Bemerkungen.

Die Anekdote knüpft an das an, was Herr Mai zur Erheiterung beigetragen hat. Auch ich kann über ein Gorbatschow-Brandt-Treffen berichten, das etwas später stattgefunden hat, nämlich im Oktober 1989. Herr Rother weiß auch Bescheid, denn wir haben in dieser Sache zusammengearbeitet. Ich will über den Inhalt des Gesprächs nichts sagen, sondern nur darüber sprechen, wie Brandt seine Delegation präsentierte. Brandt stellte Gorbatschow also vor: „Das ist Koschnik“. Der zweite war natürlich Egon Bahr. Beim dritten sagte Brandt zu Gorbatschow: „Das ist unser Jungkomsomolze.“ Ja, wer war es? Es war Gerhard Schröder. Worauf Gorbatschow schlagfertig antwortete: „Auch Jungkomsomolzen werden eines Tages erwachsen.“ Das zur Anekdote.

Eine Bemerkung, Heinrich, zu Dir. Auch ich habe das Gefühl, nicht nur nachträglich, dass wir die Dissidenten oder die Alternativen in der Entspannungsperiode vielleicht unterschätzt haben. Anders ausgedrückt: In unserer Doppelstrategie der Beziehungen zu den Regierenden und, die Chance von KSZE wahrnehmend, auch zu den Oppositionellen haben wir die zweite Achse zu wenig genutzt. Man hätte schon damals sehen können, dass die Regime stark an einem Dialog mit der Sozialdemokratie und den Regierenden im Westen interessiert waren, dass sie parallele Gespräche mit den Reformern und Alternativen in einem noch größerem Maße akzeptiert hätten, als es tatsächlich geschehen ist. Wir haben in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg mit Thomas Meier jährlich Tagungen durchgeführt, auf denen wir uns mit Alternativen und Reformern aus Osteuropa getroffen haben, z.B. mit Zdenek Mlynar und Jiri Pelikan aus der

Tschechoslowakei. Wir haben sie gefragt: „Was braucht Ihr? Was können wir für Euch tun?“ Und wir haben auch einiges herausgefunden, was wir tun können. Sie sagten u.a.: „Publiziert unsere Artikel in Eurer westlichen Presse, damit unsere Leute bekannt werden.“ Das haben wir, soweit uns das möglich war, auch getan.

Und jetzt meine dritte, etwas ausführlichere Bemerkung. Sie knüpft an das Treffen an, Herr Mai, das Sie geschildert haben: Willy Brandt und Enrico Berlinguer 1983. Ich selbst habe mich in den 1970er Jahren sehr intensiv mit dem beschäftigt, was man damals Eurokommunismus nannte, und hier schwerpunktmäßig natürlich mit der Kommunistischen Partei Italiens, der großen Massen- und die Alternativpartei ihres Landes. Hier ist auf einen Vorlauf zu verweisen. Seit 1969 gab es regelmäßig Treffen zwischen Vertretern der SPD und der KPI. Das betrifft, Herr Fischer, natürlich auch Ihren Teil. Ich war in dieser Zeit so ein bißchen vermittelnd tätig, denn es war damals angesichts einschlägiger Polemik der Konservativen noch schwierig, hochrangige Vertreter der SPD wie Vogel, Ehmke und auch Brandt öffentlich mit hochrangigen KPI-Repräsentanten zusammenzuführen. Was haben wir gemacht? Wir haben die KPI-Führer damals zu öffentlichen Vorträgen in mein Institut eingeladen – ich stamme aus dem früheren Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Und dann habe ich sie zu informellen Gesprächen nach Bonn geführt. Worin lag das jeweilige Interesse? Das Interesse der KPI ergab sich natürlich aus ihrer Tendenz zum Westen, sie war nicht mehr eigentlich eine kommunistische Partei und wollte im Westen als einflussreiche demokratische Partei anerkannt werden; hier war die SPD ihr großes Vorbild. Das Interesse der SPD lag darin, in Italien einen großen demokratisch-sozialistischen Gegenpol zur Christdemokratie entstehen zu sehen, aber auch in der Tatsache, dass die KPI in Italien für die deutsche Wiedervereinigung eintrat. Ein ganz erstaunliches Phänomen. Ich habe erlebt, wie Andreotti in den 70er Jahren auf einem Fest der UNITA, dem Zentralorgan der KPI, gefragt wurde: Wie stehen Sie zur deutschen Einheit? Andreotti, damals Ministerpräsident der Christdemokraten, sagte: „Zwei Deutschlands sind besser als eines.“ Darauf erhob sich starker Protest, und am nächsten Tag waren in der UNITA lange Kommentare zu lesen, dass die deutsche Wiedervereinigung eine natürliche Sache sei. Also, die KPI war damals im Grunde die einzige große Partei in Italien, die wirklich für die Wiedervereinigung eintrat. Das war der zweite Grund.

Der dritte Grund für die SPD, diese Kontakte auch auf hoher Ebene zu pflegen, lag in Folgendem: Die KPI trat innerhalb dessen, was man als Kommunistische Weltbewegung bezeichnete, für eine reformkommunistische Variante ein – zum großen Ärger der

KPdSU, aber zu einem noch größeren Ärger der SED, die hier in Berlin 1976 die letzte Mammutkonferenz der europäischen KPen veranstaltete. Es bestanden also praktisch nur noch formale Beziehungen zwischen der KPI, der größten westlichen KP, und der hiesigen SED. Hier war die SPD interessiert, im Zeichen des Helsinki-Prozesses ab 1975 zur evolutionären politischen Auflockerung des osteuropäischen Raumes, zur Demokratisierung beizutragen.

Ich glaube, das waren ganz wichtige Beziehungen, die von Willy Brandt gedeckt und in persönlichen Kontakten gepflegt und dann vor allem von Horst Ehmke weiterentwickelt wurden. Diese Beziehungen können vielleicht – man sollte es nicht überschätzen, aber doch auch nicht unterschätzen – als eine wichtige Dimension im Rahmen der letztlich erfolgreichen Entspannungspolitik gelten.

### **Heinrich August Winkler:**

In unmittelbarer Anknüpfung an den Beitrag von Herrn Timmermann will ich darauf verweisen, dass es im Willy-Brandt-Archiv einen außerordentlich interessanten Briefwechsel zwischen Willy Brandt und Henry Kissinger über den Eurokommunismus gibt. Dass die Wahrnehmungen sehr unterschiedliche waren, ist eine Untertreibung der Dramatik dieser Korrespondenz.

Aber ich wollte eigentlich vor allem an den Bildersturm ein wenig anknüpfen, den Heinrich Potthoff ja für uns alle unüberhörbar hier vorgenommen hat und der in der Tat überfällig ist. Es geht also um die Frage der tieferen Gründe für jene zweite Phase der Ostpolitik, in der nun wirklich das heute Vormittag erwähnte Stichwort des Etatismus seinen Ort hat.

Im Falle von Solidarnosc wird man vermuten dürfen, dass der sehr atypische Charakter dieser Arbeiterbewegung vor westeuropäischem Hintergrund eine Erklärung der sehr kühlen Distanz vieler Sozialdemokraten gegenüber dieser Gewerkschaftsbewegung bildet: katholisch, national und eben nicht links und sozialistisch. Aber vielleicht gibt es noch andere Gründe, die das erklären können. War die Sozialdemokratie als Oppositionspartei in der Versuchung, den Verlust der Macht im Inneren außenpolitisch zu kompensieren? Sich so etatistisch und so regimenah zu verhalten, wie sie es tat? War das ein Stück Kompensation, das sich in Form einer Politik des „als ob“ auswirkte, so als ob sie noch regierte? Jedenfalls haben wir es mit einem normativen Defizit in dieser zweiten Phase der Ostpolitik zu tun, was die Menschen- und Bürgerrechte angeht, und ich glaube, das muss man aussprechen.

In diesem Zusammenhang kommt nun noch eine Frage an Herrn Mai, die teilweise eine quellenkritische, teilweise aber auch eine interpretatorische Frage ist. Beim Besuch von Honecker in Bonn im Herbst 1987 gibt es ja auch ein Gespräch zwischen ihm und Willy Brandt. Laut DDR-Überlieferung sagt Willy Brandt: Kann es nicht auch jenseits der Fragen des Friedens andere Felder der Zusammenarbeit geben? Er habe darüber auch mit Gorbatschow und mit Kadar gesprochen. Was das Gespräch mit Kadar angeht, gibt es eine Bestätigung durch Karsten Voigt, der mit in Budapest war, der auch Aufzeichnungen darüber angefertigt hat. Hat Brandt zu dieser Zeit angenommen, es könnte eine eurokommunistische Bewegung in Osteuropa im Zeichen von Perestroika möglich werden? Ich vermute: Ja. Erstaunlich bleibt aber, dass er Honecker in einen solchen Dialog einzubeziehen versuchte.

Also, meine Frage ist zunächst einmal interpretatorisch, nein, zunächst einmal quellenkritisch: Gibt es andere Überlieferungen, die in diese Richtung deuten, die bestätigen könnten, was sich in diesem Dokument findet? Immerhin, man könnte selbst geschichtspolitische Reden von Willy Brandt in diesem Zusammenhang sehen: In der Reihe „Berliner Lektionen“ eine kritische Revision der Rolle der SPD in der Revolution von 1918/19. Ist Brandt zu dieser Zeit vielleicht auf dem Wege zur Wiederanknüpfung an frühere Vorstellungen, dass sich unter den Vorzeichen der Perestroika der alte historische Bruch in der Arbeiterbewegung überwinden lassen könnte? Dann sind wir in der Tat bei der interpretatorischen Frage: Wenn es so war, ist er seiner Zeit weit vorausgeeilt, hat er etwas antizipiert, was zu jener Zeit wirklich jenseits des Horizontes lag? War da zeitweilig Wunschdenken mit im Spiel?

**Hanns Jürgen Küsters:**

Mich interessiert vor allem die Frage, gerichtet an die Bearbeiter für die Phase ab 1966, ob sich aus den Quellen ein eindeutiges Deutschland-Bild Willy Brandts herauskristallisieren lässt. Was versteht er eigentlich unter Deutschland?

Sein viel kritizierter Begriff der „Lebenslüge“ ist heute überhaupt noch nicht gefallen. Es ist vielleicht weniger bedeutsam zu wissen, wie dieser Begriff in die erste Auflage seiner „Erinnerungen“ hineingekommen ist. Wichtiger scheint mir, warum er in der zweiten Auflage von 1990 noch erhalten blieb. Hat Brandt die Fassung erneut autorisiert? Diese Frage gewinnt vor dem Hintergrund dessen, was im ersten Vortrag, ich glaube von Ihnen, Herr Heimann, dargelegt wurde, an Bedeutung, dass nämlich Willy Brandt bereits 1960 faktisch die Oder-Neiße-Grenze anerkannt bzw. sich für die Aner-

kennung ausgesprochen habe. Welche Vorstellung hatte er wirklich von der Wiedervereinigung? Schien ihm überdies die Einbeziehung der Ostgebiete in eine Wiedervereinigungsdiskussion geradezu unmöglich? Hat er die Ostgebiete wirklich a priori einfach abgeschrieben, oder stellte er dazu doch noch irgendwelche Überlegungen an? Es wundert mich, dass jemand wie er, der in den 1920er seine politische Sozialisation in den Grenzen des damaligen Deutschlands, der Weimarer Republik, erfahren hat, einfach bereit gewesen sein soll, Teile Deutschlands aufzugeben.

In dem Zusammenhang habe ich eine zweite Frage, die sich auf das bezieht, was auch bei Ihnen, Herr Mai, anklang. Welche Rolle hat Willy Brandt in der Phase der Wiedervereinigung 1989/90 wirklich gespielt? Seine Kontakte zu Gorbatschow sind bekannt; weniger dagegen Brandts staatsmännische Haltung bei der Verteidigung deutscher Interessen, die sich aus vorliegenden Quellen herauslesen lässt, in kritischen Situationen über seine Kontakte den amtierenden Kanzlern zu berichten. Zum Beispiel hat Brandt in der Berlin-Krise 1960/61 von sich aus Adenauer über bestimmte wichtige Vorgänge informiert. Auch im November 1989 hat Brandt veranlasst, über seinen Büroleiter Bundeskanzler Kohl über das Gespräch mit Gorbatschow in wichtigsten Zügen zu unterrichten. Interessant wäre zu wissen, ob sich noch weitere informelle Kontakte dieser Art zur Bundesregierung nachweisen lassen, um ein genaueres Bild über Brandts Rolle bei der Wiedervereinigung 1990 zu erhalten. Vielleicht muss seine Rolle doch ein wenig anders beurteilt werden, als die Rolle der SPD in dieser Phase. Augenblicklich wird ja nur Helmut Kohl hauptsächlich die Regelung der außenpolitischen Aspekte der Wiedervereinigung zugeschrieben. Fraglich ist, ob das der Wirklichkeit entspricht.

**Arne Hofmann:**

Ich möchte anknüpfend an den Vortrag von Siegfried Heimann und an eine Bemerkung von Heinrich Potthoff, der ich zustimmen würde, auf die Frage eingehen, wie man in dem großen Zeitraum von etwa 1948 bis 1966 differenzieren muss, wenn man nach Umbrüchen oder Zäsuren sucht.

1958 scheint auch mir in diesem Zusammenhang ein etwas unglücklicher Zeitpunkt, der in gewisser Weise sowohl zu früh als auch zu spät liegt. Zu spät insofern als es eine Reihe von für das Brandtsche Denken wichtiger Elemente gibt – Kontakte und menschliche Erleichterungen, um die Nation zusammenzuhalten, die Folgen des Nuklearpatts, das Nachdenken über Koexistenz, das Erstreben einer Transformation der anderen Seite



–, die zu diesem Zeitpunkt bereits ausgebildet sind. All das entwickelt sich graduell zunächst schon ab 1948 und dann ab 1955.

Zu früh andererseits, weil ich meine, dass es in anderer Hinsicht eine Zäsur gibt, die etwas später zu suchen ist, nämlich Anfang der sechziger Jahre. Denn es fiel das Stichwort von der operativen Politik, und all das, was ich eben angedeutet habe, ist konzeptionell zwar sehr interessant, aber nicht eigentlich politikfähig. Denn wenn man mehr Kontakte zwischen den Menschen haben will, und das heißt menschliche Erleichterungen von der DDR haben will, dann geht das nur, wenn man mit ihr reden und verhandeln kann. Tatsächlich findet das aber nicht statt, weil man sie nicht anerkennen will. Ähnliches gilt für die Entspannung, die man zwar haben möchte, was aber im Grunde nur geht, wenn man auch bereit ist, tendenziell revisionistische Positionen der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa aufzugeben. Solange man auf diesen Ansprüchen beharrt und nicht einmal bereit ist, mit der DDR als Staat umzugehen, bleibt Entspannung mit dem Osten eben ausgesprochen schwierig, wenn nicht unmöglich. Und diesen Voraussetzungen konkreter operativer Politik nimmt sich Brandt erst ab etwa 1962/63 schrittweise an.

Die Mauer war eben doch überraschend. Sie haben zurecht darauf hingewiesen, warum sie angesichts von Brandts Bewusstseinsstand seit 1958 nicht hätte überraschend sein sollen. Aber wenn Sie mit Zeitzeugen sprechen, hören Sie, dass, als es dann passiert ist, die Überraschung und der Schock doch groß waren. Brandt selbst hat darauf hingewiesen, wie damals Illusion abgeräumt wurden. Und weil sie jetzt abgeräumt werden und weil sich das internationale System zu Zeiten Kennedys ändert, passiert *jetzt* allmählich das Herantasten an Realitäten in der Form des Herantastens an eine De-facto-Anerkennung, was im Denken etwa 1962 beginnt und sich dann erstmals im Passierscheinabkommen manifestiert – und erst jetzt ist Brandt tatsächlich für ein Berlin-Abkommen, das er vorher eher rhetorisch befürwortet hat.

**Dieter Dowe:**

Ich bitte Sie zu versuchen, das in eine Frage zu fassen. Sonst wird es ein Ko-Referat.

**Arne Hofmann:**

Schließlich in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu Tutzing 1963 (auch dies im Schlüsselzeitraum der frühen sechziger Jahre). Die „zweite Ostpolitik“ der achtziger Jahre ist heute viel kritisiert worden. Lassen Sie mich deshalb kurz darauf hinweisen,

dass das konzeptuell bis auf Tutzing zurückgeht: Die Idee der terminologisch von Timothy Garton Ash auf den Punkt gebrachten „Liberalisierung durch Stabilisierung“ entsteht in Tutzing; und deshalb, weil die erstrebte Liberalisierung im Denken seither Stabilisierung voraussetzt und damit Konfrontation ausschließt, fehlt später die „Peitsche“ im Ansatz von „Zuckerbrot und Peitsche“. So lange geht das zurück, bis 1963.

Meine Frage deshalb an Siegfried Heimann: Ist die zentrale Zäsur wirklich 1958? Sollte man nicht doch mehr auf die Wechselwirkung zwischen grundsätzlichen konzeptionellen Erwägungen einerseits und den Handlungsvoraussetzungen operativer Politik andererseits abheben – und bieten sich dann nicht doch eher die frühen sechziger Jahre als entscheidender Zeitraum des Umbruchs an?

**Mark Flatten:**

Herr Fischer, Sie haben gesagt, dass die Ostpolitik Willy Brandts in der Großen Koalition im August 1968 an ihre Grenzen gestoßen ist. Waren diese Grenzen letztendlich nicht schon früher markiert, nämlich nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien und der Reaktion des Ostblocks darauf mit der so genannten Ulbricht-Doktrin? Und waren diese Grenzen nicht auch innerhalb der Großen Koalition gesteckt dadurch, dass man eben auf gewisse Bedingungen des Ostens nicht eingehen wollte, wenn Brandt auch an zwei Stellen versucht hat, genau das zu überwinden. Nämlich einmal dadurch, dass er sich massiv für den Atomwaffensperrvertrag eingesetzt hat. Und zum anderen dadurch, dass er sich auf dem SPD-Parteitag 1968 ganz vorsichtig für eine Respektierung der Oder-Neiße-Linie ausgesprochen hat.

Eine kurze Bemerkung zur KPI. Da fehlte, glaube ich, ein Motiv, das vor 1969 eine große Rolle gespielt hat: Brandt wollte, dass in Moskau der Sinn der Ostpolitik von Kommunisten dargelegt werden sollte. Die KPI sollte, weil die Bonner Kontakte zu Moskau schlecht waren zu dieser Zeit, erklären, was Brandt und der SPD vorschwebte – im Gegensatz zu dem, was Moskau von der SED immer wieder zu hören bekam.

**Andreas Rödder:**

Mit dem Begriff der „Normalisierung“ verwendet Frank Fischer einen Begriff, der bereits die gesamte Problematik der Ostpolitik enthält. Denn „Normalisierung“ bedeutete ja für beide Seiten etwas sehr Unterschiedliches. Für die Bundesrepublik bedeutete „Normalisierung“ – vom Ziel her – Liberalisierung der östlichen Regime. Für die östlichen Regime bedeutete „Normalisierung“ hingegen Stabilisierung des Status quo. Über-

windung oder Stabilisierung des Status quo – das ist der entscheidende Zielkonflikt innerhalb der Ostverträge.

Die Frage nach dem Zielkonflikt stellt sich aber nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch innerhalb des Westens allein: So sehr auf westlicher Seite am Wiedervereinigungsanspruch festgehalten worden ist, so stellt sich doch die – nach meinem Dafürhalten noch keineswegs beantwortete – Frage nach dem Verhältnis von Revisionismus – konkret: der Überwindung des Status quo der Teilung Deutschlands – und Status quo in der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Zugespitzt: Peter Bender hat mit bedenkenswerten Argumenten darauf hingewiesen, dass das revisionistische Potenzial innerhalb der Ostpolitik so groß gar nicht gewesen ist, dass ihr viel mehr stabilisierendes Potenzial innewohnte. Und damit sind dann hinsichtlich der politischen Ausrichtung Helmut Schmidt und Henry Kissinger im Hinblick auf eine Stabilisierung des Status quo wesentlich näher beieinander als bei Egon Bahr mit seinem ganz anders gearteten Revisionismus.

Eine zweite Bemerkung zur KSZE und zur Menschenrechtsbewegung möchte ich der These halber zuspitzen: Ab und an liest man mehr oder weniger deutlich, der eigentliche Erfolg der Entspannungspolitik habe darin gelegen, dass über die KSZE die Menschenrechtsbewegungen in den osteuropäischen Ländern gestützt, stabilisiert und gefördert worden seien und dass die Entspannungspolitik darüber im Grunde zum Ende des Kalten Krieges geführt habe. Das Problem ist nur, dass dies in der Tat für viele Länder in Ostmittel- und Südosteuropa gilt, nicht jedoch für das alles entscheidende Land: die Sowjetunion. Von der Sowjetunion und Gorbatschows Reformpolitik ging das Ende des Kalten Krieges aus. Wenn es dort aber keine politisch relevante Menschenrechtsbewegung gab, dann waren auch – so die logische Schlussfolgerung – die Menschenrechtsbewegungen und ihre Beförderung durch die Entspannungspolitik nicht kausal relevant, jedenfalls nicht von entscheidender Bedeutung für das Ende des Kalten Krieges.

**Dieter Dowe:**

Damit, wenn ich dazu etwas einwerfen kann, folgen Sie natürlich der Argumentation, die dem Raisonement von Egon Bahr ziemlich nahe kommt. Genauso hat er argumentiert, als wir Mitte der 90er Jahre einmal eine interne Tagung zur Problematisierung der zweiten Phase der Ostpolitik gemacht haben.

**Bernd Rother:**

Ich wollte noch einmal eingehen auf die von Herrn Winkler angesprochenen normativen Defizite der Reaktion der Sozialdemokratie insbesondere auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zuvor auf Solidarnosc.

Das Faktum normativer Defizite ist in der Rückschau überhaupt nicht zu diskutieren, glaube ich. Es geht ja nur um die Frage der Motivlage. Das, was Sie genannt haben, die Schwierigkeiten mit dieser ganz anders gearteten Form von Arbeiterbewegung gilt wohl für große Teile der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Ich glaube aber nicht, dass das recht eigentlich ein Motiv bei Brandt war. Bei Brandt sehe ich zwei Motivlagen – jedenfalls, wenn man ihn beim Worte nimmt. Das eine ist, dass er argumentiert auf dem Erfahrungshintergrund des ungarischen Aufstandes 1956, und auch des Aufstands in der DDR 1953, aber insbesondere 1956. Die Reaktion darauf, und das hält sich über Jahrzehnte hindurch und wird ja auch von Bahr und anderen geteilt, ist: So etwas begehen wir nie wieder. Wir werden nie wieder andere dazu aufrufen, zu rebellieren und damit den Anschein erwecken, wir könnten sie unterstützen darin, und dann, wenn es hart auf hart geht, doch sagen müssen: Nein, den Atomkrieg, den gehen wir dafür nicht ein. Und so hat er ja auch – das ist ja nicht nur konstruiert – so hat er ja auch argumentiert Anfang der 80er Jahre. Das ist seine Sicht der Dinge. Man kann natürlich alternative Handlungsweisen sich überlegen. Aber das ist seine Motivation.

Es gibt eine zweite Motivation, die wahrscheinlich geringere Bedeutung hat, aber die auch nicht zu vernachlässigen ist, die er selber auch so formuliert hat, dass man als deutscher Politiker, jedenfalls er als Antifaschist mit dem Wissen um die deutsch-polnischen Beziehungen, sich besonders zurückhalten solle gegenüber der Kommentierung der internen Entwicklung in Polen. Auch da sage ich nicht, dass ich das teile. Es hat einen Punkt gegeben, an dem er genau dieses benennend gesagt hat, jetzt ist eine Grenze überschritten, als er mitbekam, dass Marek Edelman, einer der letzten überlebenden Anführer des Ghetto-Aufstandes verhaftet wäre. Da hat er gesagt: Das ist ein Punkt, der muss sofort bereinigt werden. Das hat er öffentlich gesagt.

Damit komme ich zu dieser Frage – öffentlich oder hinter den Kulissen – zu einer zweiten Anmerkung: Thematisierung der Menschenrechte durch Willy Brandt unterschiedlich nach Ost und West. Das hat mit dem Geschilderten auch zu tun. In Richtung Osten hat er ja Menschenrechte nicht unbeachtet gelassen. Nur er hat darauf gesetzt, dass man das hinter den Kulissen in stiller Diplomatie behandelt. Während offenkundig seine Einschätzung war, dass man gegenüber Regimen der Dritten Welt in Lateinameri-

ka, auch Südafrika viel offener vorgehen müsse und könne. Das führt natürlich, dessen musste er sich gewärtig sein – und das ist ein Kritikpunkt –, zu dieser ungleichen Wahrnehmung, dass es so aussah, als wenn er so gut wie gar nichts gegenüber Menschenrechtsverletzungen im Osten sagen würde und gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der eher westlich orientierten, jedenfalls nicht eng mit der Sowjetunion verbundenen Dritten Welt doch mit lauter Stimme auftreten würde. Und das ist ein Risiko, das er eingegangen ist. Er hat immer wieder bei Briefen, die an ihn geschrieben wurden, er würde zum Osten schweigen, geantwortet: Ich kann darüber nicht reden. Auch da sage ich als persönliche Meinung – darüber diskutiert man ja auch, wie sieht man das –, ich hätte eine andere Position bevorzugt. Aber das ist, wenn man es versucht heraus zu arbeiten, seine Motivlage gewesen.

Dritte, ganz kurze Bemerkung auf die Frage von Herrn Küsters: Was ist die Bedeutung Willy Brandts für die deutsche Wiedervereinigung? Ich erlaube mir in Vorwegnahme der viel kompetenteren Antworten der Bearbeiter eine zugespitzte Antwort: Er erreichte, dass die SPD nicht Nein sagte.

### **Wolfgang Schmidt:**

Ich möchte zum Beitrag von Heinrich August Winkler nur einen kurzen Hinweis noch geben, was die Frage der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien angeht, die beispielsweise auch im Gespräch mit Honecker angesprochen wurde.

Es könnte sein, dass sich dies auch auf die Nord-Süd-Fragen bezieht, weil – das kann ich jetzt aus den Nord-Süd-Akten sagen, die ich für die Bearbeitung von Band 8 der Berliner Ausgabe einsehen konnte – er auch immer wieder versucht hat, beispielsweise über die Ständige Vertretung der DDR in Bonn Kontakte herzustellen, ob die DDR nicht in diesen Fragen mitarbeiten könnte.

Es gab ja auch einen sehr intensiven Kontakt von Egon Bahr mit Moskau Anfang der 80er Jahre nicht nur über Sicherheitsfragen, sondern eben auch über Nord-Süd-Fragen, und das scheint mir auch im Gespräch mit Gorbatschow später thematisiert worden zu sein. Wobei das Ganze wohl auch mit hineinspielt in die Frage einer Zusammenarbeit mit Kommunisten, die, Brandt deutet das wohl an, in Richtung Überwindung der Spaltung von 1918 gehen könnte. Mir scheint, dass dieser ganze Fragenkomplex durchaus zusammengehört und hier vielleicht auch so eine Art Rückgriff auf Jugendträume Brandts durchaus gegeben ist, gerade auch was die Frage der Einen Welt angeht – Stichwort gemeinsame Interessen, die eben über dieses Thema hinweg bestehen. Das ist

ja ein ganz zentraler Glaubenssatz, den Brandt eigentlich über die Jahrzehnte immer wieder vertreten hat. Dies nur als Ergänzung.

**Gertrud Lenz:**

Die Maxime Willy Brandts in Menschenrechtsfragen war: „Leise wirken“, was nicht – so Brandt – mit „Leisetreterei im Kanzlistenstil“ verwechselt werden dürfe. Diese Maxime formulierte er als Bundeskanzler, als er in einer Bundestagsdebatte zur Ostpolitik auf die diesbezüglichen Vorwürfe des damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Karl Carstens zu reagieren hatte.

Im Hinblick auf die Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Ostblock war sein Ansatz: Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik – Hand in Hand mit dem Bestreben, menschliche Erleichterungen zu erreichen. Unter den gegebenen Herrschaftsverhältnissen wollte Willy Brandt – mit Blick auf Ungarn 1956 und Prag 1968 – die Menschenrechtsfrage nicht zuspitzen, sondern mit großer Geduld behandeln. Darin stimmte er mit Bruno Kreisky, dem Gefährten aus dem schwedischen Exil und langjährigen österreichischen Bundeskanzler, überein, mit dem er sich z.B. für Jiri Lederer und Pavel Kohout einsetzte. Die Akten des Willy-Brandt-Archivs zeigen, dass Willy Brandt in diesem Sinne gewirkt hat (Vermerke zu Gesprächen mit politischen Repräsentanten des damaligen Ostblocks, in denen Willy Brandt für Bürgerrechtler wirkte; Korrespondenzen u.a. mit Heinrich Böll wegen Lew Kopelew oder mit Gustav Husak wegen Rudolf Battek).

Entscheidend ist für mich, wie die Bürgerrechtler selbst Brandts Ansatz in Menschenrechtsfragen beurteilten. Die Akten des WBA zeigen ebenfalls, dass Bürgerrechtler wie Jiri Hajek (ehemaliger Außenminister unter Alexander Dubcek), Vaclav Havel, Alexander Dubcek, Bronislaw Geremek, Lew Kopelew u.a. mit diesem Ansatz übereinstimmten.

Noch eine kurze Anmerkung zur Außenpolitik der SPD nach 1982: Der Regierungswechsel 1982 schnitt Willy Brandt als Parteivorsitzender der SPD von den Handlungsmöglichkeiten ab, die der Regierungsapparat geboten hatte. Die Fortsetzung der Entspannungspolitik musste ab diesem Zeitpunkt über die bilateralen Parteibeziehungen (KPdSU, SED u.a.) laufen, wenn sie denn stattfinden sollte. In der SPD gab es Politiker, wie zum Beispiel den Bundestagsabgeordneten Gerd Weisskirchen, die enge Beziehungen zu Bürgerrechtlern unterhielten und sich für diese offensiv engagierten. Auch wenn dies nicht seine Vorgehensweise war, hatten sie die Unterstützung Willy Brandts in

ihrem Wirken und wurden von ihm auch bei der Lösung dieser Fragen eingesetzt. Oft nutzte er auch diese Kontakte, um persönliche Botschaften an Bürgerrechtler zu übermitteln.

Zum Abschluss die Frage: Wären die Einladungen zu politischen Gesprächen von Repräsentanten des ehemaligen Ostblocks an Willy Brandt, der ab 1974 kein Staatsamt mehr inne hatte, ergangen, wenn er die Menschenrechtsfrage offensiv vertreten hätte? Wie hätte er dann, ohne mit den Repräsentanten des Ostblocks im Gespräch zu bleiben, Friedens- und Entspannungspolitik betreiben und in Menschenrechtsfragen wirken können?

**Hartmut Philippe:**

Mir erscheint ein Aspekt, in meinen Augen ein sehr wichtiger Aspekt, der Politik Willy Brandts nicht nur auf dieser Tagung, sondern überhaupt in der Berliner Ausgabe nur unzureichend berücksichtigt, nämlich die Europa-Politik Brandts. Dies ist auch ein grundsätzliches Manko der bisherigen Willy-Brandt-Forschung und auch von Darstellungen zur deutschen Außenpolitik nach 1945. Dabei kann die europäische Integration und deren Prozess durchaus als Bestandteil einer Westpolitik Willy Brandts angesehen werden. Das gilt insbesondere für die Zeit Brandts als Außenminister und Bundeskanzler.

Warum ist dieser Aspekt wichtig? Ich möchte zwei Gründe nennen: Zum einen ist im Kontext der Ostpolitik immer wieder von der Verankerung dieser Politik im Westen die Rede. Gerade unter diesem Gesichtspunkt hat die Europa-Politik Willy Brandts einen wichtigen Stellenwert. Zum zweiten muss man bedenken, dass die erste große Erweiterungsrunde der EWG noch in die Phase des Außenministers und Kanzlers Willy Brandt fällt. Dass es bei der Erforschung der Europa-Politik Brandts Nachholbedarf gibt, zeigt die Tatsache an, dass es mittlerweile einige Dissertationsprojekte gibt, die sich mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigen. Einige dieser Doktoranden sind ja heute auch anwesend.

Meine Frage an die Herausgeber der Berliner Ausgabe ist: Weshalb wurde dieser Aspekt nicht berücksichtigt bzw., wenn er berücksichtigt wurde, wo genau?

**Ernst Kuper:**

Die letzte Frage ist die, die ich auch stellen wollte. In der Tat ist es so, dass etwa die Konferenz von Den Haag, das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Sechs im Dezember 1969, bis jetzt jedenfalls als Stichwort nicht erwähnt wurde. Das lief prak-

tisch parallel zur Regierungsbildung der sozialliberalen Koalition in Bonn. Beides muss man zusammen sehen.

Deswegen war es auch richtig, dass Herr Fischer das Stichwort Ostpolitik abgelehnt hat, sondern gesagt hat: Im Grunde ist das ein Etikett, was man draufklebt, das jedoch nicht berechtigt ist. Insofern wurde die Europapolitik erwähnt, aber nur sehr peripher.

Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang die Frage zu sein, wie weit man Willy Brandts Blick auf die Außenpolitik wahrnimmt. Er selbst hat ja immer ihre Komplexität stark betont – ich weiß nicht, wie weit Sie das berücksichtigen. Er lobte etwa Caprivi, den alten Reichskanzler nach Bismarck, für sein Spiel mit fünf Kugeln in der Außenpolitik. Wobei Brandt das nicht ganz verantwortlich fand, mit welchen Kugeln wie gespielt wurde und dass sich das Deutsche Reich als unilaterale Macht verstand, wie Bismarck das zum Teil getan hatte, obwohl der weiterdachte, als es in Brandts Kritik zum Ausdruck kommt. Jedenfalls spricht Brandt manchmal von der Notwendigkeit, in der Außenpolitik zu denken, als wenn man ein Kunstwerk, ein Mobilé vor sich hätte: Man tickt irgendwo eine Ecke an, und es fängt ganz woanders an zu schwingen; das müsste man aber genau beobachten, um dann zu sehen, was dort passiert. Also, er dachte wesentlich komplexer als in den Kategorien Ost, West, Nord, Süd, Menschenrechtspolitik usw., sozusagen im Gesamtzusammenhang. Darauf wollte ich verweisen.

In dem Zusammenhang ist dann auch sein Deutschlandbild zu betrachten. Eines ist, glaube ich, zentral für ihn und seine Vorstellung von Deutschland, wenn er seine Zeit sieht – es ist natürlich das Deutschland des Ost-West-Konflikts, was wir hier hauptsächlich behandelt haben – sieht er immer durchschimmernd das Deutschland der Kriegskoalition, die gesiegt hat, dann das Deutschland der Vier Mächte, das Kontrollratsgebäude in Berlin, was ja direkt vor seiner Nase lag, wo dann ja auch das Vier-Mächte-Abkommen für Berlin verhandelt und geschlossen wurde. Er sieht also durchaus diese andere Konstellation, in der Deutschland sich befindet gleichzeitig mit der Situation des Ost-West-Konfliktes. Und ich weiß nicht, wie weit Sie diese großen Dimensionen sozusagen herein nehmen, die ja auch angesprochen wurden von Herrn Potthoff, die langen Linien. Beim Deutschlandbild von Brandt ist nicht nur das zu sehen in Bezug auf die Vergangenheit, sondern man muss gleichzeitig sehen, dass er dieses Deutschland in Europa einbauen will.

Das Stichwort europäische Friedensordnung ist für ihn ein zentraler Begriff, und das ist nicht eine Kategorie, die von der ganzen Elite damals vertreten wird, sondern es musste erst durchgesetzt werden von ihm, bis es dann ein verbrauchter Begriff war.



Aber Europa-Politik hatte für ihn eine außerordentliche Bedeutung. Darüber hinaus muss man die nächste Bedeutungsebene noch sehen, die Beziehungen zu den USA, weil es immer die Sicherung der Demokratie und der Freiheit in Europa war, wofür die USA in Brandts Augen standen. Dieses muss man als Komplex erkennen, ich weiß nicht, wie weit das eingehen kann in eine solche biografisch orientierte Arbeit, wo man ja doch sehr an persönlichen Daten arbeitet und diese strukturellen Dinge nicht so berücksichtigen kann. Es würde mich auch sehr interessieren, wie weit Sie das berücksichtigen.

Das Stichwort biografische Arbeit war für mich der Punkt, der auch in dem Vortrag von Herrn Fischer drin war, dass es Brandt gelungen ist, die Sowjetunion sozusagen an den Verhandlungstisch zu holen. Das klingt erst gut und wird auch vielfach behauptet. Aber das Angebot der Sowjetunion, mit der deutschen Regierung zu verhandeln, stammt vom Juli 1969. Da waren die Wahlen noch nicht entschieden. Das Angebot für Verhandlungen mit der deutschen Bundesregierung lag vor, egal, wer da regieren würde, ob da Konservative wären ...

**Frank Fischer:**

Entschuldigung. Ich sprach von der Wiederaufnahme in meinem Vortrag.

**Ernst Kuper:**

Ja, aber das Angebot war da.

**Frank Fischer:**

... deswegen Wiederaufnahme.

**Ernst Kuper:**

Das war klar, dass diese Regierung das Angebot auch hatte.

Soweit dazu, mehr wollte ich nicht sagen.

**Heinrich August Winkler:**

Ganz kurz zu den Interventionen, soweit sie sich auf meinen Beitrag bezogen. Herr Rother, ich nehme an, es gibt gar keinen Widerspruch zwischen dem Hinweis auf das Trauma von 1953/56 bei der SPD und dem Wunsch, so etwas möge sich nie wiederholen, auf der einen Seite und der irritierenden Wahrnehmung von Solidarnosc als einer sehr atypischen Form von Arbeiterbewegung auf der anderen.

Das Hauptmotiv bei Brandt, bei Bahr, auch bei Wehner scheint mir nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen die Rettung des eigenen Lebenswerkes – die Rettung dessen, was man mühsam erkämpft hat in Sachen Entspannungspolitik. Das ist sehr nachvollziehbar, aber es widerspricht eben nicht der Feststellung, dass diese Politik ihre Kehrseite hatte. Und da ist das Stichwort normative Defizite, glaube ich, keine unangemessene Kennzeichnung.

Damit bin ich beim zweiten Punkt, bei der Intervention von Frau Lenz. Wir kommen nicht um die Frage herum, ob wir einem apologetischen oder einem kritischen Ansatz folgen wollen. Und da empfehle ich oder bitte ich geradezu, nicht hinter das zurückzufallen, was Heinrich Potthoff dazu bemerkt hat. Es ist richtig: Es gab nach der epochalen Wende von 1989 bis 1991 dann auch versöhnliche Töne von Bürgerrechtlern gegenüber der SPD. Aber wer die Gelegenheit hatte, zur Zeit des Kriegsrechts und danach nach Polen zu fahren und mit Oppositionellen zu sprechen – und ich kann hier Namen nennen wie Bronislaw Geremek –, der weiß, dass die Verstörung sehr tief ging. Und es war geradezu eine Art von Erlösung für viele der polnischen Oppositionellen, als Bundeskanzler Schröder im Dezember 2000 im Sejm sich sehr selbstkritisch über die Vernachlässigung der Menschenrechtsdimension in der zweiten Phase der sozialdemokratischen Ostpolitik in den 80er Jahren geäußert hat.

**Siegfried Heimann:**

Zunächst eine Anmerkung zu Heinrich Potthoff und zu Peter Merseburger. Wir stimmen darin überein, dass die „Lehren von Prag“ 1948 eine wichtige Zäsur waren. Ich habe im Vorfeld ja mit Peter Merseburger darüber öfter diskutiert, schon bevor sein Buch erschien. Ich stimme weiterhin, muss ich sagen, seiner Zuspitzung dieser „Lehren von Prag“ nicht zu. Willy Brandt war auch vorher schon nicht *der* Vorkämpfer einer antifaschistischen Allianz. Der Brief von Willy Brandt an Jacob Walcher ist ja in dem von Einhart Lorenz bearbeiteten Band der Berliner Ausgabe veröffentlicht<sup>39</sup>, wo ganz deutlich gesagt wird, wie er das Verhältnis zur Sowjetunion auch sieht. Brandt war eben auch, und das ist noch wichtiger für die Zeit danach, nicht *der* kalte Krieger. Er wurde zum kalten Krieger gemacht. Man muss dazu sagen, dass Willy Brandt im Zuge der Planung seiner innerparteilichen Karriere sich dieses Etikett nicht immer verbeten hat, sondern damit auch spielte.

---

<sup>39</sup> Vgl. Berliner Ausgabe, Band 2, S. 307–314.

Das Zweite zur Ostpolitik bzw. zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze: Ob er die Ostgebiete, Herr Küsters hatte das gefragt, denn abgeschrieben habe. In dem Papier, das ich zitiert habe, meine ich, ist in dieser verklausulierten Form eindeutig formuliert, was Brandt unter Wiedervereinigung versteht bzw. welche bestehenden Möglichkeiten er sieht, eine Wiedervereinigung zu erreichen. Nicht, was er vielleicht für wünschenswert hält. Denn in dem gleichen Papier formuliert er vorher ausdrücklich, man muss auch was zur Oder-Neiße-Grenze sagen, nämlich, dass wir da einen Rechtsanspruch haben, bevor eine Friedenskonferenz stattfindet. Also, das Übliche, was damals gesagt wurde.

Das Übliche, sage ich so, weil das auch später eine Rolle spielt, z.B. in den Gesprächen mit de Gaulle, wo Brandt sozusagen mit der Nase drauf gestoßen wird, dass der französische Präsident für eine Wiedervereinigung, die in irgendeiner Form die Oder-Neiße-Grenze mit in Frage stellt, überhaupt nicht zu haben ist. Willy Brandt schreibt dann immer in den Vermerken: Ich habe die übliche deutsche Position dargestellt. Also, er hat es noch nicht einmal in seinem Vermerk ausgeführt. Er hat sozusagen sich loyal verhalten, auch aus innerer Überzeugung, dass das auch Sozialdemokraten natürlich trifft, wenn da offen etwas ausgesprochen wird, und dass er das nicht gut findet. Aber er hat die Realität zur Kenntnis genommen, wie sie ja auch in der CDU im internen Kreis zur Kenntnis genommen wurde. Auch wusste Brandt, als er in einem Gespräch mit Adenauer 1962 nachfragte, was dieser mit dem Satz meinte, man müsse etwas anbieten, solange man noch etwas dafür bekomme. Das ist meines Erachtens ja auch ein Hinweis auf die Frage der Oder-Neiße-Grenze gewesen.

Zur Frage der Zäsur 1958: Ich bleibe dabei, dass ich die für gravierend halte. Die Herausforderung durch das Chruschtschow-Ultimatum hat Brandt noch einmal ganz deutlich gemacht, dass die Sicherheit Berlins auf der Tagesordnung stand, also West-Berlins, und dass man sich was einfallen lassen musste, um diese Sicherheit zu garantieren. Da gab es natürlich verschiedene Überlegungen. Aber es gab auch schon Versuche zu einer operativen Politik bis hin zu Gesprächsversuchen, die allerdings, wie Sie, Herr Hofmann, sagten, scheiterten. Man hat Briefe mit Gesprächsangeboten geschrieben, die genau die Themen beinhalteten, die dann später verhandelt worden sind. Wenn man die Schreiben aber an den Verwaltungsleiter von Ost-Berlin schickt und nicht an den Oberbürgermeister, dann muss man sich natürlich nicht wundern, dass dies Angebot nicht angenommen wird.

Und das ist die Entwicklung, dass Brandt sagt: Ich muss sozusagen von der alten Sprachregelung herunterkommen, um überhaupt ernst genommen zu werden. Es gab in

Bezug auf die Anerkennung der DDR keinen Zweifel mehr, dass das sozusagen eine sprachliche Differenzierung erforderte, aber dass man darum nicht herunkäme. In einer SPD-Parteivorstandssitzung von 1960 wurde u.a. ein neuer Deutschland-Plan diskutiert. Willy Brandt sagte dabei: Natürlich ist die DDR de facto anerkannt. Erstens, zweitens, drittens brachte er dann Beispiele, warum das seiner Meinung nach so sei – 1960.

Zu einem Punkt noch, zur Europa-Politik. Ich will versuchen, das in Band 3 mit anzusprechen. Denn der Dissens zu Schumacher ist nicht verständlich, wenn man nicht die europapolitische Konzeption bedenkt, die 1947/48 formuliert wurde. Brandt sah die Sozialdemokratie in dieser Zeit schon als eine europäische Partei. Die Politik musste auf ein Europa hinzielen, zunehmend auf ein Westeuropa natürlich. Die Problematik in dem Punkt waren die Schwierigkeiten, die die SPD mit der SFIO hatte. Die kamen in der Hinsicht immer wieder nicht zusammen, wo sie hätten zusammengehen müssen. Es wird immer wieder beklagt in Briefen. Brandt wird aufgefordert, einmal zu seinem Image, dass er die Franzosen nicht mag, etwas zu sagen – was so ja nicht stimmte, wie Sie wissen. Die Gespräche mit de Gaulle dienten u.a. diesem Zweck, wobei das beidseitig war. De Gaulle hat Brandt ja auch ein bisschen ausgenutzt, indem er ihn zum Gesprächspartner machte.

Ein letztes Wort zu den Dissidenten und der Wahrnehmung, nur eine ergänzende Anmerkung zu dem, was schon gesagt worden ist. Die SPD und Willy Brandt – und Egon Bahr vor allen Dingen – haben natürlich auch die Veränderungen und kritischen Veränderungen in den kommunistischen Parteien hoffnungsvoll betrachtet. Es gibt schon Ende der 1950er Jahre eine harsche Kritik von Egon Bahr daran – und Brandt schloss sich an –, wie man mit Alfred Kantorowicz umgegangen sei, der hier im Westen, als er aus der DDR weggegangen war, herunter geschrieben worden ist zum Immer-noch-Kommunisten, mache man sich nichts vor. Bahr merkt dann an, dass es unglaublich sei, wie man hier meint, einen kritischen Geist, der aus diesem Grunde dann auch wegging, in dieser Weise behandeln zu müssen. Es gäbe schließlich in der SED – er bezog sich auf die DDR – auch Kommunisten, mit denen sich zu reden lohne. Das war vor 1961. Aber das Problem in diesem Zusammenhang auch in den späteren Jahren war: Brandt und Bahr hofften auf Veränderungen in den kommunistischen Parteien. Mit den möglichen Veränderungen außerhalb der Partei oder sogar gegen die kommunistischen Parteien hat man in der Weise nicht gerechnet.

**Frank Fischer:**

Ich möchte beginnen mit der Frage, die von Herrn Küsters gestellt wurde, die Frage nach Willy Brandts deutschlandpolitischen Vorstellungen in diesem ganzen Zeitraum, den wir heute hier verhandelt haben. Auch ich kann sagen, dass diese Frage der Oder-Neiße-Linie von Willy Brandt eigentlich sehr, sehr früh in den 60er Jahren bereits entschieden wurde dahingehend, dass die Diskussion darüber bestenfalls als verhandlungsstrategisches oder verhandlungstaktisches Argument zulässig ist. Aber ansonsten die Macht des Faktischen oder die Realitäten diese Frage ein für allemal beantwortet haben. Das ist eine Diskussion, die dann bis 1989/90 eine Rolle spielt, weil es nämlich 1989 auch einen interessanten Gedankenaustausch gibt zwischen Willy Brandt und Helmut Kohl, weil sich ja Helmut Kohl doch sehr lange in diesem definitiven Jahr zur Oder-Neiße-Grenze sehr bedeckt gehalten hat. Es gibt da eine Reihe von Gesprächen zwischen den beiden, die sicherlich auch in dem Band von Uwe Mai in irgendeiner Form auftauchen werden, in denen Brandt sehr klar macht, dass dieses Thema keinesfalls mehr strapaziert werden dürfe.

Eine weitere Frage von Herrn Philippe war, wo denn die Europa-Politik vorkäme. Sie kommt natürlich vor. Sie kommt zum einen immer vor, wenn – in welcher Form auch immer – in Gesprächen Brandts mit de Gaulle oder Kissinger, aber auch mit Alexander Haig verschiedene Europabegriffe verhandelt werden und verschiedene Versuche, diesen Europabegriff zu präzisieren, ausgetauscht werden. Natürlich ist auch der Europagedanke, das Europabild immer mit drin, wenn sich Brandt z.B. mit Breschnew über diese Fragen verständigt, wo doch sehr verschiedene Vorstellungen dessen, was nun Europa sei, aufeinanderprallen. Konkret wird auch die Zeit Willy Brandts als Europaparlamentarier, also von 1979 bis 1984, behandelt. Die fällt natürlich gerade so zwischen zwei Bände hinein. Aber sie wird ebenfalls sowohl in Band 9 der Berliner Ausgabe als auch, wie ich annehme, in Band 10 mit Dokumenten und in der Einleitung abgedeckt.

Dann zu einer Frage, die mir grundsätzlich zu existieren scheint, die ich sowohl wiedergefunden habe, insbesondere bei Herrn Rödder, aber auch bei Herrn Flatten, wo es im Großen und Ganzen um die Chancen und Grenzen, um die Erfolge und die Irrtümer der Brandtschen Ostpolitik geht. Die muss man vielleicht schon etwas ausführlicher beantworten.

Herr Winkler hat den Begriff „normatives Defizit“ gebraucht. Ich denke, dass es so etwas gegeben hat. Es hat auch ein theoretisches Defizit gegeben bei der Ostpolitik von Anfang an, nämlich dieses Paradoxon, dass der Wandel im Ostblock irgendwie Stabili-

tät verlangte, dass durch Stabilisierung Liberalisierung herbeizuführen sei. Das war eigentlich ein Konstrukt, das durch die Realität nicht gedeckt war und dem auch vielleicht eine Wahrnehmung dieser sozialistischen Systeme zugrunde lag, die eben doch nicht den Fakten entsprach. Das kann man auch daran illustrieren, dass eigentlich diese fundamentale Befürchtung dieser Honeckers und Breschnews ja doch nach innen gerichtet war. Deren Sorgen richteten sich nicht darauf, ob sie jetzt vom Westen sozusagen anerkannt sind; die Quelle der Instabilität, die lag im Inneren dieser jeweiligen Systeme. Deswegen war es im Grunde auch eine akademische Frage, ob Egon Bahr von außen Stabilität versprochen hat, weil der neuralgische Punkt dieser Systeme in der Innenpolitik lag. Die Frage, inwieweit man diesen kommunistischen Systemen von außen Stabilität zuschreiben konnte, ist letztlich doch eine akademische Frage gewesen. Ich muss es in Anbetracht der knappen Zeit bei diesen Andeutungen belassen.

Ein letzter Punkt, und dann möchte ich schließen, ist die Frage nach der Rolle der Regimekritiker beim Zerfall des Ostblocks. Die ist in der Tat, wie ich finde, keinesfalls zu unterschätzen, weil nichts doch diese Stabilität des Ostblocks so gefährdet hat, wie 1980/81 das Aufkommen von Solidarnosc in Polen. Man kann das auch sehr gut in der internen Korrespondenz der Ostblockführer nachlesen, dass die Sorge vor diesem polnischen Bazillus sehr viele, Honecker, Gierek, Kadar und andere, um den Schlaf gebracht hat. Das würde ich doch keinesfalls relativieren wollen.

**Uwe Mai:**

Ich werde nicht ganz in der Reihenfolge der Fragen antworten, hoffe jedoch, dass ich keinen Gesichtspunkt übersehe.

Die Frage nach Brandt, Solidarnosc, Walesa: Ich glaube, dass sich die polnische Botschaft hinsichtlich eines Treffens mit Walesa so abweisend gezeigt hatte, kam Brandt nicht ungelegen. Was sich daraus ergab: Brandt und seine Mitarbeiter versuchten statt dessen einen Briefwechsel mit Walesa zu etablieren. Es gab auch drei Briefe, die an Walesa geschickt wurden oder ferner beantwortet wurden. Aber das Erstellen der Briefentwürfe, die Klärung der Zuständigkeit, wer diese Briefe schreiben sollte, das Hin und Her, bis sie geschrieben waren – das waren ungemein schwere Geburten, bis man sich darauf einigen konnte.

Das geht aus dem Kontext ja schon deutlich hervor, dass man Schwierigkeiten sah, diesen politischen Dialog mit Bewegungen außerhalb der Regierungsparteien zu führen. Man wollte es. Man versuchte es. Und es gibt auch in den 80er Jahren einen Brief-

wechsel zwischen Willy Brandt und Rainer Eppelmann, der auf sehr konspirativen Wegen aufrechterhalten wurde. Die Stasi war heftigst bemüht zu wissen, welcher Pfarrer das denn nun sei, mit dem Brandt da korrespondiert. Aber sie kamen nicht dahinter. Also, da war auch von seiner Seite aus das Moment, Vorsicht walten zu lassen und niemanden zu gefährden, der es macht.

Sehr engagiert war er – das geht aber mehr in den Bereich der humanitären Hilfe – beispielsweise gegenüber der Tschechoslowakei, als es um Rudolf Battek ging, wo er den Brief sehr höflich formuliert hat, aber in der Aussage dann klar war: Wenn Vasyľ Bilak uns besuchen möchte, wäre ich doch froh, und das würde die Gespräche vereinfachen, wenn die Angelegenheit um Rudolf Battek geklärt wäre. Und erst als Rudolf Battek dann frei war, konnte dann Bilak zu Besuch kommen. Brandt hatte das auf dieser Ebene ausgetauscht.

Einen ganz interessanten Fall, wo man sieht, wie sich auch Nord-Süd mit Ost-West dann verknüpft in dieser Menschenrechtsfrage, will ich jetzt als ein Beispiel bringen: Der Fall einer westdeutschen Familie, die wegen Fluchthilfe in der Tschechoslowakei inhaftiert wurde. Die Kinder wurden wieder in den Westen abgeschoben, und Brandt sollte sich dafür einsetzen, dass diese Familie freigelassen wird. Da tat sich plötzlich der Gedanke auf, es gibt doch auch zwanzig tschechische Techniker, die von der UNITA in Angola festgehalten werden. Dann gibt es einen kurzen Briefwechsel, der allerdings nur sehr allgemein gehalten ist, und eine Zeitungsmeldung, dass zwanzig tschechische Techniker in Angola freigelassen worden sind, und hinten dran findet sich das Dankeschreiben jener Familie, dass sie jetzt aus der tschechischen Haft entlassen wurden.

Es gibt nur wenige Dokumente, die so etwas überhaupt nachweisen. Aber Brandt war sehr engagiert auch bei seinen Besuchen in den sozialistischen Staaten. Er hatte auch immer eine Liste dabei mit humanitären Fällen, die vor den Gesprächen abgeklärt wurden. Sein Büroleiter hat sich der Sachen dann angenommen. Auf dieser Ebene war er schon engagiert, aber mit den politischen Bewegungen hatte er durchaus seine Schwierigkeiten.

Was Herr Potthoff „samtpfötig“ genannt hat, trifft auch in manchen Bereichen zu. In Redeentwürfen findet man, dass dort Robert Havemann auftauchte, der dann von Brandt wieder herausgestrichen wurde, so bei einer Rede in Budapest 1985. Was sich daraus schließen lässt, ist, dass er da keine Konfrontation wollte.

Zum Verhältnis zwischen Willy Brandt und Bundeskanzler Kohl beim Prozess der deutschen Einheit: Da gab es häufige Treffen. Es gab auch einen Austausch, aber nur

bis zu einer gewissen Ebene. Man hat sich gegenseitig informiert, welche Gespräche man geführt hat, man hat auch die Briefwechsel dem anderen zukommen lassen. Beispielsweise vom Gespräch Brandt-Gorbatschow im Oktober 1989 in Moskau bekam Helmut Kohl durchaus eine Kopie des Gesprächsvermerkes.

Zu anderen Treffen mit Brandt zum 10-Punkte-Programm von Kohl fehlen leider die Unterlagen, um das genau nachzuweisen. Man weiß, wann sich Brandt mit Kohl getroffen hat und wie oft sie sich getroffen haben, aber nicht, was sie beredet haben. Ich glaube, dass Brandt eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte, weil er durchaus eine hohe Glaubwürdigkeit besaß und das auch manche Situation ermöglichte. Ich erinnere da an das *Newsweek*-Interview, in dem Kohl einen Vergleich von Gorbatschow mit einer führenden NS-Größe (Joseph Goebbels) vornahm, was wiedergutzumachen ziemlich viel Arbeit gekostet hat, auch von Egon Bahr, was aus dem Schriftwechsel hervorgeht.

Die Frage des Zusammengehens der beiden Arbeiterparteien, da wird Brandt 1989 deutlicher. In der Frühphase 1985 hält er sich da sehr bedeckt. Man kann es aus seinen Äußerungen herauslesen. Aber 1989 wird es deutlicher, wo eine kurze Zeit diese Hoffnung aufkeimte, was dann aber sehr schnell wieder von der Tagesordnung eingeholt wurde, als sich zeigte, dass sich die sozialistischen Staatsparteien auch nicht an der Regierung halten konnten.

Ich hoffe, dass ich jetzt alle Fragen berücksichtigt und nichts übersehen habe, und wenn ich etwas übersehen haben sollte, geschah es nicht mit Absicht.

### **Heinrich Potthoff:**

Einige ganz kurze Bemerkungen möchte ich machen.

Die erste: Wir sollten unterscheiden zwischen Funktion, Mittel und Methoden. Das ist ganz entscheidend, ob man Regierungspartei ist, die Regierung stellt oder was danach ist. Das sind erst einmal die Funktionen. Eine Oppositionspartei hat es einfacher, und sie ist offener. Sie hat andererseits nichts Finanzielles zu bieten, wie den Abzug sowjetischer Streitkräfte mit Geld zu erkaufen.

Der zweite Punkt, bezogen auf Osteuropa: Ich denke, das ist auch ein Erbe der ersten Ostpolitik, die Fixierung auf Moskau. Es war nicht nur das Gouvernementale. Es war vorher das Erfolgsrezept – der Schlüssel in Moskau, und von da aus blieb man immer auf Moskau zentriert. Die Polen sagten dazu: Ja, wir sind ja schon glücklich, wenn einer 'mal zwischenlandet. Deswegen wird bis heute auch bei uns viel zu gering geschätzt,



was von den Gesellschaften und Bewegungen in den Randstaaten auf den Weg gebracht wurde.

Die dritte und letzte Bemerkung: Willy Brandt ist als ein so herausragender und so bekannter Politiker auf der Weltbühne natürlich auch immer eine Symbolfigur gewesen. Und dann reichen nicht nur die Listen, die auch andere mitgebracht haben für humanitäre Fälle. Man ist auch etwas mehr gefordert. Und er wusste das auch. Als das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau eingeweiht werden sollte und da gab es Schlaglöcher vor dem Gebäude, wurde die Straße noch am Tag vorher gemacht. Diese kleine Episode unterstreicht ein bisschen seine Bedeutung. Ich denke, da darf man ruhig kritische Fragen stellen.

Dass er dann in der Umbruchphase 1989/90 so angesehen war, hat, glaube ich, mit zwei Dingen zu tun. Er stand für so etwas wie einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Deswegen wurde er zum Mythos für viele bei uns und in der Welt. Und der Traum vom dritten Weg einer freiheitlichen, friedlichen, gerechten Gesellschaft war genau das, was in dieser Umwälzungsphase viele auch von den Bürgerrechtsbewegungen unheimlich motiviert hat.

**Dieter Dowe:**

Meine Damen und Herren, wir haben ungefähr eine Viertelstunde überzogen. Ich glaube aber, die vielen interessanten Wortmeldungen haben das gerechtfertigt. Ich verzichte auf eine Zusammenfassung nicht nur aus zeitlichen Gründen, sondern, weil wir jetzt einen Vortrag von Helga Haftendorn hören, „Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik – Brücken bauen in der *einen* Welt“, in dem viele dieser Fragen, die wir jetzt angesprochen haben, mit spezifischer Fokussierung noch einmal präsentiert werden.

*Helga Haftendorn*

## **Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik – Brücken bauen in der *einen* Welt**

Wir haben heute eine Reihe von Vorträgen gehört über die Person, über die Politik und die Außenpolitik Willy Brandts. Vor allen Dingen ist hingewiesen worden auf seine Lebensleistung, die Deutschland- und Entspannungspolitik, für die er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Um der Menschen im geteilten Deutschland willen strebte er einen Modus vivendi mit der DDR und den Staaten Mitteleuropas und der Sowjetunion an. Als sich 1990 die Möglichkeit der deutschen Vereinigung bot, unterstützte er – anders als viele seiner Enkel – die Vereinigung vorbehaltlos.

Ich würde noch eine zweite Leistung nennen – und da hätte ich mir eigentlich erwartet, dass sie bei Einhart Lorenz noch etwas stärker auftaucht als bei den anderen. Das ist das bei Willy Brandt in seinem Leben angelegte Bemühen, die Glaubwürdigkeit des neuen Deutschland zu vertreten, nach außen zu vertreten, Deutschland nach außen wieder zu einem respektablen Partner zu machen (Symbol Kniefall in Warschau). Das scheint mir ein durchgängiges Bemühen gewesen zu sein, und ich erwähne es hier, weil es meines Erachtens heute noch nicht so richtig herausgekommen ist.

Aber eine derartig vielgestaltige, differenzierte und auch wandlungsfähige Persönlichkeit wie Willy Brandt lässt sich nicht auf zwei besonders hervorragende Leistungen reduzieren. Seit der Emigration in Schweden – und da stimme ich Einhart Lorenz zu: Schweden ist sozusagen die Wiege des außenpolitischen Denkens von Willy Brandt – dann als Regierender Bürgermeister, als Außenminister und als Bundeskanzler, als Präsident der Sozialistischen Internationale hat Brandt regen Anteil an der Außen- und internationalen Politik genommen. Mit einer Vielzahl von, wenn auch nicht immer von ihm entwickelten, so doch von ihm entschieden geförderten Denkmodellen und Initiativen hat er die operative Politik nachhaltig beeinflusst.

Welche Gebiete waren das? Es gibt ein sehr schönes Dokument in den Akten zur Auswärtigen Politik aus dem Jahr 1968 und zwar das Protokoll über das außenpolitische Kolloquium in Heimerzheim, das damals unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger stattgefunden hat. Brandt hielt dort den einführenden Vortrag über die Außenpolitik der Großen Koalition und seine Politik als Außenminister. Er nannte sechs Gegenstandsbereiche, und ich wiederhole sie hier in der Reihenfolge, wie sie Willy Brandt

dort 1968 genannt hat. Erstens: Europa. – Der Kollege vorhin hat völlig recht gehabt mit seiner Feststellung des Defizits. – Zweitens: Bündnis. Drittens: Ost- und Entspannungspolitik. Viertens: Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands. Fünftens: Nichtverbreitungsabkommen. Sechstens: Politik gegenüber der Dritten Welt. Ich möchte mich hier im Wesentlichen an diese Gliederung halten – oder vielmehr möchte ich mich an diese Punkte halten, nicht ganz an die Reihenfolge.

Wir haben sehr viel gehört über die deutschlandpolitischen Vorstellungen, die sich veränderten in Abhängigkeit von der internationalen Situation. Ich stimme Ihnen sehr zu, Herr Potthoff, dass man sehen muss, in welchem sowohl innerparteilichen als auch innergesellschaftlichen und internationalen Rahmen Brandt bestimmte Schritte gemacht hat. Wenn ich nach dem durchgängigen Ziel Brandts in der Deutschlandpolitik frage, war das langfristige Ziel ein einheitliches demokratisches und, wenn möglich, sozialdemokratisches Deutschland in einer europäischen Föderation. Der Satz stammt aus der Stockholmer Zeit, da sagte er noch „sozialistisches Deutschland“.

Herr Heimann hat über Berlin gesprochen. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatte für Brandt die Sicherung der Stadt Vorrang. Dies erforderte die enge Bindung West-Berlins an die Bundesrepublik, um zu verhindern, dass dieses „auf niedriger Flamme gargekocht“ wurde; unerlässlich war auch das Bündnis der Bundesrepublik mit den westeuropäischen Demokratien und den USA: durch Europarat, EGKS, NATO und EWG. Hier unterschied sich Willy Brandt von Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, welche die Westintegration aus Sorge um die Einheit Deutschlands ablehnten.

Als Regierender Bürgermeister suchte Brandt nach Möglichkeiten, um Teilung und Trennung erträglicher und die Mauer durchlässiger zu machen. Diesem Zweck dienten z.B. die Passierscheingespräche. Gleichzeitig trat er für eine allmähliche Auflockerung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten ein. Egon Bahr hatte dafür die griffige Formel gefunden: „Wandel durch Annäherung“.

Besonders nach 1961, nach dem Bau der Mauer, gewann die Frage der Relation von Stabilität und Veränderung besonders an Bedeutung. Ich meine, dass dies ein durchgängiges Thema war, das ich selbst auch noch nicht voll überblicke bzw. wo ich auch noch nicht weiß: Wo waren die Knackpunkte, wo waren die Veränderungen? Wann hat Stabilität, wann hat Veränderung den Vorrang? Wie hing beides zusammen? Ich meine, dass beides für Brandt stets wichtig war, dass sich aber diese Verknüpfung, die ganz konkrete Verknüpfung, über die Zeit geändert hat.

Noch nicht erwähnt worden ist aus der frühen Zeit: Die beiden sehr interessanten Reden von Willy Brandt in Harvard 1962 über „Koexistenz: Das unausweichliche Wagnis“. Er sprach von einer Koexistenz zwischen den Blöcken, um die Konfrontation zu entschärfen, als Miteinander, nicht als feindliches Gegeneinander. Brandt hat dieses Thema in der *New York Times*, dann ähnlich auch in seinem Buch „Koexistenz – Zwang zum Wagnis“ dargelegt. Das waren Gedanken, die sehr schnell parallel liefen zur amerikanischen Détente-Politik, die sich nach der Kuba-Krise mit der Hotline, dem Teststoppabkommen und später 1967/68 mit dem Nichtverbreitungsvertrag entwickelten. Wenn man sagt, Koexistenz war sozusagen die weltpolitische Dimension, die Überwölbung der Bipolarität durch Koexistenz, dann sehe ich als europäisches Pendant dazu das Konzept der europäischen Friedensordnung. Ich werde darauf im Einzelnen eingehen.

Dieses Konzept der europäischen Friedensordnung ist für mich eine der durchgehenden Linien im Denken Willy Brandts. Von dieser gedanklichen Basis aus konnte er nach dem Fall der Mauer eben auch die deutsche Vereinigung bedenkenlos bejahen, wenn diese im Konsens mit den Nachbarn und den ehemaligen Siegermächten verwirklicht würde. Ich gehe jetzt nicht näher auf die Deutschlandpolitik ein, sondern auf die Bedeutung Europas, die für Brandt in der Tat sehr entscheidend war.

Die Stärkung Europas war der zweite Kernpunkt im außenpolitischen Denken und Handeln von Willy Brandt. Seine langfristige Deutschlandpolitik bliebe unvollständig ohne seine Überlegungen zum Zusammenwachsen Europas. Allerdings fällt auf, dass sich dazu kaum programmatische Aufsätze von ihm finden. Jedenfalls habe ich bei meiner Suche für diesen Vortrag keinen gefunden. Es gibt ein paar Reden, es gibt ein paar Notizen, es gibt auch Aktenvermerke, die zum Teil in den Akten zur Auswärtigen Politik enthalten sind – und sicher kommen einige dann auch in die Bände der Berliner Ausgabe hinein. Aber wahrscheinlich hängt das damit zusammen, dass für Willy Brandt Europa kein Selbstzweck war, kein eigenständiges Ziel, vielmehr ein Gefäß oder der geografische und politische Ort, in dem Deutschland eingebettet und verankert werden sollte. In Band 5 der Berliner Ausgabe finden wir ja den Satz von Brandt: „Deutschland in Europa, Deutschland mit Europa.“ Das sagt etwas zu der konzeptionellen gedanklichen Einordnung. Als Regierender Bürgermeister, als Außenminister und als Bundeskanzler hat Willy Brandt eine sehr aktive Europapolitik betrieben.

Ich möchte jetzt nicht unbedingt noch einmal auf die Stockholmer Überlegungen zurückgreifen, aber ich sehe relativ nahtlos eine Entwicklung: Deutschland in Europa – angedacht in Stockholm – im Rahmen einer europäischen Föderation, dann in der

Berliner Zeit Schaffung eines einheitlichen Europas auf demokratischer und sozialistischer Grundlage. Brandt sagte 1948: Von den heutigen Bedingungen aus für die europäische Einheit wirken, im Kampf um ihre Verwirklichung so viel sozialistische Auffassung wie möglich erwirken. Mit diesem Argument hat er damals ja auch den Beitritt zum Europarat und zum Ruhrstatut im Gegensatz zu Schumacher vertreten.

Sehr viel intensiver setzte sich Brandt aber mit Erich Ollenhauer auseinander. Noch zu Lebzeiten Kurt Schumachers begannen die Diskussionen und Verhandlungen über die EGKS (Montanunion), die später gescheiterte EVG und den Deutschlandvertrag; nach Schumachers Tod 1952 gingen die harten Auseinandersetzungen um die Westverträge weiter, die Brüsseler und Pariser Verträge 1954, die schließlich 1955 in Kraft traten. Für viele Sozialdemokraten ist wahrscheinlich erstaunlich: Willy Brandt hat die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO nachdrücklich befürwortet. Er band sie an zwei Voraussetzungen. Die eine Voraussetzung war – wiederum das Aufnehmen eines Gedankens, den man schon bei Schumacher findet – die deutsche Gleichberechtigung. Deshalb war Brandt gegenüber der EVG skeptischer und kritischer eingestellt, jedenfalls in Detailfragen, als zum NATO-Beitritt. Zweitens forderte er eine Revisionsklausel, damit im Falle einer Wiedervereinigung eine gesamtdeutsche Regierung in ihrer Entscheidung frei bliebe. Im Falle einer Wiedervereinigung sollte die Bundesrepublik die Möglichkeit haben, dann aus dem Bündnissystem aussteigen zu können, wenn eine solche Mitgliedschaft einer Wiedervereinigung im Wege stünde.

Diese Position hat sich sicher verändert, nicht verändert hat sich aber die positive Einstellung von Willy Brandt zur europäischen Integration und zur Europapolitik im Allgemeinen. Sie, Herr Winkler, haben besonders darauf hingewiesen, dass die Westintegration für Willy Brandt das Fundament gewesen ist, „der sichere Boden, auf dem Brandt zwischen 1969 und 1973 die Öffnung nach Osten vollzieht.“ Er sagte bereits in Berlin als Regierender Bürgermeister und SPD-Kanzlerkandidat: Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur westlichen Gemeinschaft dürfe nicht auch nur eine Sekunde in Zweifel gezogen werden. Auch eine sozialdemokratische Regierung werde sich selbstverständlich an die gültig geschlossenen Verträge halten. 1960 war das.

In der Zeit als Außenminister der Großen Koalition spielte daher die Europapolitik eine sehr große Rolle, und zwar drei Aspekte: Das eine war die Erweiterung der EWG um Großbritannien und die skandinavischen Länder. Das zweite war die Währungspolitik, und das dritte – angestoßen durch einen italienischen Vorschlag, auch durch französische Überlegungen – war die Vorstellung, dass Europa auf dem Gebiet der technologi-

schen Entwicklung die Kluft zu den Vereinigten Staaten überwinden und dass es technologisch enger zusammenarbeiten müsse.

Ich möchte aus Zeitgründen auf das Verhältnis zu de Gaulle nicht näher eingehen, obwohl es sehr interessant ist, da Brandt einerseits Sympathie für de Gaulles Konzept des Europas der Vaterländer hatte. Auf der anderen Seite stand er natürlich in Opposition zu de Gaulles Europapolitik, vor allen Dingen nachdem Frankreich zweimal den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften blockiert hatte. Für Brandt war die Erweiterung aus zwei Gründen wichtig. Zum einen symbolisierte die Erweiterung für ihn eine engere Verbindung der westlichen Demokratien. Für ihn war England das Mutterland der Demokratie, und er sah die skandinavischen Staaten mit ihren wohlfahrtsstaatlich-demokratischen Strukturen als vorbildlich an. Er ging davon aus, dass beide Staatengruppen die Gemeinschaft bereichern, neue Elemente hineinbringen und sie lebensfähiger machen würden. Dann kam noch ein Aspekt dazu, der sehr früh bei Willy Brandt auftauchte, dass nämlich nach der Erweiterung die Stellung Europas in der Welt sehr viel stärker sein würde. Das bedeutete für ihn – trotz seiner engen Bindung an Amerika – auch die Stärkung der Stellung Europas im Diskurs mit den Vereinigten Staaten.

Das zweite Konzept neben der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften – Vertiefung nicht in dem Sinne, wie es dann später im Hinblick auf die politische Union gemeint ist; das taucht erst später auf – war das Konzept der Europäischen Friedensordnung als langfristige Orientierung für die deutsche Frage. Brandt verstand darunter eine solche Ordnung, die den Kalten Krieg und die politische Spannung überwinden sollte durch erstens völkerrechtlich verbindliche Gewaltverzichtserklärungen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten, in welche auch die aus der Teilung Deutschlands resultierenden Fragen einbezogen würden, zweitens den Verzicht auf Atomwaffen und drittens einen ausgewogenen, gleichwertigen Abbau des Truppenniveaus. Man hat damals in den 1960er Jahren von den drei V's der Politik Willy Brandts und der SPD gesprochen: Verzicht auf Gewalt, Verzicht auf Nuklearwaffen oder deren Weiterverbreitung, und Verminderung der Truppen.

Was für mich sehr interessant war, und wo Merseburger grundfalsch liegt, ist, dass Willy Brandt keinen Anteil am Harmel-Bericht hatte. Der Harmel-Bericht enthielt als Quintessenz die Aussage über die Kompatibilität von Sicherheit und Entspannung als den zwei Säulen, auf die sich die europäische Sicherheitspolitik stützen sollte. Willy Brandt hat zwar den belgischen Außenminister Harmel einmal angehört, und Klaus

Schütz als sein Staatssekretär ist in den Sitzungen dabei gewesen. Brandt bemühte sich nachher, als es am Ende des Jahres 1967 zum Konflikt kam, auch ein bisschen vermittelnd bei den Franzosen zu wirken. Aber konzeptionell hatte er keinen Anteil. Ich habe auch nur ganz wenige Male und zeitlich erst sehr viel später Hinweise darauf gefunden, dass Brandt auf den Harmel-Bericht als eine Stütze oder als einen Baustein seiner Politik einging.

Darüber habe ich sehr detailliert gearbeitet. Ich glaube, ich kenne jedes Papier fast bis aufs Komma. Insofern wäre mir das aufgefallen. Aber mir fällt auf, dass es bei Willy Brandt irgendwie fehlt. Truppenverminderung, Signal von Reykjavik: Da war er aktiv dabei, auch weil er als Außenminister das ja mit zu vertreten hatte auf der NATO-Sitzung in Reykjavik. Aber am doch wichtigeren Harmel-Bericht war er nicht beteiligt. Einen anderen Gedanken nahm er jedoch schon sehr früh auf: den östlichen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz. Egon Bahr hat ihm als Planungschef des Auswärtigen Amtes dazu Überlegungen ausgearbeitet, die die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ – wie sie seit 1973 offiziell genannt wurde – in den Gesamtrahmen seiner Deutschland- und Entspannungspolitik einpasste.

Partner zu der Zeit als Außenminister waren im Hinblick auf die Europapolitik zum einen Italien. Es gab sehr viele Gespräche zwischen Brandt und dem italienischen Außenminister Fanfani, und er sagte einmal (1968): Ja, wir wollen uns nicht nur über Ost-West-Beziehungen unterhalten, sondern wir müssen auch über Europa sprechen, über Erweiterung und technischen Rückstand. Zum anderen waren es die Niederlande. Das waren die beiden Länder, mit denen Brandt versucht hat, Koalitionen zu bilden und die Franzosen vielleicht doch noch ins gemeinsame Boot zu kriegen. Die Erweiterungsdiskussion begann dann, nachdem de Gaulle zurückgetreten war, mit dem Frankreich Pompidous.

In der Zeit als Bundeskanzler gab es dann zwei europapolitische Stränge. Der erste Strang war die wirtschaftliche und – das kam nun hinzu – die politische Einigung Europas auf der Grundlage einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit. Brandt hat das 1973 genannt *entente élémentaire*. Er griff damit das Wort von Pompidou auf, die *entente essentielle*. Wichtig ist, Herr Kuper hat vorhin darauf hingewiesen, der Europagipfel in Den Haag Ende 1969, bei dem die Erweiterung und Vertiefung der EWG als Gemeinschaft der westlichen Demokratien beschlossen wurde.

Brandt hat sich aber bei aller Konzentration auf die Erweiterung um Großbritannien, Dänemark und Norwegen immer auch dafür eingesetzt, das Verhältnis zu den anderen

EFTA-Staaten so zu strukturieren, dass diese Staaten in eine engere Verbindung zu dem Kern Westeuropas kommen. Das ist besonders interessant im Hinblick auf Österreich. Für Österreich gab es ja das Problem Südtirol, und die Italiener waren dagegen, die Österreicher näher an die EG heranzuholen. Brandt versuchte, den Österreichern die Assoziierung etwas zu erleichtern, indem er einerseits mit Fanfani redete und andererseits mit den Österreichern und sagte: Also, Ihr müsst 'mal sehen, dass es nicht mehr diese Attentate in Südtirol usw. gibt; das ist Euch wohl ein bisschen aus der Hand geglitten. Da müsst Ihr die Voraussetzungen schaffen, damit Ihr auch bei den südeuropäischen Nachbarn willkommen seid in Europa.

Es kam hinzu die Überlegung zur – heute würde man sagen – Finalität der Gemeinschaft. Aus der Wirtschaftsgemeinschaft sollte eine politische Union werden. Brandt nahm in seiner Regierungserklärung 1973 einen Vorschlag von Pompidou auf: Das Ziel einer europäischen politischen Union durch Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Brandt hatte schon zuvor erklärt, die erweiterte Europäische Gemeinschaft müsse nach innen und nach außen handlungsfähig werden. Um das vorzubereiten, forderte er nun eine verstärkte politische Zusammenarbeit, die Gründung der EPZ als Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Und – auch das war neu – er forderte ein direkt gewähltes Europäisches Parlament. Das dauerte dann zwar noch eine ganze Weile, aber das war bereits in der Regierungserklärung 1973 angelegt. Also, großer europapolitischer Elan Anfang 1973.

Dann kamen aber die Ölkrise, der Nahost-Krieg und die Währungsturbulenzen, so dass aus diesem Ansatz nicht sehr viel wurde. Vor allen Dingen deshalb, weil sich erneut ein amerikanisch-französischer Gegensatz in der Ölkrise herausbildete. Die Bundesregierung versuchte mit den Franzosen und mit den Amerikanern in der Ölkrise partnerschaftlich umzugehen, indem sich die Bundesrepublik sowohl an dem von Frankreich initiierten europäisch-arabischen Dialog beteiligte als auch an der Washingtoner Energiekonferenz teilnahm. Sie versuchte so ein bisschen Bindeglied zwischen beiden zu sein.

Eine weitere Aufgabe war – und das war der zweite europapolitische Strang –, Ost- und Westeuropa in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu bringen. Brandt sprach als Außenminister davon, dass Koexistenz, Entspannung, Kooperation erreicht werden sollten über die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und schließlich durch die Fortentwicklung desselben zu einer europäischen Friedensordnung. Das sei nach zwei Modellen denkbar: Entweder über ein Weiterbestehen der gegenwärtigen Bündnis-



se, „die in ein bestimmtes Verhältnis zueinander gebracht werden müssen oder über eine stufenweise Ablösung von NATO und Warschauer Pakt, indem etwas Neues an ihre Stelle gesetzt wird ohne Einbuße an tatsächlicher Sicherheit.“

Ich meine, von Bedeutung ist noch, dass Brandt sehr stark die gemeinsamen Interessen Europas betonte und von der Identität Europas sprach. Das war ein Gedanke, der dann in den amerikanisch-europäischen Beziehungen eine Rolle spielte, als Kissinger im April 1973 den Vorschlag machte, eine neue Atlantik-Charta abzuschließen. Als Folge der Spannungen nach der Ölkrise setzten sich die Europäer jedoch zusammen und sagten: Wir müssen uns erst einmal klar darüber werden, was wir eigentlich wollen. Es kam daher im Dezember 1973 zu der Kopenhagener Erklärung über europäische Identität. Und ein halbes Jahr später folgte eine weitere Erklärung über transatlantische Beziehungen. Ich finde sehr wichtig die Vorstellung Brandts von einem Europa mit eigener Identität, mit eigenen Interessen und daraus resultierend mit einem eigenen Gewicht in der Weltpolitik, das sich aber nicht gegen eine andere Nation stellt.

Sehr früh hat Willy Brandt die Bedeutung der Westbindung erkannt, bereits Anfang der 1950er Jahre. Das ist bereits gesagt worden. Diese aktive Politik der Westbindung hatte außerdem das Ziel, Vertrauen zu gewinnen, und zwar Vertrauen zu gewinnen bei den Partnern im Westen – das sind die Westeuropäer und die Amerikaner – durch Anpassung der Politik. Daraus wurde eine Angleichung an die Status-quo- und die Détente-Politik der Verbündeten. „Uns nicht isolieren und uns nach Möglichkeit auch nicht isolieren lassen“, wie Brandt 1967 formulierte. Denn wir hatten ja Mitte der 1960er Jahre eine Situation, in der die Bundesrepublik Gefahr lief, in die internationale Isolierung zu geraten. Zunächst waren es 1966 die Amerikaner mit der Rede von Präsident Johnson, der dazu aufrief, „Brücken nach Osteuropa zu schlagen.“ Dazu kam der amerikanisch-sowjetische Entwurf eines Nichtverbreitungs-Abkommens. Dann die verschiedenen Vorstöße der Belgier, der Dänen mit Polen und anderen Staaten im Ostblock, Entspannungsbeziehungen über die Trennlinie hinweg zu knüpfen. Schließlich die beiden Reisen von de Gaulle, die Reise nach Moskau, dann nach Polen, wo sich der französische Staatspräsident zum Sprecher Westeuropas machte und zwar eines Westeuropas, das an Entspannung der Beziehungen in Europa interessiert war. Die Bundesrepublik drohte in die Isolierung zu geraten, und Brandt plädierte für eine Anpassung an die Entspannungspolitik der Westmächte.

Ich habe bereits auf die Bemühungen um die Beziehungen zu den Partnerstaaten Westeuropas hingewiesen, nicht nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften,

sondern auch bilateral. Heikel oder interessant war auch die Haltung gegenüber Portugal und Spanien. Salazar in Portugal, Franco in Spanien: Brandt befürwortete vorsichtige Kontakte mit beiden; er riet zur Vorsicht im Hinblick auf die Waffen- und Rüstungslieferungen nach Portugal, vor allen Dingen aufgrund der Kolonialpolitik. Es gab dann parallel dazu auf Parteibasis die Beziehungen zu den sozialdemokratischen, sozialistischen Führern sowohl Portugals als auch Spaniens – Mario Soares und Felipe Gonzales. Es galt, diese als demokratische Elemente in ihren Länder zu stärken und ihnen den Weg nach Europa zu öffnen.

Der andere Strang der Westbindung betraf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Die Beziehungen zu den USA, deren Notwendigkeit Brandt als Regierender Bürgermeister in Berlin ja hautnah erlebt hatte – darauf brauche ich hier nicht einzugehen –, wurden in den 1970er Jahren durch drei Konflikte belastet: Vietnam, die Entwicklung im Nahen Osten und die Währungs- und Energieprobleme.

Der Vietnam-Krieg ließ sich schon lange nicht mehr mit der Verteidigung der Freiheit Berlins rechtfertigen. Es ist aber auffallend, dass Brandt eine offen kritische Stellungnahme vermied. Er drückte sich sehr abgewogen, ambivalent aus, ganz anders als die SPD oder gar die Jusos.

Der Nahost-Krieg war ein weiteres Problem. Für die Bundesrepublik kollidierten beim Yom-Kippur-Krieg 1973 einerseits die aus historischer Schuld geborene Verpflichtung zur Unterstützung Israels und andererseits das Interesse an einer ungestörten Versorgung mit Öl sowie an der Fortsetzung der traditionell guten deutschen Kontakte mit der arabischen Welt. Ich möchte darauf hinweisen, dass die arabischen Staaten 1973, nachdem sie die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik im Mai 1965 in Reaktion auf die Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen abgebrochen hatten, in ihrer Mehrzahl gerade wieder Beziehungen mit Bonn anknüpften und versuchten, diese aus ihrer Sicht positiv zu gestalten. Positiv, indem sie möglichst viel Geld aus der Bundesrepublik heraus zu quetschen suchten, die mit der DDR konkurrierte, seit Ulbricht im Februar 1965 Ägypten besucht hatte.

Die Frage der Nahost-Politik war schwierig für Brandt und für Deutschland – die Frage, wie die Beziehungen gestaltet werden, wo die Präferenzen liegen sollten. Es war ganz interessant, wie er in einer ganz konkreten Situation verfuhr. Die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland hatten hier ja erhebliches Material gelagert, und sie stellten einiges davon Israel zur Verfügung. Israel hatte Schiffe nach Bremerhaven entsandt, um das amerikanische Material aus der Bundesrepublik abzuholen. Das wurde durch den

„Spiegel“ und andere Publikationsorgane publik gemacht. Damit wurde die Neutralität der Bundesrepublik im Nahostkonflikt nachhaltig verletzt, in gewisser Weise auch der Truppenvertrag berührt, weil größere Bewegungen nach dem Truppenvertrag mit der Bundesregierung hätten abgestimmt werden müssen. Brandt zögerte, nicht weil er unentschlossen gewesen wäre oder keine Führungsstärke besessen hätte, sondern ich meine, es war ganz berechnend, dass er mit einem offiziellen Protest an die Amerikaner solange zögerte, bis die Schiffe sozusagen abreisebereit in Bremerhaven lagen. Es gab dann doch noch einen Krach. Das kann man in den Akten schön nachlesen.

In der Folge des Nahost-Krieges war Brandt gezwungen, das Verhältnis zu Amerika zu definieren. Es gibt den Satz von ihm im Mai 1973, ich zitiere: „Die Amerikaner behandeln die Bundesrepublik wie eine europäische Kolonie.“ Er wies auch die Vorstellung Kissingers zurück, dass Europa die Rolle einer europäischen Regionalmacht spielen könnte, welche sich in das amerikanische globale Konzept einzufügen habe, sondern er plädierte für eine – ich zitiere – „emanzipierte Partnerschaft“ und „weltpolitische Mitverantwortung“. Das war selbstbewusst. Davon wollten aber Kissinger und Nixon nichts wissen. Die Amerikaner fragten einerseits nach der gemeinsamen Telefonnummer Europas, aber sie wollten andererseits bilateral mit den europäischen Staaten verhandeln. Diese Widersprüche liefen der Absicht Brandts zuwider, die deutsch-amerikanischen Beziehungen einvernehmlich zu gestalten. Hier wurden im Grunde Themen angerissen, Konflikte angesprochen, die wir auch heute noch haben, die also nicht etwas ganz Singuläres sind.

Es entstanden zusätzlich Spannungen mit Washington in Folge von Währungs- und Dollarkrise. Unter dem Druck massiver Dollarzuflüsse gab die Bundesregierung den Kurs der D-Mark frei und ließ diese gegenüber dem Dollar „floaten“. Währungs- und Ölkrise und die unterschiedlichen Prioritäten von Washington und Paris zwangen die Bundesregierung zu einem schwierigen Spagat. Durch Verhandlungen und persönliche Gespräche mit Pompidou und Nixon versuchte Brandt zu vermitteln. Dazu brachte er hervorragende persönliche Voraussetzungen mit: die Kenntnis Frankreichs aus der Zeit der Emigration und die Erfahrung als Regierender Bürgermeister von Berlin, dass die Lebensfähigkeit der Stadt sehr wesentlich vom Schutz durch die USA abhing.

Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler näherte sich Brandt sehr stark Überlegungen der Friedensbewegung an. „Der Spiegel“ fragte 1981 nicht sehr freundlich: „Brandt als Vorsänger der ‚Friedensbewegung‘?“. Mein ehemaliger Kollege und Freund Rix Löwenthal tadelte Brandt damals wegen seiner pazifistisch-neutralistischen Haltung, die

die Spannungen in der SPD vertieften. Ich habe das selbst miterlebt, als ich einer Kommission des SPD-Parteivorstandes angehörte, die die Resolution zum NATO-Doppelbeschluss auf dem Berliner Parteitag 1979 vorbereitete. Das war die Pawelczyk-Kommission. Brandt hat sich sehr gewunden, und als er dann von Helmut Schmidt gefragt wurde, „Du stimmst doch dafür, Du bist doch dafür, dass wir das jetzt so machen?“, da hat er nur genickt. Aber das hat Hartmut Soell eigentlich sehr viel ausführlicher und präziser beschrieben, als ich das jetzt kann. Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, auf Brandts Distanz zum NATO-Doppelbeschluss, auf seine Haltung dann beim Kölner Parteitag 1983.

Ich möchte in Anbetracht der Zeit nicht auf Einzelheiten der Politik gegenüber der Sowjetunion und auf die verschiedenen Phasen der Beziehungen zur Sowjetunion bzw. zu Russland eingehen, weil es genannt worden ist. Vielleicht sollte ich aber noch folgende Dinge kurz sagen:

Ich meine, seine Phase als „Kalter Krieger“ nach Prag 1948 hatte auch zu tun mit seiner Rolle in der Berliner SPD und seiner Rolle als politischer Ziehsohn von Ernst Reuter. Diese Beziehung zu Reuter hat meines Erachtens eine große Rolle gespielt.

Für den Bundeskanzler Brandt war eine Phase im Rahmen der Ostvertragspolitik sehr schwierig, die nach dem Abschluss des Moskauer und des Warschauer Vertrages eintrat: der Stillstand. Er hat dann auf zweierlei Art und Weise versucht, die Dinge wieder in Bewegung zu bringen, indem er zum einen Egon Bahr ermächtigte, Verkehrsverhandlungen mit der DDR – offiziell Sondierungsgespräche – zu führen, um die Verbindung zu erhalten. Zugleich hat er in Moskau auf Beschleunigung gedrängt. Aber dort gab es Bedenken einerseits gegen eine zu große deutsch-deutsche Nähe. Andererseits – was wahrscheinlich noch wichtiger war –, wollte Moskau Ost-Berlin weiterhin abhängig halten von der Sowjetunion. Auch aus diesem Grund hatte der Kreml kein Interesse daran, 1971/72 die DDR zum Vertragsschluss mit Bonn zu drängen.

In diesem Kontext – wohl auch mit Blick auf den Rücktritt 1974 – ist sicher ein weiterer Gesichtspunkt von Bedeutung. Wenn wir das Triumvirat in der SPD betrachten, so meine ich, ist die Konkurrenz zwischen Brandt und Wehner im Hinblick auf die Ost- und Deutschlandpolitik sehr ausgeprägt gewesen. Es gibt für die 70er Jahre eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass Wehner bei seinen Gesprächen mit Honecker in Ost-Berlin Dinge direkt konterkariert hat, die in Bonn gemacht wurden. Wehner hat auch versucht, Brandt in Moskau auszustechen. Da ist ja Verschiedenes an die Presse gegang-

gen: „Der Herr badet gerne lau – so in einem Schaumbad.“ Damit sprach Wehner Brandt öffentlich – und das in Moskau! – die Qualifikation als Regierungschef ab. Aber nicht nur die Innenpolitik, auch die USA – der Stand der Ost-West-Beziehungen und das Bemühen Kissingers, diese im amerikanischen Sinne zu steuern – steckten den Handlungsspielraum Brandts in der Ostpolitik eng ab.

Ich meine, dass heute zu wenig die Rolle Willy Brandts als Präsident der Sozialistischen Internationale erwähnt worden ist. Die Sozialistische Internationale, die ja in den 80er Jahren auf zwei oder drei Gebieten von Brandt initiierte Stellungnahmen abgegeben hat, z.B. zur Frage der Ost-West-Beziehungen, und eine samtpfötige gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Um noch einmal auf den gouvernementalen Zug der sozialdemokratischen Ostpolitik und deren große Distanz zu Solidarnosc hinzuweisen, zitiere ich Horst Ehmke: „Die ‚Solidarnosc‘ war Lech Walesa [...] offensichtlich aus dem Ruder gelaufen.“ Nach den Vorstellungen von Brandt und Bahr waren Reformschritte im Ostblock nur möglich, wenn sich die Machthaber nicht gefährdet fühlten: Transformation setzte Stabilität voraus. Brandt zeigte daher ziemlich wenig Verständnis für Dissidenten und Bürgerrechtler.

Auf einem Kolloquium der Nobelstiftung im Dezember 2001 ist Walesa gefragt worden, ob er bei seinen Bemühungen die Unterstützung von anderen Friedensnobelpreisträgern, z.B. von Willy Brandt und Henry Kissinger, erhalten habe. Er hat es geleugnet und nach meiner Erinnerung gesagt: „Die haben uns nur Knüppel zwischen die Beine geworfen“. Brandt hielt nicht viel von verbalen, schön tönenden Kraftakten, im Unterschied zum amerikanischen Präsidenten Carter. Stattdessen benutzte er den „Kanal“, also seine Kontakte über vertrauliche Mittelsmänner, um in Moskau zugunsten von Sacharow vorstellig zu werden.

Ich möchte noch eine Frage stellen in diesem Zusammenhang. Wäre ohne die Ostpolitik Brandts der Aufstieg Gorbatschows möglich gewesen? Herr Timmermann hat hingewiesen auf die kommunistische PCI und auf verschiedene andere Kontakte. Nach meinen Recherchen war es Georgi Arbatow, der den Kontakt zwischen Brandt und Gorbatschow hergestellt hat. Arbatow war ja in der Palme-Kommission dabei, und über die Palme-Kommission ist meines Erachtens auch das Konzept der gemeinsamen Sicherheit dann in die Denkwelt oder die Vorstellungswelt von Gorbatschow eingegangen.

Ich komme zum letzten Punkt vor meinen Schlussbemerkungen: Die Nord-Süd-Beziehungen. Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler, vor allen Dingen als Präsident der SI

und als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, ergänzte Brandt das Ziel der Entspannung und Friedenssicherung durch die Thematisierung der Kluft zwischen den reichen Industriestaaten des Nordens und den armen Ländern der Dritten Welt. In einer Rede vor der United Nations Association in New York setzte sich Willy Brandt 1978 für einen Marshall-Plan für die Dritte Welt ein. Außerdem veröffentlichte die Sozialistische Internationale verschiedene antiimperialistische Erklärungen (insbesondere des Menschenrechtskomitees).

Es fällt allerdings auf, dass Brandt sich nur sehr allmählich dem Nord-Süd-Thema zuwandte. Wenn ich mir die Schriften der 60er, der 70er und 80er Jahre ansehe, dann gibt es sicherlich Schilderungen von Reisen nach Asien, ungeheure Armut, grenzenloses Elend, Notwendigkeit westlicher Hilfe usw., auch viele Gespräche mit Staatsmännern der Dritten Welt, aber anscheinend ohne großes Engagement. Eine Ausnahme bildeten Israel und die arabischen Länder. Enge Kontakte unterhielt Willy Brandt schon früh sowohl zu den Führern der Arbeitspartei in Israel als auch zu den arabischen Staaten, die meist über Hans-Jürgen Wischnewski, Ben Wisch, liefen. Das war ja in vielen Fällen durchaus mit Brandt abgestimmt.

Ich möchte auf ein Dokument eingehen, das mit dem Namen von Willy Brandt verbunden ist, nämlich das Memorandum der Nord-Süd-Kommission „Das Überleben sichern“. Ich meine, dass es wenig konkret ist. Es bietet das Bild oder das Modell einer neuen Weltgemeinschaft, orientiert an den Zielen Frieden, Gerechtigkeit, Beschäftigung. Es wird gefordert: Entwicklung statt Zerstörung, Verhaltensänderungen, das Ende von Hunger und Armut als Voraussetzung für den Frieden in der Welt, eine neue Weltwirtschaftsordnung. Im Grunde ist es eine Aneinanderreihung von Schlagworten, von Worthülsen, die nicht konkretisiert werden. Ich meine, dass Willy Brandt das gesehen hat. Ich meine, dass das ein halbherziges Engagement von ihm war. Es gab keine begleitenden politischen Initiativen und Appelle. Und trotz der Einladung, trotz der Bitte anderer Regierungschefs und Führer, an dem Nord-Süd-Gipfel in Cancún 1981 teilzunehmen, nahm Brandt nicht teil. Ich gehe davon aus, dass er den Misserfolg oder die wenig ergiebige Grundlage, auf welcher der Nord-Süd-Gipfel stattfand, wahrscheinlich vorausgesehen hat.

Wir haben dann eine letzte Wende, aber keine dramatische Veränderung. Nach der deutschen Vereinigung, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, kehrte Willy Brandt wieder zurück zu der Beschäftigung mit den Vereinten Nationen. Die Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Fähigkeit zum Krisenmanagement, zum *peace keeping* und

*peace making*, unterstützte Brandt. Er befürwortete auch eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-Einsätzen und trat für eine von den Vereinten Nationen gestaltete Nach-Kalte-Kriegs-Ordnung ein.

Meine Zusammenfassung am Schluss möchte ich überschreiben mit: „Brücken bauen in der *einen* Welt.“ Ich berufe mich nicht so sehr häufig auf Helmut Kohl, aber Helmut Kohl hat als Bundeskanzler in seinem Nachruf auf Willy Brandt diesen als Brückenbauer gewürdigt. Ich meine, das trifft das Wirken Brandts präziser als fast jede andere Formulierung.

Am Anfang stand die Überwindung des Misstrauens zwischen einem Deutschland, das durch Krieg und Verfolgung große Schuld auf sich geladen hatte, und der westlichen Welt. Doch Brandt ging weiter: Ohne seinen Beitrag und denjenigen Egon Bahrs sowie vieler anderer wären Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den nuklear hochgerüsteten Militärblöcken in West und Ost, zwischen den antagonistischen Gesellschaftssystemen, nicht möglich gewesen. Ziel war langfristig die Errichtung einer europäischen Friedensordnung, die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Deutschlands in einem vereinten Europa.

Relativ spät, erst in seiner Zeit als Präsident der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, engagierte sich Brandt zugunsten der Überwindung der Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den reichen Industriestaaten und den armen Ländern der Dritten Welt.

Eine durchgängige Leitidee war die *eine* Welt, die UNO als Weltregierung. Internationale Politik als „Weltinnenpolitik“ – eine Leitidee, die bereits in der Stockholmer Emigration angelegt war, dann während des Ost-West-Konflikts vielleicht etwas zurücktrat. Am Ende dieses Ost-West-Konflikts, nach Beendigung der Konfrontation, kam bei Brandt wieder die Vorstellung, der Wunsch und die Hoffnung auf, die UN als Krisenmanager und Garanten internationalen Friedens zu sehen.

Schließlich eine letzte Bemerkung zum Verhältnis von politischen Ideen und praktischer Politik. Ich würde Brandt in dieser Hinsicht als einen pragmatischen Idealisten bezeichnen und sehe darin das Geheimnis seines Erfolgs.

## Diskussion

### Heinrich August Winkler:

Herzlichen Dank, Frau Haftendorn. Dies war die Bilanz von drei Jahrzehnten Brandt'scher Außenpolitik, eine Tour d'Horizon, wenn man so will, eine Akzentuierung von Problemen, auch von wiederkehrenden Problemen dieser Brandt'schen Politik.

Viele werden sich angesprochen gefühlt haben, insbesondere da, wo es um die Interpretation auch einzelner Dokumente ging. Sie haben ja selbst an einer markanten Stelle darauf hingewiesen, dass ihre Interpretation von der Merseburgers stark abweicht, wo es um die Frage geht: War Brandt konzeptionell beteiligt am Harmel-Bericht? Und da gibt es eine andere Kategorie von Fragen, die mehr in den Bereich der Interpretation und Einordnung reichen. Dies gilt etwa für das Stichwort der europäischen Identität, das man natürlich auch für jedes dieser Jahrzehnte noch einmal neu durchkonjugieren müsste.

In den 80er Jahren etwa hat Brandt, ich meine, es war 1983 oder 1984, das Stichwort von Peter Bender von der Europäisierung Europas aufgegriffen. Was hieß das damals in der Zeit der Hochrüstung der Ära Reagan? Es ist ja ein Stichwort, das zu ungeahnter Aktualität wieder gediehen ist unter ganz anderen weltpolitischen Bedingungen. Stichwort: Der letzte deutsch-französische Gipfel, der dazu einiges bekundet hat, wenn auch unter Nichtbenutzung dieses Begriffs der Europäisierung Europas. Aber was hat das damals in den 80er Jahren bedeutet, in einer Zeit, wo Egon Bahr auch wieder anknüpfte an seine Konzeptionen aus der Zeit der Großen Koalition hinsichtlich eines kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitssystems? Inwieweit waren die beiden in ihrer Beurteilung nahe beieinander, oder gab es da Abweichungen, wo es um diese großen Fragen der Zukunft Europas ging?

Sie haben auf einige dieser Probleme hingewiesen, und ich denke, wir haben in der verbleibenden Zeit die Chance, beide Kategorien von Fragen zu diskutieren, die quellenbezogenen, wobei die Bearbeiter einzelner Bände ja auf ihre archivalischen Funde vielleicht noch hinweisen können, und die anderen Fragen, die mehr die Einordnung einzelner Ereignissen betreffen.

Zu einem Punkt will ich nur bemerken, der Nord-Süd-Konflikt und die Rolle Brandts als Präsident der Sozialistischen Internationale, das wird uns noch beschäftigen, ich ver-



mute, in einem eigenen Workshop oder jedenfalls in einem Workshop, wo der entsprechende Band dann diskutiert werden wird.

**Helga Haftendorn:**

Vielleicht nur als kleine Anmerkung: Ich kenne die Dokumente des Willy-Brandt-Archivs nicht, da mir der Zugang nicht ermöglicht wurde. Ich habe von einer anderen Basis aus argumentieren müssen. Ich habe im wesentlichen die Akten zur Auswärtigen Politik und die Schriften Willy Brandts herangezogen.

**Heinrich August Winkler:**

Deswegen wollte ich auch mit dem Zaunpfahl winken. Vielleicht können ja die Bearbeiter, die die einschlägigen Akten kennen, etwas zu dem Disput zwischen Ihnen und Peter Merseburger sagen, wenn es auch zunächst sozusagen ein unilateraler Disput ist, weil Merseburger sich dazu noch nicht äußern konnte. Aber dies sind nur Anregungen. Wer möchte gern mit der Diskussion beginnen? Bitte schön, Frau Langkau-Alex.

**Ursula Langkau-Alex:**

Frau Haftendorn, ich bin sehr froh, dass Sie die Sozialistische Internationale in die Diskussion hineingebracht haben, und ich hoffe, dass das auch in einem der Bände stärker zum Ausdruck kommt. Denn gerade mit Hilfe der Sozialistischen Internationale ist der Demokratisierungsprozess über die sozialistischen Parteien in Portugal und in Spanien vorangetrieben worden. Es könnte auch sein, dass Brandt daran gedacht hat, dass die Sozialistische Internationale die verachtete deutsche Sozialdemokratie wieder aufgenommen hatte, die nach dem Krieg erst einmal aus den sozialistischen Organisationen ausgeschlossen war. Die Sozialistische Internationale hat Deutschland hereingeholt, und Brandt als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale holte diese Parteien wieder herein. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass das beachtet wird.

**Heinz Timmermann:**

Ich knüpfe hier gleich an. Frau Haftendorn, Sie haben erwähnt, dass Portugal, Spanien, auch Griechenland ja autoritäre Regime waren und dass die SPD, auch über die Friedrich-Ebert-Stiftung, in allen drei Fällen zur Unterstützung der Opposition beigetragen hat.

Ich glaube, es gab noch ein weiteres Element, das mitgewirkt hat, in diesen drei Ländern – in unterschiedlichen Phasen natürlich – die Tendenz weg vom autoritären Regime hin zur Demokratie zu stärken: die Attraktivität der Europäischen Union. Die Frankisten, die Salazar-Leute und die griechischen Obristen hatten einem solchen Modell, das ja aufblühte und sich erweiterte, nichts entgegenzusetzen.

Jetzt zu meiner Frage. Ich bin mir nicht sicher. Wir wissen, dass man auch in Ostmitteleuropa – Polen, Ungarn, Tschechien usw. und dann später in den baltischen Staaten – sehr genau beobachtete, wie sich die EG entwickelt, sich erweitert, sich demokratisiert und den Wohlstand mehrt. Man schaute sozusagen über die DDR hinweg. Es war die Rede von der Rückkehr nach Europa. Man schaute auch durchaus auf Spanien, Portugal und Griechenland, wie deren Weg hin zu dem EG-Europa verlaufen war. Die Frage ist jetzt – ich weiß es nicht –, war das auch Willy Brandt bewusst? Sie haben von der europäischen Friedensordnung gesprochen und allgemein der Sicherheitsordnung. Aber die Rückkehr nach Europa ist ja viel mehr. Ist von Willy Brandt – vielleicht in einer späteren Phase – erkannt worden, dass diese Länder den Wunsch und ein legitimes Recht haben, nach Europa zurückzukehren?

Ich möchte kurz noch etwas zur Vermittlung SPD, KPI, Arbatow sagen. Wahrscheinlich ist Arbatow senior gemeint. Es gibt ja auch Arbatow junior, den Stellvertreter Jawlinskijs in der Jabloko-Partei. Der Senior war bei der Palme-Kommission dabei. Das war dann aber in einer späteren Phase. Die Vermittlung zwischen SPD und KPdSU geschah ja bereits in den 70er Jahren, die Palme-Kommission trat etwas später zusammen. Hier ist es in der Tat so, wie Herr Flatten betont hat, dass die Ostpolitik via KPI – das war natürlich nur ein Pfad – der KPdSU-Führung nahegebracht werden sollte. Der andere Pfad war der, dass die KPI sehr stark für das eintrat, was ja auch die SPD bewegte, nämlich die Unterstützung der Reformbewegungen in Ostmitteleuropa. Das war im Grunde ein permanenter scharfer Konflikt auf den kommunistischen Konferenzen. Hierauf bezog sich auch die SPD-Doppelstrategie, nämlich mit den Regierenden zu reden und zugleich für die Oppositionellen und für die Freiheitsbewegungen einzutreten – nicht zuletzt über die KPI, die ja sozusagen innerhalb der Mauern des Weltkommunismus aktiv war, was von der KPdSU als besonders gefährlich angesehen wurde. Ich glaube, hieraus ergaben sich starke Konvergenzen zwischen SPD und KPI.

**Sebastian Braun:**

Frau Haftdorn, ich möchte auf die von Ihnen erwähnte Europapolitik Willy Brandts im Rahmen der europäischen Integration während seiner Kanzlerschaft zu sprechen kommen.

Was mich bei Ihrer Schilderung etwas stutzig gemacht hat, ist, dass Sie ein Bild geben von Willy Brandt als einem sehr pragmatischen, fast funktional agierenden Akteur im Rahmen der Westeuropapolitik. Das steht, wie ich meine, in einem starken Kontrast zu der ja doch sehr stark auch moralisch geprägten Ostpolitik Brandts, was wohl seine Chiffre findet in dem Kniefall in Warschau, oder zur Politik gegenüber Israel, als er z.B. während des zweiten Nahostkrieges – sogar am Rande der Legalität – die Lieferung von Rüstungsmaterial für Israel bewilligt. Ist für ihn die Frage der europäischen Integration tatsächlich eine so pragmatische im Sinne einer Anpassung gewesen, wie Sie es geschildert haben, oder auch in dem Sinne, dass es das Gewicht Westeuropas in der Welt zu stärken gilt? Oder gibt es darüber hinaus noch einen Aspekt, der für Willy Brandt in dieser Hinsicht wichtig war?

**Wolfgang Schmidt:**

Ich möchte kurz eingehen auf das Stichwort „eine Welt“. Sie hatten auch erwähnt Koexistenz und Transformation als die beiden Begriffe, die prägend für Brandts Ostpolitik waren – 1962 in Harvard vorgestellt.

Ich würde weitergehen und sagen, diese Begriffe lassen sich nicht nur auf seine Ostpolitik, sondern eben auch auf sein Engagement in der Nord-Süd-Frage ausdehnen. Im Übrigen hat er die Begriffe Koexistenz und Transformation sogar Mitte der 50er Jahre bereits verwendet im Zuge der ersten Entspannungsansätze zwischen den beiden Supermächten. Da sprach er schon davon, dass Washington und Moskau zum Sprechen miteinander gezwungen seien, weil eben die Gefahr eines atomaren Konfliktes bestehen würde. Gleichzeitig in dieser Zeit, in der er diese Begriffe Koexistenz und Transformation das erste Mal benutzt, spricht er auch von der großen Bedeutung der blockfreien Staaten, der neu in die Unabhängigkeit kommenden Staaten der später so genannten Dritten Welt. Den Begriff Transformation hat er übrigens übernommen von dem früheren SAP-Mitglied Fritz Sternberg, der 1955 ein Buch „Marx und die Gegenwart“ veröffentlichte und darin von einer weltweiten sozialistischen Transformation träumte. Sternberg, den Brandt aus dem Exil und aus der SAP kannte, stellt in diesem Buch quasi einen Mix aus Marx und Keynes vor. Brandt hat dieses Buch Mitte der 50er Jahre sehr

positiv rezensiert und den Begriff Transformation daraus übernommen. Auf der Basis der Koexistenz und der Suche nach gemeinsamen Interessen von Ost und West sah er die Möglichkeit der Überwindung des Systemkonflikts durch Transformation.

Den Bogen spannend zur Nord-Süd-Frage möchte ich Ihnen, Frau Haftendorn, in einem Punkt widersprechen. Sie haben gesagt, da stimme ich Ihnen durchaus zu, der Nord-Süd-Bericht sei wenig konkret gewesen. Das ist er sicherlich gewesen. Es war eine sehr gemischte Kommission sowohl mit sehr links eingestellten Mitgliedern als auch sehr konservativen Mitgliedern. Es wurde ja auch ein ganz breites Spektrum an Personen befragt, die bei den Tagungen der Kommission aussagten. Aber eines kann man nicht sagen, dass Brandt sich nicht voll engagiert hätte. Er hat diese Arbeit sehr ernst genommen, auch den Bericht. Er hat sich in der Zeit seiner Rekonvaleszenz – er ist ja Ende 1978 stark erkrankt – ausschließlich mit der Nord-Süd-Frage beschäftigt.

Zu Cancún 1981 ist ferner zu sagen: Brandts Teilnahme an diesem ersten Nord-Süd-Gipfel ist wohl nicht deshalb gescheitert, weil er daran nicht hätte teilnehmen wollen. Vielmehr gab es Widerstand von Seiten einiger Länder der Dritten Welt, denen die Vorschläge des Brandt-Reports nicht radikal genug waren. Es ist auch so gewesen, dass Brandt bereits ab Mitte 1979 in engstem Kontakt mit Bruno Kreisky, mit dem mexikanischen Staatspräsidenten Lopez Portillo und mit Helmut Schmidt sich sehr stark dafür eingesetzt hat, dass dieser Gipfel zustande kommt. Die Gipfelidee war Teil des Nord-Süd-Berichts und geht direkt auf Brandt zurück. Insbesondere über den deutschen Bundeskanzler hat er sich darum bemüht, dass möglichst viele westliche Staatsmänner in Cancún teilnehmen. Es kam schließlich dazu, dass Ronald Reagan und Margret Thatcher in Cancún anwesend waren, Helmut Schmidt wegen Krankheit absagen musste.

Insofern, glaube ich, muss man Ihre Kritik ein bisschen relativieren. Es ist gewiss angebracht, an einigen Vorschlägen der Brandt-Kommission erhebliche Zweifel anzumelden. Aber das persönliche Engagement Willy Brandts in der Nord-Süd-Frage in dieser Zeit und darüber hinaus während der ganzen achtziger Jahre war wirklich sehr groß. Dass er sich davor mit anderen Fragen viel stärker beschäftigt hat – Ostpolitik, Deutschlandpolitik – ist ganz klar.

**Gertrud Lenz:**

Mit Blick auf die Akten des WBA möchte ich Herrn Schmidt beipflichten. Das Engagement Willy Brandts in Nord-Süd-Fragen durchzieht sein gesamtes politisches Leben, von der Zeit des politischen Exils bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, dem Höhe-

punkt seines politischen Wirkens. Als Mitbegründer eines internationalen Arbeitskreises von Sozialdemokraten und Sozialisten und in Publikationen wie zum Beispiel *Efter se-geren* (Nach dem Sieg, 1944) entwickelte Brandt Konzeptionen für die internationale Ordnung nach dem Krieg, die auch eine Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen einschloss. Er entwickelte grundlegende Gedanken für den weltweiten Dekolonialisierungsprozess. Die Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit der Kolonialvölker stieß nicht auf Zustimmung der englischen Labour Party und der französischen Sozialisten, die sich mit Blick auf die Auswirkungen auf die Arbeiterschaft ihrer jeweiligen Heimatländer stattdessen für modifizierte Beziehungen bzw. föderative Strukturen zwischen Mutterland und Kolonien aussprachen. Willy Brandts Überlegungen enthielten auch weitsichtige Stellungnahmen zur Armut in den Ländern des Südens und zu ihrer Beseitigung.

Auch als Regierender Bürgermeister, als die Berlin- und Deutschlandpolitik im Vordergrund seines politischen Interesses stand, engagierte er sich – wie Bruno Kreisky in Österreich – über den staatlichen Rahmen hinaus für die institutionelle Verankerung von Entwicklungspolitik, in dem er die Gründung von entwicklungspolitischen Instituten unterstützte und – nicht nur aus berlinpolitischen Gründen – ihre Ansiedlung in Berlin förderte.

Die These, dass er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers die Entwicklungspolitik als Betätigungsfeld entdeckt hätte, trifft insofern nicht zu, als der Schwerpunkt seiner Rede anlässlich der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen 1973 in New York der Nord-Süd-Konflikt als neues Betätigungsfeld deutscher Politik bildete, nach dem die entscheidenden Weichenstellungen in der Deutschland- und Ostpolitik vorgenommen worden wären.

Als Präsident der Sozialistischen Internationale (SI) war er die große politische Kraft (die heute fehlt), die der Dritten Welt weltweit Gehör verschaffte und sich für sie national und international stark machte, nachdem er die Sozialistische Internationale inhaltlich und organisatorisch für die weltweite Öffnung reorganisiert hatte. Meinungsaustausch und die Anregungen aller der Sozialistischen Internationale angeschlossenen und verbundenen Kräfte für konkrete gemeinsame Schritte auf dem Gebiet der Friedenssicherung und des Ausgleichs zwischen Nord und Süd (SI-Missionen in die damaligen Konfliktgebiete: Nicaragua, Ecuador, Naher Osten) standen im Vordergrund der Arbeit der SI ebenso wie die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in Südeuropa und Lateinamerika. Willy Brandt verknüpfte die Rüstungskontrollproblematik mit den Pro-

blemen der Dritten Welt und forderte die Regierungen der Welt auf, dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende zu machen.

Als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission formulierte er in dem 1980 vorgelegten Bericht zukunftsweisend die globalen Vernetzungen wirtschaftlichen und politischen Handelns. Den Nord-Süd-Gegensatz als soziale Frage des 20. und 21. Jahrhunderts sehend, strebte der Brandt-Bericht im Sinne gemeinsamer Interessen eine Sozialpartnerschaft von Nord und Süd an. Die Situation des unterprivilegierten Südens sollte durch eine Integration auf Weltebene verbessert werden. Gerade die Tätigkeit als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission konfrontierte Willy Brandt mit Armut und Elend in großen Teilen der Welt, aber auch mit der relativen Gleichgültigkeit der Industrieländer. Deshalb nahmen die Nord-Süd-Fragen einen breiten Raum in seinem politischen Denken ein. Bezeichnend ist, dass es Willy Brandt bei allem Engagement und aller Freude in den Tagen des deutschen Einigungsprozesses ein wichtiges Anliegen war, dass bei allen damit zusammenhängenden Problemen die Überlebensfragen der Menschen in anderen Teilen der Welt nicht vergessen wurden.

**Heinrich August Winkler:**

Frau Haftendorn, Sie haben zusammen mit der Möglichkeit, diese Fragen zu beantworten, zugleich das Schlusswort. Es folgt dann das definitive Schlusswort für die Tagung durch Herrn Groß.

**Helga Haftendorn:**

Ich habe mir vorgenommen, nur stichwortartig zu antworten. Ich fange mit dem Schluss an.

Ich möchte nicht bestreiten, dass Willy Brandt sich sehr stark gerade in den letzten Jahren engagiert hat. Ich meine nur, dass bei ihm die Dimension Entwicklungspolitik eine völlig andere Konnotation später hat, als sie vorher gehabt hat. Dass entwicklungspolitische Institute nach Berlin geholt wurden, sagt gar nichts aus. Das muss man in einem ganz anderen Kontext sehen: Aufwertung, internationale Anerkennung Berlins. Also, das sehe ich etwas anders.

Sie haben auch die Sozialistische Internationale angesprochen. Ich bin dort auf dem Gebiet Lernende. Ich bin keine Expertin zur Sozialistischen Internationale und lese auch nur, was andere schreiben. Also, ich fand sehr interessant, was Frau Langkau-Alex, Herr Timmermann und Herr Schmidt gesagt haben.

Gerade für die Frühphase kann ich voll unterschreiben und unterstreichen, dass es sehr wichtig war, dass die deutschen sozialdemokratischen Politiker sehr früh in die Sozialistische Internationale aufgenommen worden sind als gleichberechtigte Partner. Das hat gerade auch der deutschen Sozialdemokratie sehr viel geholfen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das erwähnt haben.

Die Bedeutung der blockfreien Staaten ist bei mir unter den Tisch gefallen bzw. unbesprochen geblieben. Das hat für Willy Brandt eine große Rolle gespielt. Das war ja auch wichtig bei allen seinen Konzepten der europäischen Sicherheit, zur europäischen Friedensordnung. Wenn man an die Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit denkt, dann wäre die Schlussakte von Helsinki von 1975 nicht zustande gekommen ohne die enge Kooperation mit den neutralen und blockfreien Staaten. Das ist ein breites und vielschichtiges Feld. Denn es handelt sich ja um keine homogene Gruppe, sondern das Verhältnis Brandts zu den Skandinaviern war ja völlig anders als es zu Österreich war oder zu Indien, Ägypten, zu den Staaten der Dritten Welt, den Mitgliedern der Bandung-Konferenz usw.

Zwei Fragen möchte ich abschließend betrachten. Herr Timmermann, Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft für Spanien, Portugal, Griechenland habe eine große Rolle gespielt. Wie war es mit den mittel-osteuropäischen Staaten? Da habe ich nur einen Beleg aus den Akten zur auswärtigen Politik, vielleicht eineinhalb Belege. Zwei Gespräche, die stattfinden im Frühjahr 1967 in Prag. Bei einem Gespräch, das ich im Hinterkopf habe als Aktenvermerk, wird dort auch über die Möglichkeit gesprochen, die tschechoslowakische Republik eventuell in einen engeren Zusammenhang zur Europäischen Gemeinschaft zu bringen. Gleichzeitig möglicherweise auch Polen, aber das sage ich mit großem Vorbehalt.

Ich meine, eine sehr wichtige Frage war die von Herrn Braun. Ich hätte die Europapolitik sehr funktional dargestellt, pragmatisch funktional. Das ist das Bild, das sich mir aus den mir zugänglichen Unterlagen und Akten ergibt. Ich habe auch immer nach mehr gesucht. Das Buch „Friedenspolitik in Europa“ ist ja eine programmatische Aussage. Wenn Sie sich ansehen, was da zu Europa drin steht, ist das fast der gleiche Katalog, wie Sie ihn in Heimerzheim haben. Die Aufgaben, die zu erledigen sind und die sich durch die internationale Situation ergeben: Das sind die Erweiterung der Gemeinschaft, die Währungspolitik, die Technologie und die verschiedenen Probleme zwischen mittelgroß und kleinklein.

## Diskussion

Das wäre jetzt die Frage an die Berliner Ausgabe. Sie haben ja sehr viel mehr Zugang zum Werk von Willy Brandt. Gibt es dort solche Stücke, die unser Bedürfnis nach programmatischen Aussagen befriedigen? Und damit übergebe ich an Herrn Groß.



*Gerhard Groß*

## **Schlusswort**

Meine Damen und Herren,

wir haben das Ende unserer Expertentagung mit, wie ich gelernt habe, Vertretern aus sechs Ländern erreicht.

Ich meine, dass die Erwartungen, die wir damit verbunden haben, voll erfüllt worden sind. Wir haben durchwegs hochinteressante Referate gehört, die uns, was die Berliner Ausgabe angeht, wohl gerade deshalb besonders angesprochen haben, weil sie von den Bearbeitern der Berliner Ausgabe selbst gehalten worden sind. Mit Aufmerksamkeit haben wir auch die lebendigen Diskussionen und kritischen Analysen verfolgt, die sicherlich in dem einem oder anderen Fall dazu führen werden, dass die eigene Position überprüft wird. Wir haben auch großen Gewinn gezogen aus der zusammenfassenden Stellungnahme von Herrn Potthoff zu den Vorträgen des heutigen Nachmittags und aus dem Vortrag von Frau Haftdorn. Herzlichen Dank dafür.

Tagungen wie die heutige sind auch immer eine Gelegenheit, schärfer als bisher noch bestehende Forschungslücken zu erkennen und einen genaueren Blick darauf zu werfen, wo die Dichte der bislang entdeckten Quellen noch zu wünschen übrig lässt.

Wir hatten 1999 ein Ziel formuliert, mittelfristig eine „Scientific Community“ von Willy-Brandt-Forscherinnen und -forschern zu bilden. Ich glaube sagen zu können: Wir haben dieses Ziel erreicht!

Nochmals danken möchte ich Ihnen dafür, dass Sie alle – ob nun als Referent, Moderator oder Diskussionsteilnehmer – engagiert und auch kritisch dazu beigetragen haben, unserem Workshop zum Gelingen zu verhelfen.

Ich wünsche nun eine gute Heimreise und verbinde damit den herzlichen Wunsch auf ein Wiedersehen!

## Teilnehmer der Tagung

Dr.	Rainer <b>Behring</b>	Lehrstuhl für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden
	Inga <b>Böttger</b>	Journalistin, Berlin
M. phil.	Sebastian <b>Braun</b>	Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien, Universität Göttingen
	Jamal <b>Chlosta</b>	Freie Universität Berlin und Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
	Julia von <b>Dannenberg</b>	University College, Oxford
	Waltraud <b>Dorlaß</b>	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Prof. Dr.	Dieter <b>Dowe</b>	Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung und Vorstandsmitglied der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
M. A.	Marc <b>Drögemöller</b>	Zentrum für Niederlande-Studien, Universität Münster
	Gitta <b>Feuerbach</b>	Berlin
Dr.	Frank <b>Fischer</b>	Lehrstuhl für Neuere Geschichte II, Universität Erlangen und Bearbeiter der Bände 6 und 9 der Berliner Ausgabe
	Marc <b>Flatten</b>	Historisches Seminar, Universität Bonn
M. A.	Ingrid <b>Fricke</b>	Technische Universität Berlin
	Carine <b>Germond</b>	Universität Straßburg
	Thomas <b>Gräfe</b>	Freie Universität Berlin
Prof. Dr.	Helga <b>Grebing</b>	Professorin (em.) am Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum und Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe
	Stephan <b>Greulich</b>	Freie Universität Berlin
Dr.	Gerhard <b>Groß</b>	Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Teilnehmer

Prof. Dr.	Helga <b>Haftendorn</b>	Professorin (em.) bei der Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
	Marion <b>Hausmann</b>	Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Goethe-Universität Frankfurt/M.
PD Dr.	Siegfried <b>Heimann</b>	Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin und Bearbeiter von Band 3 der Berliner Ausgabe
	Olmo <b>Heinecke</b>	Technische Universität Berlin
M. A.	Simon <b>Heßdörfer</b>	Institut für bayerische und fränkische Landesgeschichte, Universität Erlangen
M. A.	Arne <b>Hofmann</b>	Department of International History, London School of Economics and Political Science
Dr.	Wolfram <b>Hoppenstedt</b>	Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Dr.	Wolther von <b>Kieseritzky</b>	Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Mannheim und Bearbeiter von Band 7 der Berliner Ausgabe
PD Dr.	Hanns J. <b>Küsters</b>	Bundesarchiv, St. Augustin
Prof. Dr.	Ernst <b>Kuper</b>	Professor für Politikwissenschaft am Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (ZENS), Universität Göttingen
Prof. Dr.	Harald <b>Lange</b>	Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
Dr.	Ursula <b>Langkau-Alex</b>	Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
Prof. Dr.	Claus <b>Leggewie</b>	Professor für Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft, Universität Gießen
M. A.	Gertrud <b>Lenz</b>	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
PD Dr.	August H. <b>Leugers-Scherzberg</b>	FG Geschichte, Abt. Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Universität Duisburg-Essen

Teilnehmer

Dr.	Mechthild <b>Lindemann</b>	Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte im Auswärtigen Amt, Berlin
Dr.	Heiner <b>Lindner</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Prof. Dr.	Einhart <b>Lorenz</b>	Professor für moderne Geschichte, Universität Oslo und Bearbeiter der Bände 1 und 2 der Berliner Ausgabe
Dr.	Uwe <b>Mai</b>	Bearbeiter von Band 10 der Berliner Ausgabe
M. A.	Daniel <b>Möckli</b>	Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH Zürich
	Albrecht <b>Müller</b>	Politikberater und Publizist, Pleisweiler
Dr.	Daniela <b>Münkel</b>	Historisches Seminar, Universität Hannover und Bearbeiterin von Band 4 der Berliner Ausgabe
	Alexander <b>Muschik</b>	Universität Greifswald
Dr.	Detlef <b>Nakath</b>	Verein „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., Berlin
	Steffen <b>Ott</b>	Humboldt-Universität Berlin
	Tobias <b>Paul</b>	Humboldt-Universität und Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Dr.	Ilse Dorothea <b>Pautsch</b>	Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte im Auswärtigen Amt, Berlin
	Simone <b>Petzold</b>	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
M. A. Dipl.phil.	Hartmut <b>Philippe</b>	University of Cambridge
Dr.	Ulla <b>Plener</b>	Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
Dr.	Heinrich <b>Potthoff</b>	Historischer Publizist, Königswinter
	Thomas <b>Renzler</b>	Freie Universität Berlin und Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Dr.	Manfred <b>Rexin</b>	Journalist, Berlin

Teilnehmer

PD Dr.	Andreas <b>Rödder</b>	Historisches Institut, Abteilung Neuere Geschichte, Universität Stuttgart
Dr.	Detlef <b>Rogosch</b>	Universität Hamburg / Rostock
	Klaus-H. <b>Rosen</b>	Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern
Dr.	Bernd <b>Rother</b>	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und Bearbeiter von Band 8 der Berliner Ausgabe
Dr.	Wolfgang <b>Schmidt</b>	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und Bearbeiter von Band 8 der Berliner Ausgabe
Prof. Dr.	Michael <b>Schneider</b>	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
M. A., Dipl. Archivar	Harry <b>Scholz</b>	Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
	Muriel <b>Serouge</b>	Sorbonne Paris IV
Dr.	Heinz <b>Timmermann</b>	Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin
Dr.	Alexander <b>Troche</b>	Verwaltung Deutscher Bundestag, Berlin
M. A.	Henning <b>Türk</b>	FG Geschichte, Abt. Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Universität Duisburg-Essen
	Ger <b>Verrips</b>	Publizist, Amsterdam
	Andrea <b>Weißpflug</b>	Technische Universität Chemnitz
PD Dr.	Hermann <b>Wentker</b>	Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München, Berlin
	Sylvia <b>Wilbrecht</b>	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Prof. Dr.	Heinrich A. <b>Winkler</b>	Professor für Neueste Geschichte, Humboldt-Universität Berlin und Mitherausgeber der Berliner Ausgabe
	Meik <b>Woyke</b>	Universität Hamburg
Dr.	Rüdiger <b>Zimmermann</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn